Bismarck und Rußland vom Prager Frieden bis zum Ausbruch des Krieges von 1870

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von

Walter Ebel

aus Treuenbrietzen i. d. Mark

1936

Druck von F. W. Kalbfleisch in Gelnhausen

Referent: Professor Dr. W. Platzhoff.

Korreferent: Professor Dr. G. Küntzel.

Tag der mündlichen Prüfung: 5. Dezember 1934.

Meinen Eltern.

Vorbemerkung.

Nachdem das Thema gestellt und mit seiner Bearbeitung begonnen worden war, erschien Horst Michaels Buch „Bismarck, England und Europa“, das auch die Stellung Bismarcks zu Rußland von 1866 bis 1870 eingehend behandelt. Wenn vorliegende Arbeit dennoch weitergeführt wurde, so geschah es, weil sowohl die Bismarck-Akten als auch die französischen Vorkriegsakten von 1870, die bei der Drucklegung von Michaels Buch noch nicht abgeschlossen waren, fortlaufend weiter erschienen und für unsere Frage neue Gesichtspunkte brachten. Aus den Akten ergab sich, so drückt es W. Mommsen in seiner Besprechung des Michaelschen Buches aus, „daß Michael durch Hervorhebung mancher Gegensätze die Bedeutung des engen Verhältnisses Preußens zu Rußland in den Zeiten vor 1871 etwas zu gering zu werten scheint“. (H.Z. Bd. 143, S. 576 ff.) Die Auseinandersetzung mit H. Michael über das preußisch-russische Defensivabkommen vom Frühjahr 1868 wurde daher zu einem Kernstück der Arbeit.

Eine Schwierigkeit ergab sich für die Behandlung der Orientfrage, die während des zu bearbeitenden Zeitraumes immer mehr oder weniger bedeutsam war. Bei einer Erörterung ihrer mannigfachen Verflechtungen mit anderen politischen Spannungen in einem besonderen Kapitel wäre eine geschlossenere und klarere Darstellung des Orientproblems innerhalb der preußisch-russischen Beziehungen erreicht worden. Das hätte jedoch den chronologischen Aufbau der Arbeit empfindlich gestört und Wiederholungen schwer vermeidlich gemacht. Deshalb ist die Orientfrage auch auf die Gefahr einer gewissen Unübersichtlichkeit hin nach ihrer jeweiligen Bedeutung mit den anderen akuten Fragen verflochten worden.

Inhaltsübersicht.

Einleitung: Seite
Bismarck und Rußland vom Prager Frieden bis zum Ausgang des Jahres 1866 7

I. Kapitel:
1. Die preußisch-russischen Beziehungen im Frühjahr 1867 14
2. Der Monarchenbesuch in Paris 26

II. Kapitel:
Vom Monarchenbesuch in Paris bis zur preußisch-russischen Defensivabmachung vom März 1868 . . 37

III. Kapitel:
Bismarcks Stellung zu Rußland vom Frühjahr 1868 bis zum Kriegsausbruch 1870 57

Literaturverzeichnis 71

Einleitung.

Bismarck und Rußland vom Prager Frieden bis zum Ausgang des Jahres 1866.

Durch den Krimkrieg war es Napoleon III. gelungen, die europäische Mächtekonstellation von 1815 endgültig zu zerschlagen. England und diplomatisch auch Oesterreich standen mit ihm in einer Koalition gegen das Zarenreich. Nur Preußen erlag nicht den Anstrengungen der Westmächte, es in den Bund der Gegner Rußlands hineinzuziehen. Zwar bestanden auch zwischen Preußen und Rußland nicht mehr die alten Bindungen wie in den Zeiten der Heiligen Allianz, aber es war doch immer noch ein Boden für freundschaftliche Beziehungen zwischen ihnen vorhanden in der Verwandtschaft der Monarchen und dem von beiden Kronen streng gehüteten Legitimitätsgefühl. Die hiermit gegebenen Annäherungsmöglichkeiten führten zunächst zu keinen politisch bedeutsamen Verbindungen zwischen den beiden Staaten. In den Jahren 1857/58 bahnte sich vielmehr eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich an, die jedoch durch die französische Haltung zu dem polnischen Aufstand von 1863 wieder zerstört wurde. Für Preußen und Rußland hingegen lag in der Polenfrage eine Interessengemeinschaft, die zu der Alvensleben-Konvention führte. Damit war ein weiterer und wichtigerer Grund gegeben für das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden Ländern, das in der Epoche der Reichsgründung ein wesentlicher Faktor in der Außenpolitik Bismarcks wurde.

— Die Stellung der russischen Politik zu den Ereignissen und dem Ausgang des deutschen Krieges ebenso wie Bismarcks Haltung zum Zarenreich während dieser Zeit hat E. Brandenburg ausführlich dargestellt.[1]) Dieses einleitende Kapitel kann sich daher im wesentlichen auf Vorgänge beschränken, für die spätere Quellen neue Aufschlüsse bringen. Das gilt namentlich für das diplomatische Verhalten des preußischen Militärbevollmächtigten v. Schweinitz in Petersburg, ferner für die Absichten, die Bismarck bei der Manteuffel-Mission verfolgte. Des sachlichen Zusammenhanges wegen wird es sich nicht vermeiden lassen, einiges schon von Brandenburg Gesagte hier noch einmal kurz zu erwähnen. —

Die durch die preußischen Siege in Rußland hervorgerufene Stimmung kennzeichnete Schweinitz folgendermaßen: „Im allgemeinen schien es den Leuten, selbst manchen unserer damals noch zahlreichen Freunde, des Guten zuviel. Man haßte zwar die Oesterreicher und gönnte ihnen die Schläge; aber man wünschte doch nicht, daß wir gar zu stark und von

---

1) Brandenburg, Untersuchungen u. Aktenstücke, S. 687 ff.

Rußlands Wohlwollen unabhängig werden sollten".[2]) Die politische Auswirkung dieser Stimmung war der russische Kongreßvorschlag. Die Garantiemächte der auf dem Wiener Kongreß geschaffenen europäischen Ordnung sollten Gelegenheit haben, zu der in Aussicht stehenden Neugestaltung der mitteleuropäischen Verhältnisse Stellung zu nehmen. Bismarck, mit Oesterreich über die Friedenspräliminarien einig, lehnte am 29. Juli den russischen Vorschlag ab und gab in Petersburg zu verstehen: „Seine Majestät der König erwartet von dem Gerechtigkeitsgefühl und der Freundschaft Seiner Majestät des Kaisers von Rußland, daß Rußland keine weiteren Schritte tue in der Richtung eines Kongresses, ohne sich mit uns zu verständigen."[3]) Diese Erwartung wurde russischerseits jedoch nicht erfüllt. Der Zar teilte Schweinitz vielmehr am 30. Juli mit, er habe bei den Großmächten „die Initiative zu einem Kongreß ergriffen und der Kaiser der Franzosen sei darauf eingegangen."[4]) Bismarck, von dieser Nachricht „überrascht", nahm sofort Stellung gegen jede französische oder russische Einmischung. Freilich konnte er nicht wissen, daß Napoleons Antwort auf den Kongreßvorschlag keineswegs eine Zustimmung enthielt, sondern nur vom Zaren so gedeutet worden war. Goltz, der preußische Botschafter in Paris, wurde von Bismarck beauftragt, „dem Kaiserlichen Kabinett keinen Zweifel zu lassen, daß wir, wenn man uns das Zugesagte verkümmern will, den Handschuh aufnehmen, und wenn wir nicht befriedigende Zusicherungen erhalten, zunächst einen neuen Vertrag mit Italien zu schließen suchen, der weitere Ziele steckt, und auch, wenn Frankreich seine uns gegebenen Zusagen nicht hält, uns an die Mainlinie nicht binden werden." Gleichzeitig hatte Bismarck an Schweinitz telegrafiert: „Ew. Hochwohlgeboren wollen Seiner Majestät dem Kaiser gegenüber in vorsichtig freundschaftlicher Weise geltend machen, daß es für uns ohne Revolution in Preußen und Deutschland vollständig unmöglich ist, auf die Früchte unserer mit Gefahr unserer Existenz erkämpften Siege zu verzichten oder die Gestaltung Deutschlands von den Beschlüssen eines Kongresses abhängig zu machen. Der König ist augenblicklich abwesend, ich aber kann Seiner Majestät nur raten, wenn die Einwirkung des Auslandes auf unsere Verhältnisse schärfere Umrisse annehmen sollte, die volle nationale Kraft Deutschlands und der angrenzenden Länder zum Behuf des Widerstands zu entfesseln."[5]) Schweinitz sollte der wiederholten Zurückweisung des russischen Kongreßgedankens durch den Hinweis auf eine Revolution in Deutschland und durch die Anspielung auf eine Aufwiegelung Polens erhöhten Nachdruck verleihen. Das mußte für den in Legitimitätsideen aufgewachsenen preußischen Militärbevollmächtigten, der dazu die Abneigung und Furcht des Zaren vor allem Revolutionären genau kannte[6]), ein höchst unwillkommener Auftrag sein.

---

2) Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 238.
3) Bismarck, Ges. Werke VI, Nr. 511.
4) Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 241.
Vgl. Bismarck, Ges.-Werke VI, Nr. 515.
5) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 515. Die beiden Telegramme Bismarcks sind schon von Sybel benutzt worden.
Sybel V, S. 347 f.
6) Vgl. Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 238, 240.

Seine Aufzeichnungen lassen vermuten, daß er diese revolutionären Andeutungen nicht in der ihr von Bismarck gegebenen Schärfe zu den Ohren des russischen Kaisers gelangen ließ. Wohl hat er mehrmals, so am 19. Juli und nach dem obigen Telegramm Bismarcks am 6. August wiederum, Alexander II. auf die Möglichkeit einer deutschen nationalen Revolution hingewiesen, die schwer zu vermeiden wäre, falls das Ausland Preußen an der Gestaltung der deutschen Verhältnisse oder der Ausnutzung seiner Siege hindern wollte.[7]) Aber er erwähnt in seinen Aufzeichnungen mit keinem Wort, daß er dem Kaiser die auf eine Revolutionierung Polens anspielende Drohung damals mitgeteilt hätte. Wenn er sie auch in „vorsichtig freundschaftlicher Weise" geltend machen sollte, so mochte sie ihm doch als zu weitgehend erscheinen. Vielleicht fürchtete er, die trotz des Kongreßvorschlages bestehende freundschaftliche Gesinnung Kaiser Alexanders für Preußen[8]) damit aufs Spiel zu setzen. Wahrscheinlich lehnte sich auch sein ausgeprägtes Legitimitätsgefühl dagegen auf, das ihn auch in anderen politischen Fragen zu Meinungsverschiedenheiten mit Bismarck führte. Als er am 17. Juli 1866 die großen preußischen Annexionsabsichten erfuhr, schrieb er: „Der Unterschied zwischen dem, was ich dem Kaiser gesagt hatte, und demjenigen, was Bismarck jetzt tun wollte, war zu grell, außerdem entsprach diese Politik nicht meinen Grundsätzen", ferner: „Ich war nun einmal in Legitimitätsideen aufgewachsen, und wenn ich auch unser Recht auf Eroberungen anerkannte, so war mir doch das Wegjagen uralter Dynastien unsympathisch."[9]) Ebenso unsympathisch mußte ihm der revolutionäre Gedanke Bismarcks an eine Aufwiegelung Polens sein. Auch ist zu berücksichtigen, daß Schweinitz nicht Gesandter und das Auswärtige Amt nicht seine vorgesetzte Behörde war, so daß er rein formell gegenüber den Bismarckschen Anweisungen eine größere Freiheit hatte. Dessen war er sich wohl bewußt: „Meine amtliche Stellung hatte die große Annehmlichkeit, daß ich mit keiner Behörde, keinem Vorgesetzten etwas zu tun hatte, sondern nur mit den beiden Souveränen; ich . . . brauchte weder vom Kriegsministerium noch von dem der auswärtigen Angelegenheiten Aufträge anzunehmen, welche ich nicht für vereinbar mit den Rücksichten hielt, welche mir durch meine ganz exeptionelle Position auferlegt wurden."[10]) Schweinitz sollte sich insbesondere die Aufrechterhaltung der persönlichen freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Zaren und König Wilhelm angelegen sein lassen. Die Annahme, daß er es mit dieser seiner Aufgabe für unvereinbar hielt, die von ihm offenbar nicht gebilligte Bismarcksche Drohung dem über alles legitimistischen Zaren in so scharfer Form zu unterbreiten, liegt sehr nahe. In seinem Tagebuch gibt Schweinitz seine Abneigung gegen solche revolutionären Maßnahmen deutlich kund.[11]) Als „berüchtigt" und

7) Ebd. S. 240 f. und II, S. 431. Hier schreibt Schweinitz rückblickend, daß er im Juli/August 1866 „dem mächtigen Bundesgenossen seines Königs zu verstehen geben durfte: Wenn du Europa gegen uns aufrufst, so werden wir dir die nationalen Kräfte Deutschlands entfesseln und deine Schwäger, Vettern und Basen ihrer souveränen Rechte entkleiden."

8) Vgl. Brandenburg, Untersuchungen u. Aktenst., S. 696.

9) Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 239 f.

10) Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 181.

11) Ebd. S. 238, 240.

„unselig“ bezeichnet er die preußische Proklamation an die „Einwohner des glorreichen Königreichs Böhmen“, die diesen im Falle des preußischen Sieges nationale Unabhängigkeit nach dem Vorbilde Ungarns in Aussicht stellte. Nach alledem scheint es, daß Schweinitz die Anspielung Bismarcks auf revolutionäre Agitation in Polen nicht oder zum mindesten sehr abgeschwächt übermittelt hat[12]), und daß ihr Einfluß auf das Zurücktreten Rußlands von dem Kongreßvorschlag vielfach überschätzt worden ist. Der russische Verzicht auf den Kongreß ist vor allem aus der Haltung der Mächte zu erklären. Die französische Antwort auf den russischen Vorschlag war zwar wohlwollend und freundschaftlich, aber doch ablehnend. England sagte ab, Oesterreich und Italien „ließen die Frage fallen“.[13]) Damit war für Bismarck die Gefahr einer Einmischung auswärtiger Mächte beseitigt.

Der preußische Militärbevollmächtigte schrieb über die Einwirkung des mißlungenen Kongreßversuches auf die Stimmung am Petersburger Hof: „Hiermit begann eine Periode verletzter Eitelkeit und übler Laune, beseitigt durch die Sendung des Generals von Manteuffel“.[14]) Schweinitz hatte, einem Wunsche des Zaren entsprechend[15]), dem König eine solche Sondermission vorgeschlagen.[16]) Bismarck rief, nachdem sich am 3. August der König damit einverstanden erklärt hatte, General von Manteuffel nach Berlin und sandte ihn mit genauer Instruktion[17]) nach Petersburg. Er sollte den Kaiser vor allem über die preußischen Annexionen aufklären und beruhigen, die Spannung mit Rußland zu beseitigen suchen und, wenn möglich, die Beziehungen zwischen Preußen und dem Zarenreich enger knüpfen. Ausführlich ist die Manteuffel-Mission von Sybel dargelegt worden.[18]) Brandenburg hat die Sybelsche Darstellung teils zusammengefaßt, teils hat er sie ergänzt.[19]) Darüber hinaus vermitteln uns die neuen Bismarck-Akten eine für unser Thema außerordentlich bedeutsame Kenntnis, nämlich daß Bismarck schon im August 1866 erstmalig den Gedanken einer russischen Rückendeckung gegen Oesterreich für den Kriegsfall zwischen Preußen und Frankreich ins Auge gefaßt und ihn durch Manteuffel in Petersburg zur Sprache gebracht hat.

Als Gortschakow im Juli 1866 zum Gesandten Grafen v. Redern von der Nützlichkeit einer preußisch-russischen Entente gesprochen hatte, antwortete Bismarck darauf, daß auch Preußen „von dem gegenseitigen Vorteile des Einverständnisses mit Rußland durchdrungen“ sei „und es zu befestigen“ wünsche.[20]) Weiter äußerte er sich nicht sondern ließ die Bemerkung des Fürsten zunächst auf sich beruhen. Mitte August 1866 machte Gortschakow erneut Andeutungen über eine Allianz zwischen Preußen und Rußland, worüber Manteuffel am 17. August nach Berlin

---

12) Vgl. Schweinitz, Briefwechsel, S. 27, wo Schweinitz sagt, daß er einen anderen Auftrag Bismarcks **nicht** ausführte.
13) Vgl. Charles Roux, S. 389, für die französische Antwort auch Orig. Dipl. XI, S. 263 f.
14) Schweinitz, Briefwechsel, S. 32.
15) Sybel V, S. 349.
16) Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 241.
17) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 535.
18) Sybel V, S. 349 f, S. 375 ff.
19) Brandenburg, Untersuchungen u. Aktenst., S. 696 f.
20) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 465.

berichtete. Jetzt ging Bismarck näher darauf ein. Er brachte zum Schluß der von ihm am 20. August entworfenen Antwort König Wilhelms auf einen Brief des Zaren vom 12. August zum Ausdruck: der König werde sich glücklich schätzen, in der Zukunft beweisen zu können, daß er die Interessen Rußlands stets als die des ältesten und vertrautesten Alliierten Preußens betrachte. Bei dieser vorsichtigen aber nicht mißzuverstehenden Anspielung auf die damaligen russischen Orientinteressen ließ es Bismarck nicht bewenden. Noch am gleichen Tage telegrafierte er an Manteuffel: „Brief Seiner Majestät an Kaiser geht heut abend ab. Hat Gortschakow noch weiter vom Bündnisse gesprochen? Wir würden uns einer praktischen Verständigung für kommende Eventualitäten nicht versagen, wozu am Schlusse des Briefes Anknüpfung geboten, sobald Rußland „Wünsche" hat, was es bisher nicht einräumte."[21]) Wenn Bismarck jetzt die russische Allianzanregung, auf die er im Juli nicht näher eingegangen war, mit sichtlichem Interesse aufgriff, so geschah es auch deshalb, weil sich infolge der Ablehnung des russischen Kongreßvorschlages durch die Mächte und der inzwischen erfolgten Sicherstellung der preußischen Friedensbedingungen die Lage zu Ungunsten Rußlands verschoben hatte. Dieses mußte jetzt in seinen Forderungen bei einer Fühlungnahme über eine Allianz bescheidener sein als etwa im Juli, da zwar nicht die preußischen Siege, aber doch ihre Früchte, die von Bismarck geplanten Annexionen, noch in Frage gestanden hatten. Der veränderten Lage entsprach es auch, daß Rußland seine bisher nicht eingestandenen orientalischen Wünsche jetzt Preußen gegenüber deutlicher zu erkennen gab. Bismarck hatte mehrmals in Petersburg angefragt, ob Rußland „eigene Wünsche oder Gedanken an Kompensationen" habe.[22]) Bis Anfang August mußten sowohl Redern wie auch Manteuffel es verneinen. Am 6. August jedoch erfuhr Bismarck durch Redern, daß „in einflußreichen russischen Kreisen, die an der Großfürstin Helene Rückhalt fanden, Wünsche besonders in der Richtung der Befreiung von den bedrückenden Klauseln des Pariser Friedens von 1856 bezüglich des Schwarzen Meeres" laut wurden.[23]) In einem Privatbrief vom 12. August bestätigte auch Manteuffel, daß Kaiser Alexander und Gortschakow an Galizien und an der Aufhebung der Bedingungen des Pariser Friedens „höchlich interessiert" seien.[24]) Zweifellos konnte Bismarck in dieser Lage von Seiten Rußlands ein größeres Entgegenkommen erwarten als im Juli. Doch hätte ihn das allein wohl schwerlich bewogen, auf die russischen Anregungen vom August einzugehen, wenn nicht gerade in diesen Tagen die französischen Kompensationsforderungen einen sehr dringlichen Charakter angenommen hätten.[25]) Wie

---

21) Ebd. Nr. 581.
22) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 475, Telegramm Bismarcks an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom 15. Juli 1866; vgl. auch Nr. 465, Telegramm Bismarcks an Redern vom 10. Juli 1866 und Nr. 543, Telegramm Bismarcks an Manteuffel vom 9. August 1866.
23) Ebd. Nr. 543 Vorbem.
24) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 571 Vorbem.
25) Benedetti hatte am 16. August von Rouher den Auftrag erhalten, erneut mit Bismarck über die Kompensationsfrage zu verhandeln. (Orig. Dipl. XII, S. 116 f. Oncken II, S. 82 f. Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 573.) Er kam dieser Anweisung am 17. August in einer sehr dringlichen fast drohenden Art nach. (Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 579.)

sehr die Rücksicht auf die von Westen her aufsteigenden Gefahren Bismarcks Schritte in Petersburg damals mitbestimmte, bestätigt das am 21. August an Manteuffel abgegangene Telegramm, in welchem er die „Eventualitäten" andeutete, für die er eine „praktische Verständigung" mit Rußland wünschte: „Sondieren Sie vorsichtig, ob wir, wenn wir mit Frankreich in Krieg geraten sollten, darauf wenigstens rechnen können, daß Oesterreich, schwach, wie es gegenwärtig ist, durch Rußland soweit in Schach gehalten werden würde, daß wir von dort nichts zu befürchten hätten.*) Es wäre dies für Rußland leicht, und wir würden für diesen Fall Verpflichtungen eingehen können. Unsere Festigkeit gegen Frankreich ist bedingt durch das, was wir in solchem Falle von Rußland erwarten können. Um die gewünschte Wirkung zu erreichen, würden die diplomatischen Mittel Rußlands jedenfalls genügen und bisher steht nicht fest, daß Oesterreich nicht selbst unser Bundesgenosse gegen Frankreich sein würde. Vorsicht gegen Mißbrauch des Vorstehenden nach Pariser Seite hin empfehle ich dringend".[26]) Hier taucht der Gedanke einer russischen Rückendeckung gegen Oesterreich, der erst eineinhalb Jahre später in der preußisch-russischen Vereinbarung vom Frühjahr 1868 wirkliche politische Bedeutung gewann, zum erstenmal auf. Leider fehlen uns für diese Zeit die russischen Akten, so daß wir Gortschakows Stellung zu Bismarcks Sondierung nicht näher kennen. Gortschakow ging vermutlich nicht darauf ein.[26a]) Die gegenseitige Fühlungnahme vom August 1866 kam zu keinem positiven Ergebnis.

Wenn auch die Manteuffel-Mission nicht zu einer preußisch-russischen Abmachung führte[27]), so wurde doch durch sie die Spannung zwischen Berlin und Petersburg beseitigt und das gute Einvernehmen zwischen beiden Höfen wieder hergestellt. Selbst bei Gortschakow konnte man eine Hinwendung zu Preußen beobachten. Seine Vorliebe für Frankreich hinderte ihn nicht, Anfang Oktober 1866 Schweinitz gegenüber zu betonen, daß er auf der Karte Europas keinen besseren Freund fände als Preußen „wegen der geographischen Lage des Landes, der Verwandtschaft der Dynastien, der Zuverlässigkeit des deutschen Charakters"; er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es so bleiben möge.[28]) Das war nicht nur Schmeichelei. Von Schweinitz wissen wir, daß Fürst Gortschakow im Oktober seine Sprache völlig änderte, als „die Ereignisse in Candia aufs Neue zeigten,

---

Wie Bismarck die Haltung Benedettis empfand, kommt in einem Telegramm an Goltz vom 19. August zum Ausdruck: „Das Dringen Benedettis auf sofortige Erklärung wegen Luxemburg und Belgien ist so ohne Maß und Takt, daß er wenigstens nicht wohl friedliche Entwicklung erstreben kann." (Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 576.) Wohl wußte Bismarck, daß Frankreich nicht gerüstet war und es im Augenblick nicht auf einen Waffengang mit Preußen ankommen lassen konnte. Aber bei der Hartnäckigkeit der französischen Forderungen einerseits und der unbedingten Abneigung König Wilhelms andererseits, deutsches Gebiet abzutreten, war ein Konflikt mit Frankreich durchaus nicht von der Hand zu weisen. Für solchen Konfliktsfall bestand die Möglichkeit, daß Oesterreich der natürliche Bundesgenosse Frankreichs sein würde.

*) Im Original nicht gesperrt.

26) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 582.

26a) Die Bismarck-Akten besagen nichts hierüber.

27) An solche Abmachung glaubte Benedetti, der die Manteuffel-Mission mit dem größten Mißtrauen verfolgt hatte. Vgl. Klaczko, Zwei Kanzler, S. 232.

28) Schweinitz, Briefwechsel, S. 29.

wie traurig verändert Rußlands Machtstellung“ sei, und „das Vorgehen Oesterreichs in Galizien an die kaum beseitigten Gefahren in Polen erinnerte“. Gortschakow mochte es angesichts der europäischen Konstellation und der Machtsteigerung Preußens, die er nicht hindern konnte, für ratsam halten, mit dem aufstrebenden Nachbarn befreundet zu sein.[29]) Am 15. Oktober unterstrich er in einem Briefe an Bismarck nachdrücklich den russischen Entschluß, mit Preußen die besten Beziehungen zu unterhalten.[30]) Bestärkt wurde er in seiner Hinwendung zu Preußen durch einen Teil der russischen Presse. Sogar die von dem Panslavisten Katkow redigierte Moskauer Zeitung, „die erste Macht im Staate nach dem Kaiser“, erklärte zu dieser Zeit, es sei eine „unbestreitbare Wahrheit, daß der Gang der Ereignisse Interessen ins Leben gerufen, die Rußland und Preußen zu einer noch wirksameren Allianz als vorher aufforderten“. Wiederholt griff das einflußreiche Blatt dieses Thema auf.[31]) Knapp und treffend kennzeichnete Schweinitz die russische Stimmung gegenüber Preußen im Spätherbst 1866 in seinem Brief vom 24. Oktober an König Wilhelm: „Soll der Kaiser in seinem Widerstande gegen die preußenfeindlichen Mitglieder seines Hauses, soll der Vizekanzler in seiner jetzt mit Entschiedenheit eingeschlagenen Richtung, soll endlich die uns wohlgesinnte Partei im Lande unterstützt werden, so ist es notwendig, bei dem bevorstehenden Feste[32]) zu zeigen, daß jene Gesinnungen in Preußen keiner Kälte begegnen.“[33]) Bei aller Sympathie maßgebender russischer Stellen für Preußen war aber zu bedenken, daß es allenthalben im Lande wie auch am Hofe und in der Presse politische, von der national-russischen Partei getragene Strömungen gegen Preußen gab.

29) Ebd. S. 32 f.
30) Bismarck, Ges.Werke VI, S. 268, Anm. 21.
31) Klaczko, Zwei Kanzler, S. 257.
Vgl. auch Platzhoff, Anfänge des Dreikaiserbundes, S. 289 f.
32) Hochzeit des russischen Thronfolgers mit einer dänischen Prinzessin.
33) Die Anwesenheit des preußischen Kronprinzen bei den Vermählungsfestlichkeiten des russischen Thronfolgers sollte zur Erhaltung und Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen beider Dynastien beitragen. Ein Brief Bismarcks an Gortschakow vom 11. November 1866 (Vgl. Kohl, Bismarck-Jahrbuch III, S. 223 f) war darauf berechnet, die preußenfreundliche Stimmung des russischen Vizekanzlers zu beleben.

1. Kapitel.

1. Die preußisch-russischen Beziehungen im Frühjahr 1867.

Um die Jahreswende 1866/67 standen Rußland und Preußen in gutem Einvernehmen. Ihre Beziehungen wurden durch keine wesentlichen Interessengegensätze getrübt, und zu der Freundschaft der beiden Monarchen schien jetzt auch eine freundschaftliche und persönliche Annäherung der beiden Minister zu treten.[1]) Nach Bismarcks Ansicht wurde das preußisch-russische Verhältnis durch die „Abwesenheit jedes Anlasses zu Konflikten" bestimmt.[2]) England befolgte in seiner kontinentalen Politik den Grundsatz der „no-intervention". Es war gebunden durch innere Kämpfe um Reformgesetze, den Aufstand in Irland und den Streit mit Nordamerika. Oesterreich war einstweilen mit der Ordnung seiner inneren Angelegenheiten und dem Ausgleich mit Ungarn zu sehr beschäftigt, als daß es schon jetzt eine aktive Revanchepolitik hätte treiben können. Zwar leitete sie Beust schon ein, aber die Deutsch-Oesterreicher und Graf Andrassy verhinderten, daß er seiner Neigung zu Frankreich allzu leichtfertig nachgehen konnte. Die Versuche Beusts, Frankreich für ein Bündnis auf orientalischer Basis zu gewinnen[3]), blieben zunächst erfolglos. — Eine Gefahr für den europäischen Frieden sah Bismarck in der „unruhigen und unklaren Politik Frankreichs"[4]), die im Frühjahr 1867 durch die Behandlung der Luxemburger Frage um ein Haar den Krieg heraufbeschworen hätte. Neben Luxemburg beschäftigte Anfang 1867 das orientalische Problem die europäischen Kabinette. Es spielte in der russischen Außenpolitik die entscheidende Rolle. Bismarck betrachtete, wie sich zeigen wird, den Orient nur als Mittel zum Zweck, für Rußland aber war er Selbstzweck.

Die guten Beziehungen zwischen Preußen und Rußland waren für den russischen Vizekanzler kein Hindernis, eifrig mit Frankreich über die orientalischen Angelegenheiten zu verhandeln. Schon seit Juli/August 1866 schwebten diese Verhandlungen.[5]) Ihr Gegenstand war hauptsächlich das Schicksal der Insel Kreta, deren christliche Bevölkerung sich im Vertrauen auf russische Unterstützung gegen die türkische Bedrückung auflehnte. Gortschakow versuchte, den französischen Kaiser für ein gemeinsames Ein-

---

1) Stern X, S. 79.
2) Oncken II, S. 205; Bismarck, Ges. Werke VI, Nr. 684, Erlaß Bismarcks an Goltz vom 15. Februar 1867.
3) Vgl. hierzu die Antwort, die Beust am 27. April 1867 dem Herzog Gramont auf seinen Bündnisantrag erteilte. (Oncken II, S. 363.)
4) Bismarck, Ges.Werke VI, S. 268.
5) Vgl. Charles-Roux, S. 397 ff; Rheindorf, S. 52 f.

schreiten zugunsten der Inselbewohner zu gewinnen. Das russische Ziel war die Loslösung der Insel von der Türkei. Kreta sollte unter griechische Oberhoheit gestellt oder autonom werden.[6]) Die Verhandlungen gelangten wegen der Zurückhaltung, mit der Napoleon aus Rücksicht auf England zu den russischen Absichten Stellung nahm, zu keinem Ergebnis.[7])

Anfang Januar 1867 ergriff der österreichische Außenminister Beust in der Orientfrage die Initiative. Er nahm die Unruhen auf Kreta zum Anlaß, Napoleon eine Revision des Pariser Vertrages von 1856 vorzuschlagen: den Schutzmächten der Türkei sollte auch das Kontrollrecht über die türkischen Verhältnisse zugestanden werden.[8]) Ließe sich der Zerfall der Pforte aber nicht aufhalten, so sollte Oesterreich vor allem an der Adriaküste und Frankreich in Aegypten seine Kompensationen bekommen. Ueber den russischen Anteil wollte man sich noch verständigen. Auf einer Konferenz in Wien sollten diese Gedanken näher erörtert werden.[9]) Mit einer Aufteilung der Balkanhalbinsel in Interessensphären der Mächte wollte Beust dort russischen Uebergriffen vorbeugen. Andererseits richtete sich sein Plan gegen den Sieger von 1866. Das Orientproblem sollte in einer auch Rußland befriedigenden Weise gelöst, Preußen isoliert und auf Kosten der Türkei die Möglichkeit für eine französisch-österreichisch-russische Annäherung, die alte Kaunitzsche Koalition, geschaffen werden. Aber die völlig ungeklärte Frage, wie man bei einer so gründlichen Revision des Pariser Vertrages von 1856 den englischen Vertragspartner zufriedenstellen wollte, die Unterlassung einer vorherigen Verständigung mit Gortschakow und die an der französischen Ostgrenze weit stärker als im Orient interessierte Politik Napoleons führten zum Scheitern des Beustschen Planes. In der Annahme, daß England mit einer Entschädigung Frankreichs in Aegypten nicht einverstanden sein würde, antwortete der französische Kaiser auf die österreichischen Eröffnungen: „. . . unglücklicher Weise finde ich immer England auf meinem Wege."[10]) Er wollte es mit dem Inselreich, dessen Orientpolitik auf die Aufrechterhaltung des durch den Krimkrieg geschaffenen status quo gerichtet war, nicht verderben. Deshalb vermied er es, auf den österreichischen Vorschlag einzugehen, ohne ihn jedoch entschieden zurückzuweisen. Das konnte er umso weniger, als er noch kurz vorher, im Dezember 1866, selbst folgende Punkte als Grundsatz aufgestellt hatte (posé en principe): Frankreich und die Donaumonarchie hätten im Orient ähnliche, wenn nicht gleiche Interessen, Oesterreich solle die Initiative in der Orientfrage ergreifen, und an Rußland müßten „gewisse Konzessionen" gemacht werden.[11])

Der weitgehende österreichische Orientplan widersprach auch der Politik Gortschakows. Unwillig verwarf er ihn: „Man solle ihn in Ruhe lassen . . . Wenn Beust sich betätigen wolle, so böten ihm die verfahrenen Verhältnisse in Oesterreich genugsam Raum dazu."[12]) Hier

---

6) Vgl. Orig. Dipl. XIII, S. 356.
7) Vgl. Rheindorf, S. 53.
8) Beust II, S. 53 f, 57 ff.
9) Oncken II, S. 164.
10) Ebendort.
11) Oncken II, S. 163.
12) Ollivier, L'empire libéral IX, S. 150 (Zitiert nach Rheindorf, S. 56).

regte sich sein alter Groll gegen Oesterreich.[13]) Seine Eitelkeit mochte ihm verbieten, eine Revision des Pariser Vertrages als Geschenk der österreichischen Politik hinzunehmen. Beust vermutete, daß Gortschakow die Rußland von den Pontusfesseln befreiende Tat „sich selbst vorbehalten wollte".[14]) — Der russische Vizekanzler hatte schon im Dezember 1866 von der Absicht Beusts, für „eine größere Entwicklung der Autonomie" in den christlichen türkischen Provinzen einzutreten[15]), gewußt und Napoleon ebenfalls einen Orientvorschlag übermittelt. Er enthielt das Angebot einer „entente définitive" über die Orientfrage, wobei aber das Prinzip der „non intervention" im Orient Bedingung sein sollte. Einen Kongreß darüber, wie Beust ihn vorgeschlagen hatte, lehnte er ausdrücklich ab.[16]) Vermutlich wollte Gortschakow verhindern, daß ihm Beust zuvorkam in einer Angelegenheit, über die er schon länger mit den Franzosen verhandelte. Napoleon stand somit zur gleichen Zeit zwei sich auf dieselbe Sache erstreckenden, aber wesentlich voneinander abweigenden Vorschlägen gegenüber. Deshalb gebrauchte er zunächst auch auf das russische Angebot hin Ausflüchte.

Weit stärker als durch die Orientfrage war Napoleons Interesse von den Verhandlungen über Luxemburg in Anspruch genommen, die durch Bismarcks dilatorisches Verhalten in eine den französischen Kaiser stark beunruhigende Stagnation geraten waren. Den ursprünglichen Gedanken einer Allianz mit Preußen[17]) schien er nicht mehr ernst zu nehmen. Es war ihm nur noch um eine seinen Wünschen entsprechende schleunige Erledigung der Luxemburger Frage zu tun[18]), doch hegte er Zweifel, ob Preußen überhaupt noch darauf eingehen wolle.[19]) Angesichts dieser bedenklichen Lage versuchte der Kaiser aus den Orientangeboten von Oesterreich und Rußland Kapital zu schlagen. Den österreichischen Gedanken einer Konferenz der Vertreter aller großen Mächte lehnte er ab: „plusieurs cuisiniers gâtent la sauce." Das russische Angebot mit seiner Beschränkung auf eine Verständigung nur zwischen Rußland und Frankreich akzeptierte er aber auch nicht völlig. Er versuchte im Januar 1867, beide Angebote auf einer mittleren Basis zusammenzuführen und regte eine Entente zwischen Oesterreich, Frankreich und Rußland an, die, wie er zu Metternich sagte, nach einer Einigung auf ein bestimmtes Ziel sich leicht zu einer für die Zukunft „sehr wichtigen Allianz" entwickeln könnte.[20]) Diese auf eine Isolierung Preußens hinausgehende Politik hätte, falls ihr Erfolg beschieden gewesen wäre, seine Position in der Luxemburger Frage zweifellos wesentlich gestärkt.[21]) Der Plan schlug fehl, weil es nicht gelang, die Orientpolitik Oesterreichs und Rußlands mit den

---

13) Vgl. Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 210.
14) Beust II, S. 56.
15) Michael, S. 133, Anm. 15.
16) Oncken II, S. 164 f.
17) Vgl. Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 606, 613, 638, 650, 667.
18) Oncken II, S. 174.
19) Ebd. S. 172.
20) Oncken II, S. 178.
21) Ebd. S. 163, Anm. 2. Wahrscheinlich dachte auch Benedetti an Rußland und Oesterreich, als er Bismarck am 10. Januar 1867 andeutete, daß Frankreich, wenn es sich nicht mit Preußen einigte, „andere Anlehnungen suchen müsse".
(Oncken II, S. 171. Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 650.)

vorwiegend westeuropäischen Interessen Frankreichs auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Napoleon versuchte nunmehr, Oesterreich in Deutschland zu interessieren[22]) und mit Rußland auf der orientalischen Grundlage doch noch überein zu kommen.[23])

Das französische Ziel bei diesen Verhandlungen war lediglich auf die deutsch-französische Grenze gerichtet, wo der französische Außenminister Moustier von Rußland vergeblich freie Hand zu erhalten suchte.[24]) Der franzosenfreundliche russische Gesandte in Paris, Graf Budberg, versicherte Moustier zwar im Februar 1867, Rußland träte nie einer Koalition gegen Frankreich bei, würde vielmehr eine solche mit allen Kräften stören. Eine französische Annexion Belgiens wäre eine Angelegenheit allein zwischen England und Frankreich.[25]) „Mais Budberg n'était pas Gortschakow", das wußte man in Paris sehr wohl.[26]) Der russische Vizekanzler war sehr vorsichtig und zurückhaltend einer französischen Anspielung auf Luxemburg ausgewichen. Er wollte wissen, welche Absichten Frankreich verfolge.[27]) Talleyrand, der französische Botschafter in Petersburg, berichtete am 28. Februar, daß bei Gortschakow trotz seiner wohlwollenden Haltung nichts Ernstliches zu erreichen sei, solange man ihm nicht die wahren Ziele enthüllen würde.[28]) In Paris waren jedoch die intimen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg zu gut bekannt, als daß man es hätte unternehmen können, mit dem preußen-freundlichen Rußland offen eine gemeinsame preußen-feindliche Politik zu treiben. Das von dem französischen Außenminister im Laufe der Verhandlungen einseitig zugunsten Griechenlands entworfene Orientprogramm[29]) sagte dem russischen Vizekanzler nicht zu. Er gab Talleyrand zu bedenken, daß dadurch das Mißtrauen der anderen Mächte erregt werden würde, deren Kontrolle man die Regelung der Orientfrage nicht entziehen könne.[30]) Gortschakow durchschaute die Absichten Frankreichs und lehnte es ab, die französische Politik im Westen zu unterstützen, ohne ein entsprechendes Aequivalent für Rußland im Orient zu erhalten. Er erkannte klar, daß es sich bei der geplanten Entente im Westen nur um französische Interessen, im Orient aber um eine europäische Angelegenheit handle.[31]) Die Diskrepanz der russischen und französischen Absichten war zu groß. Auch der Zar hatte am 9. März zum Prinzen Reuß geäußert, er wolle „aus dem bisherigen tête à tête mit Frankreich in der orientalischen Frage heraus", Moustiers Pläne seien „völlig unpraktisch und viel zu weitgehend".[32]) Daß man auch in Frankreich die Verhandlungen vorläufig

---

22) Oncken II, S. 194, Metternich an Beust:
„L'empereur a dit qu'il désirait que l'Autriche reprenne position en Allemagne."
23) Ebd. S. 199.
24) Orig. Dipl. XIV, S. 197. Charles-Roux, S. 407. Moustier verlangte von Rußland für ein Entgegenkommen im Orient vor allem „une attitude franchement sympathique vis à vis des nos intérêts en Occident".
25) Orig. Dipl. XIV, S. 320 f, Moustier an Talleyrand am 18. Februar 1867.
26) Charles-Roux, S. 413 f.
27) Orig. Dipl. XIV, S. 377, vgl. auch ebd. S. 219 f.
28) Ebd. S. 390 f, Talleyrand an Moustier am 28. Februar 1867. Vgl. Charles-Roux, S. 418 f.
29) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 672 Vorbem. u. Nr. 711.
30) Orig. Dipl. XV, S. 63 f, Talleyrand an Moustier am 13. März 1867.
31) Vgl. Charles-Roux, S. 408.
32) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 710 Vorbem.

als gescheitert ansah, zeigt eine Erklärung Rouhers im Corps législatif am 18. März 1867: „An dem Tage, wo Rußland seine Versuche auf dieser Seite erneuern sollte [gemeint ist ein russisches Vorgehen im Orient], würde der Westen dieselben Interessen, dieselben Kräfte und denselben Willen haben.“[33])

Auch Bismarck ließ den Orient nicht aus den Augen. Er war sowohl von der russisch-französischen Annäherung in der Orientfrage als auch von den Orientplänen Beusts unterrichtet[34]) und nahm eine Bittschrift der Bevölkerung Kretas zum Anlaß, in die Reihe der über den Orient verhandelnden Staaten einzutreten. In einem Runderlaß vom 16. Januar 1867 beauftragte er die preußischen Missionen, die Absichten der Mächte genauer zu erforschen und ihm mitzuteilen.[35]) Der Schritt erregte das französische Mißtrauen. Benedetti nahm an, Preußen beabsichtige eine weitergehende Einwirkung auf die Pforte, als sie bisher von den Schutzmächten erfolgt war. Auf seinen Bericht hin glaubte Moustier an eine von Preußen „auf russische Veranlassung geplante Pression auf die Türkei“.[36]) Bismarck stellte in einem Erlaß an Goltz vom 23. Januar diese irrtümliche Auffassung richtig. Wie schon am 16. Januar betonte er jetzt nochmals, daß er lediglich bereit sei, sich einem gemeinsamen Schritte, der in der orientalischen Frage von den Mächten zwecks Erhaltung des Friedens getan würde, anzuschließen.[37]) Nachdem er so seine Stellung zum orientalischen Problem klar dargelegt hatte, teilte Moustier dem Grafen Goltz in zwei Unterredungen am 20. und 24. Januar sein Orientprogramm mit, das nach der Feststellung des norddeutschen Botschafters „auf eine allmähliche Aufteilung der Türkei“ hinauslief. Goltz hatte in seinen Berichten über die Eröffnungen des französischen Außenministers darauf hingewiesen, daß hier „die Elemente zu einem allgemeinen Kompensationssystem gegeben seien“.[38]) Bismarck ergriff die Gelegenheit und versuchte, die französischen Kompensationsgelüste von der deutschen Westgrenze abzulenken; sie mochten auf dem Balkan Befriedigung finden, wo sie das deutsche Nationalgefühl nicht unmittelbar herausforderten. „Wir haben“, so schrieb Bismarck am 30. Januar 1867 in einem Erlaß an Goltz, „im Orient keine direkten Interessen . . . dagegen kann das Ergebnis der orientalischen Frage ein hohes Interesse für uns gewinnen, wenn sie zu einem System von Kompensationen führen sollte, welches geeignet wäre, vor allem Frankreich Beruhigung zu gewähren. . . . Auf eine derartige Beruhigung Frankreichs muß es uns vor allen Dingen bei der Sache ankommen“.[39]) Deshalb betonte er im gleichen Erlaß ausdrücklich, daß sich Preußen in den zur Zeit „brennenden Fragen“ im Orient „mit Frankreich in dem erwünschten Einverständnis“ befände. Er teilte die Auffassung Moustiers, daß der

---

33) Hahn, Fürst Bismarck I, S. 655 f.
34) Oncken II, S. 199. Rheindorf, S. 54.
35) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 657.
36) Ebd. Nr. 664 Vorbem.
37) Ebd. Nr. 664.
38) Ebd. Nr. 672 Vorbem.
39) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 672.

Pforte die Bewilligung autonomer Einrichtungen für Kreta und die Aufgabe des Besatzungsrechtes der serbischen Festungen anzuraten sei. —

Bismarcks Haltung in der Orientfrage zeigt, daß er trotz aller Vorkehrungen für den eventuellen Kriegsfall[40]) zunächst bestrebt war, Deutschlands Einigung auf friedlichem Wege im Einverständnis mit Frankreich zu erreichen. Er wußte, daß Napoleon aus innenpolitischen Gründen äußere Erfolge nötig hatte und war gewillt, ihm dazu zu verhelfen, um aus Frankreich „ein zufriedenes und friedliebendes Mitglied der europäischen Gemeinschaft" zu machen.[41]) Moustier jedoch lehnte die den Orient betreffende Anregung Bismarcks ab. Preußen versuche, „Frankreich en monnaie orientale zu bezahlen, während Frankreich de la monnaie occidentale bedürfe . . . Das gegenwärtige Bedürfnis der französischen Regierung der öffentlichen Meinung gegenüber sei . . . auf Luxemburg gerichtet."[42])

Bismarck hatte bei den Verhandlungen über den Orient Rußland und Frankreich für einiger gehalten, als sie es in Wirklichkeit waren.[43]) Er hatte es wahrscheinlich deshalb vorerst unterlassen, bei der Abwehr des französischen Drängens auf Kompensationen seine guten Beziehungen zu Rußland ins Feld zu führen. Erst als er Mitte Februar 1867 von Goltz erfuhr, daß „die Furcht vor einer preußisch-russischen Allianz . . . in Frankreich mehr als alles andere aufrege", gebrauchte er die Freundschaft mit dem Zarenreich als Druckmittel im Kampfe gegen die immer stärker und dringlicher werdende französische Begehrlichkeit. In einem Erlaß an Goltz vom 15. Februar heißt es unter Bezugnahme auf die französischen Befürchtungen über die engen preußisch-russischen Beziehungen: „Die Bereitwilligkeit Rußlands zu fester Allianz mit uns ist uns zwar ganz vertraulich zu erkennen gegeben . . . . Wir sind aber noch vollkommen frei von jeder Verpflichtung . . . Zu einer weiteren Anlehnung an Rußland, als sie durch die Abwesenheit jedes Anlasses zu Konflikten bedingt wird, könnte uns eben nur die Besorgnis vor einer aggressiven Politik Frankreichs veranlassen."[44]) — Aus den Akten geht nicht hervor, worauf Bismarck mit dem Hinweis auf die russische Bereitwilligkeit zu fester Allianz mit Preußen Bezug nimmt. Thimme erinnert an den Brief des Fürsten Gortschakow an Bismarck vom 15. Oktober 1866.[45]) Der lag aber schon mehr als ein Vierteljahr zurück. Ob nicht vielmehr Bismarck damals schon im Besitz des von Schweinitz bezeugten Versprechens Kaiser Alexanders war, bei einer Beteiligung Oesterreichs an einem preußisch-französischen Krieg auf Seiten Frankreichs 300 000 Mann an die österreichische Grenze rücken zu lassen?[46]) Leider ist die Zeitangabe für diese Aeußerung des Zaren bei Schweinitz — „zur

---

40) Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten. — Versuch, eine russische Rückendeckung gegen Oesterreich zu erlangen für den möglichen Kriegsfall.
41) Bismarck, Ges.Werke VI, S. 251.
42) Oncken II, S. 210, Aeußerung Moustiers zu Goltz am 19. Februar 1867.
43) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 664.
44) Ebd. Nr. 684. (S. 268.)
45) Bismarck, Ges.-Werke VI, S. 268. Anm. 21. Vgl. oben S. 13.
46) Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 265. Vgl. Platzhoff, die elsaß-lothringische Frage in der russischen Politik von 1870 bis 1917, in: Elsaß-lothringisches Jahrbuch Bd. VIII, S. 359.

Zeit der Luxemburger Verwickelung" — so unbestimmt, daß eine sichere Entscheidung nicht möglich ist.

Die Luxemburger Frage wurde im März und April immer kritischer. Rußland benutzte die Lage, um nach dem Scheitern seiner mit Frankreich geführten Orientverhandlungen sich nunmehr mit Preußen über den Orient zu verständigen.

Die russische Fühlungnahme wurde durch eine Unterredung des Zaren mit dem Prinzen Reuß am 9. März eingeleitet. Kaiser Alexander, der den französischen Orientplan verwarf, wünschte dringend eine Verständigung der europäischen Mächte über eine „praktische" Lösung der orientalischen Frage. An dem Einverständnis mit Preußen war ihm hierbei viel gelegen, desgleichen seinem Kanzler, der nicht versäumte, Preußen an die Verdienste, die ihm Rußland 1866 geleistet habe, zu erinnern: „L'Empereur a donné des preuves éclatantes de son amitié sincère pour la Prusse dans un moment, oú presque tout le monde a voulu l'entraîner dans une autre voie. Cette attitude-là mérit bien de ne pas être oublié"[47]).

Bismarck gab darauf am 17. März 1867 durch Reuß in Petersburg unter Hinweis auf die Haltung Preußens im Krimkrieg und in der polnischen Frage mit aller Deutlichkeit zu verstehen, daß er sich Rußland gegenüber absolut nicht verpflichtet fühle. Daneben betonte er aber ausdrücklich, daß „die Gesinnungen Seiner Majestät des Königs nach wie vor dieselben" seien, und „der König auch bei der gegenwärtigen Lage der orientalischen Frage sich in vollständiger Uebereinstimmung mit den Auffassungen" des Zaren befände.[48]) Dieser Erlaß an Reuß ist insofern bezeichnend für Bismarcks Haltung Rußland gegenüber, als er den entschiedenen Willen offenbart, der preußischen Politik die volle Handlungsfreiheit zu wahren, und gleichzeitig die sorgsame Pflege des Vertrauensverhältnisses beider Monarchen nicht außer Acht läßt. — Fortgeführt wurde die von Kaiser Alexander und Gortschakow eingeleitete Fühlungnahme mit Preußen über den Orient durch Aeußerungen Stremooukows, eines leitenden Beamten im russischen Außenministerium.[49]) Er gab die „russische Neigung" zu erkennen, „angesichts des vorausgesetzten französisch-österreichischen Zusammengehens sich desto enger an Preußen, vor allem auch im Hinblick auf die orientalischen Angelegenheiten, anzuschließen". Aber zwei Bedingungen waren vorgesehen: die Beschränkung der russischen Freiheit im Schwarzen Meer sollte beseitigt werden und Preußen sollte versichern, daß es nie die von Frankreich in Aussicht gestellte „Vergrößerung Oesterreichs durch Bosnien und die Herzegowina zugeben werde".[50])

---

47) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 710 Vorbem.
48) Ebd. Nr. 710.
49) Gortschakow, der sich möglicherweise durch Bismarcks Antwort getroffen fühlte, hielt sich diesmal Preußen gegenüber im Hintergrund. Vielleicht mochte er hoffen, infolge der für Frankreich immer bedenklicher werdenden Luxemburger Frage noch einmal mit Napoleon auf einer für ihn günstigeren Grundlage über die Orientfrage verhandeln zu können, was er auch bald versuchte.
50) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 751 Vorbem., von Thimme wiedergegebener Bericht des Prinzen Reuß vom 1. April 1867. — Wie Stremooukows die Aufhebung der Pontusklauseln des Pariser Vertrages zu erreichen dachte, war nicht näher gesagt.

Durch den letzten, offensichtlich gegen Oesterreich gerichteten Punkt war die russische Anregung von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt.[51] Bismarcks Antwort kam einer Absage gleich. Zwar gab er zu verstehen, daß Preußen „der Aufhebung des Vertrages von 1856 hinsichtlich des Schwarzen Meeres . . in keiner Weise entgegen“ sei, die russischen Wünsche vielmehr bei sich bietender Veranlassung gern unterstützen würde. Den zweiten Punkt jedoch lehnte er ab, indem er erklärte, er glaube nicht, „daß das Kaiserlich österreichische Kabinett solche Absichten ernstlich hegt oder jetzt überhaupt daran denkt, seinen Einfluß nach dieser Seite hin auszudehnen“.[52] Auch diesmal lag in der Antwort Bismarcks die Tendenz, die Freundschaft mit Rußland nicht zu verletzen, aber ebenso wenig den russischen Interessen zuliebe auf etwas einzugehen, was er mit seinen Zielen nicht vereinbaren konnte. Daß gerade in jenen Apriltagen eine gemeinsame Front Rußlands und Preußens gegen Oesterreich seiner deutschen Politik durchaus nicht entsprach, zeigt die Tauffkirchen-Mission besonders deutlich.[53]

Als Bismarck am 13. April 1867 mit dem Grafen Tauffkirchen den Hohenloheschen Plan einer preußisch-österreichischen Annäherung besprach, legte er ihm dar, daß Preußen seit dem Prager Frieden aufrichtig gewünscht hätte, „das freundschaftliche Verhältnis zu Oesterreich wiederzugewinnen, welches den beiderseitigen Interessen und der bisherigen Vergangenheit entspräche.“ Es könne allerdings nicht mehr „b u n d e s t ä g l i c h“ sondern nur noch „i n t e r n a t i o n a l“ sein. Durch ein befristetes, streng defensives Bündnis glaubte er, der Donaumonarchie die dringend benötigte innere sowie äußere Ruhe und Sicherheit gewähren zu können, und gleichzeitig der Erhaltung des europäischen Friedens zu dienen, weil einem solchen deutsch-österreichischen Verhältnis gegenüber „Frankreich schwerlich eine Aggression wagen würde“. Voraussetzung war für ihn die Uebereinstimmung mit Rußland in dem Wunsche, „durch ein festeres Zusammenhalten der kontinentalen Mächte Oesterreich von anderweiten gefahrvollen Kombinationen abzuhalten und dadurch den Frieden Europas zu verbürgen“. Er war gewillt, die österreichischen Besorgnisse in der orientalischen Frage durch Einwirkung auf die russische Politik gegenstandslos zu machen[53a], fügte aber hinzu: „Wir würden bei jedem Versuch einer Verständigung mit Oesterreich nach dieser Richtung hin immer offenes Spiel für Rußland spielen und nicht über die Grenze hinausgehen, innerhalb der wir auf das Einverständnis Rußlands hoffen dürfen“.[54] Ganz vertraulich hatte Bismarck das alles am 18. April

---

51) Bismarck erstrebte in diesen Tagen eine Annäherung an die Donaumonarchie. Er war gerade im Begriff, auf dem Wege über München zu ermitteln, unter welchen Bedingungen das Wiener Kabinett zu einem Bündnis mit Deutschland bereit sei. (Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 734; vgl. auch ebd. Nr. 744.)

52) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 751.

53) Eine Darstellung dieses bayrischen Vermittlungsversuches zwischen Berlin und Wien ginge über den Rahmen der Arbeit hinaus. Deshalb soll die Mission des Grafen Tauffkirchen in den folgenden Ausführungen nur insofern berücksichtigt werden, als sie zur Beurteilung der russisch-preußischen Beziehungen beitragen kann. — Ausführliche Darstellung bei K. A. v. Müller, „Die Tauffkirchensche Mission nach Berlin und Wien“ und Schüßler, „Bismarcks Kampf um Süddeutschland“, S. 175 ff.

53a) Vgl. unten Anm. 73.

54) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 762; vgl. ebd. Nr. 759.

dem Prinzen Reuß mitgeteilt, der Gortschakow in diesem Sinne sondieren sollte.

Die Ziele, die Bismarck bei der Taufkirchen-Mission verfolgte, haben die verschiedenste Deutung erfahren. K. A. v. Müller betont, daß es Bismarck vor allem auf Bayern angekommen wäre, damit die bestehenden Verträge, nämlich die Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten, „fairly und honestly" gehalten würden. „Erst in zweiter Reihe", meinte er, „standen Bismarck die Vorschläge einer österreichischen Allianz".[55] Schüßler sieht gerade diese als das Hauptziel Bismarcks an und unterstreicht insbesondere den „großdeutschen" Charakter des Bündnisangebotes.[56] F. Hartung widerspricht ihm und hält die Vermutung für näher liegend, „daß Bismarck das bayrische Streben nach dem österreichischen Bündnis ad absurdum führen und Oesterreich die Ablehnung der bayrischen Wünsche zuschieben wollte, statt selbst Bayern ablaufen zu lassen".[57] Michael hebt zwei Gesichtspunkte hervor. Bismarck hätte mit seinem Angebot die Isolierung Napoleons in der Luxemburger Frage und eine Ermutigung der süddeutschen Staaten erstrebt. In der Orientfrage wäre seine Absicht gewesen, die weitere französische Unterstützung der österreichischen und russischen Politik zu verhindern.[58]

Vom Standpunkte dieser Arbeit aus will es mir scheinen, als gliedere sich die Taufkirchen-Mission folgendermaßen in Bismarcks Politik ein: Ohne den Krieg zu fürchten und die Sorge für alle Fälle außer Acht zu lassen[59], wollte Bismarck sein innenpolitisches Ziel, die Einigung Deutschlands[60], wenn irgend möglich auf dem Wege friedlicher Entwicklung erreichen.[61] Gefährdet sah er den Frieden durch Frankreich.[62] Seine bisherigen Versuche, den unruhigen Nachbarn zu befriedigen und womöglich dessen Einverständnis mit der nationalen Einigung zu erlangen, waren gescheitert: der preußisch-französische Allianzgedanke war längst nicht mehr ernst zu nehmen. Die Ablenkung der französischen Kompensationsgelüste auf den Orient war nicht gelungen. Die Luxemburger Frage hatte durch die ungeschickte Behandlung seitens der französischen Diplomatie[63] Formen angenommen, die eher einen Krieg befürchten als auf eine Befriedigung Frankreichs hoffen ließen. Da lag für Bismarck der Gedanke nahe, durch ein Zusammengehen mit anderen Mächten Napoleon vor Tatsachen zu stellen, die ihn zur Mäßigung zwingen würden. England schied hierbei von vornherein aus. Eine Kooperation allein

55) v. Müller, a. a. O., S. 406, 409.
56) Schüßler, a. a. O., S. 179 ff, S. 302 f.
57) Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte, Bd. 43, I. Hälfte, S. 194.
58) Michael, S. 52 f, S. 145.
59) Es sei hingewiesen auf die Sondierung Bismarcks vom August 1866 in Petersburg wegen russischer Rückendeckung gegen Oesterreich, die Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten und seine Stellung zu den süddeutschen Militärreformen Anfang 1867. (Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 663 u. 688).
60) Die Frage muß hier unerörtert bleiben, ob Bismarck, wie Schüßler meint, im Frühjahr 1867 den engeren Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund beabsichtigt habe oder ob er, was Fritz Hartung für wahrscheinlich hält, in einem Augenblicke, wo er den Norddeutschen Bund noch nicht fest gefügt hatte, ernstlich nicht mehr erstrebt habe als die im Juni 1867 durchgesetzte Reform des Zollvereins.
61) Vgl. Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 657, 717, 730, 759, 760, 762.
62) Ebd. Nr. 672.
63) Ebd. Nr. 726.

mit Rußland kam ebenso wenig in Frage, wie eine solche mit Oesterreich. Denn während jene Andrassy in die Arme Beusts und beide zu einem Zusammengehen mit Napoleon getrieben hätte[64]), mußte diese Gortschakow zu einer Fühlungnahme mit Frankreich veranlassen.[65]) Eine Verständigung zwischen Berlin, Petersburg und Wien aber hätte für die friedliche Weiterentwicklung des von Bismarck begonnenen nationalen Einigungswerkes außerordentliche Bedeutung gehabt. Die französische Politik wäre dadurch zwangsläufig in ruhigere Bahnen gewiesen worden, unabhängig davon, ob und wie weit ihre Kompensationswünsche am Rhein Befriedigung gefunden hätten. Bismarck griff daher den Hohenloheschen Vermittlungsversuch zwischen Preußen und Oesterreich sofort auf, versuchte aber, Rußland mit einzubeziehen.[66]) Ein Erlaß Bismarcks an Reuß vom 15. April zeigt klar und deutlich, worauf seine Politik in dem Dreieck Berlin, Petersburg, Wien in diesen Tagen abzielte: „Wenn wir eine Annäherung zu drei zwischen Rußland, Oesterreich und uns bewirken könnten, so wäre unabhängig von der Befriedigung Frankreichs der Friede sicher.* Ich vermute, daß Oesterreich die Hand dazu bieten würde, wenn ihm Rußlands und unsere Bürgschaft gegen Gefahren an der türkischen Grenze auf unbestimmte Frist, nicht über 3 Jahre, gesichert würde. Dann wäre für die Zeit auch der europäische Friede sicher. Wir würden auf Verhandlungen in der Richtung nur mit Wissen und Wollen Rußlands eingehen.“[67]) — Hätte die Tauffkirchen-Mission zu der hier angedeuteten Konstellation geführt, so wäre Bismarcks Stellung erheblich gestärkt worden und der Einigung Deutschlands der Weg über die Schlachtfelder von 1870/71 vielleicht erspart geblieben.

Sieht man die Tauffkirchen-Mission von diesem vorwiegend außenpolitischen Standpunkt, so ist die Auffassung K. A. v. Müllers als zu eng, als zu ‚bayrisch‘ abzulehnen. Für die starke Betonung des großdeutschen Gedankens in Bismarcks Bündnisangebot, wie Schüßler sie vertritt, bleibt innerhalb unserer Auffassung auch wenig Raum, während sie die anderen von Schüßler dargelegten Gesichtspunkte ebenso wie diejenigen Michaels keineswegs ausschließt sondern einbegreift. Es bleibt offen, ob Bismarck ernstlich ein Gelingen der Tauffkirchen-Mission für möglich hielt, ja ob er ein solches überhaupt erstrebte. Ohne diese Frage hier entscheiden zu wollen, kann ich doch die Zweifel, die Fritz Hartung darüber hegt[68]), nicht teilen. Mehrmals, am 6. Februar 1867 in einem Erlaß an Usedom, den preußischen Gesandten in Florenz[69]), und am 15. Februar an Goltz[70]), wies Bismarck auf die bestehende Möglichkeit einer preußisch-österreichischen Annäherung hin. Wohl sind diese Hinweise auch als Druckmittel Italien und Frankreich gegenüber zu bewerten. Aber sollte Bis-

64) Wertheimer, Andrassy I, S. 482.
65) In dem Zusammenhang sei an Bismarcks Ablehnung des Anfang April von Rußland angebotenen, gegen Oesterreich gerichteten Allianzvorschlages erinnert. Vgl. oben S. 20 f.
66) Vgl. oben S. 21.
67) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 760; Oncken II, S. 331 f.
68) Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte, Bd. 43, I. Hälfte, S. 194.
69) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 679.
70) Ebd. Nr. 684; Oncken II, S. 205.
*) Im Orignial nicht gesperrt.

marck hier mit Dingen, die er selbst für unmöglich hielt, gedroht und dann erwartet haben, daß seine Gegenspieler dadurch beeinflußt würden? Sicher hat er den österreichischen Revanchegedanken nicht leicht genommen, ihn aber durch entsprechende Zugeständnisse wahrscheinlich doch für überbrückbar gehalten. Er schrieb am 2. April 1867 in einem Erlaß an Reuß: „An Einverständnis Oesterreichs mit Frankreich haben wir keinen Grund zu glauben, eher an die Bereitwilligkeit Oesterreichs zu einem Bündnis mit uns, sobald wir ihm die Garantien, die es fordern würde, geben können".[71]) Mochte diese Aeußerung Bismarcks auch nicht ganz seiner Ueberzeugung entsprechen[72]), so scheint doch ziemlich gewiß zu sein, daß er es nicht für unmöglich hielt, unter anderem durch Garantien im Orient, die Preußen und Rußland gemeinsam Oesterreich gewährten, dieses für ein Zusammengehen zu gewinnen. Darauf lassen auch seine Sondierungen in Petersburg, mit denen er den Prinzen Reuß beauftragte, schließen.[73])

Zusammengefaßt ergibt sich, daß Bismarck im April 1867 ein von Rußland vertraglich unterstütztes oder stillschweigend gebilligtes Bündnis mit Oesterreich in Erwägung zog, durch das Napoleon isoliert und in seinen Kompensationsforderungen sowie in seinem Einspruchswillen gegen die deutsche Einigung zur Zurückhaltung gezwungen werden sollte. — Da jedoch der österreichische Kanzler nicht ohne einen gewissen Hohn das preußische Ansinnen zurückwies[74]) und auch Gortschakow sich dieser Kombination versagte[75]), scheiterte der an das spätere Dreikaiserbündnis erinnernde Plan[76]) Bismarcks.

Zu diesem Fehlschlag trug wesentlich das orientalische Problem bei. Die sehr allgemein gehaltenen Orientanregungen Bismarcks, die weder die Meerengenfrage noch die nationale Autonomie der Balkanvölker unmittelbar berührten, mochten vor allem Gortschakow nicht genügen. Die

71) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 737.

72) Zweifellos war der weitgehende Optimismus Bismarcks hinsichtlich der Haltung Oesterreichs mit darauf berechnet, die russischen Befürchtungen über eine französisch-österreichische Annäherung zu zerstreuen, die Prinz Reuß in einem Bericht vom Tage vorher erwähnt hatte. (Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 751 Vorbem.)

73) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 751.
Bismarck an Reuß am 6. April 1867: „. . . als das beste Mittel, es (Oesterreich) in einer unseren und den russischen Interessen gleich sehr entsprechenden Richtung seiner Politik zu erhalten und zu befestigen, würde es uns erscheinen, es in diesem Bestreben nach Sicherheit und ruhiger Entwickelung zu unterstützen und über seine Zukunft zu beruhigen." Deutlicher zeigte Bismarck seine Absicht in Petersburg am 18. April: „. . . seiner Beunruhigung wegen möglicher Komplikationen im Orient aber hat Freiherr von Beust schon früher Ausdruck gegeben. Es würde voraussichtlich von wesentlichem Einfluß auf das Wiener Kabinett sein, wenn ihm nach dieser Richtung hin eine gewisse Beruhigung gewährt werden könnte. Diese ihm zu geben würde wesentlich in der Hand Rußlands liegen. . . Es würde von großer Wichtigkeit für Oesterreich sein, wenn wenigstens für einen beschränkten Zeitraum Rußlands Zustimmung zu einer Aufrechterhaltung des status quo in den türkischen Grenzländern zu gewinnen wäre. Es würde vielleicht nicht einmal nötig sein, eine solche Zustimmung vertragsmäßig zu verlautbaren; und es würde meines Erachtens für die Erhaltung des Friedens schon genügen, wenn Rußland auch nur, ohne eine Verbindlichkeit einzugehen, eine i h m b e k a n n t e preußisch-österreichische Verabredung stillschweigend billigte." (Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 762.)

74) Schüßler, a. a. O., S. 181 f, 200 ff; vgl. Wertheimer, Andrassy I, S. 444; K. A. v. Müller, a. a. O., S. 416 ff; Beust II, S. 119.

75) Michael, S. 52.

76) Vgl. hierzu den Aufsatz W. Platzhoffs: Die Anfänge des Dreikaiserbündnisses. (1867—1871.)

Orientfrage blieb offen und wurde von ihm während der Luxemburger Krise abermals zum Gegenstand russisch-französischer Erörterungen gemacht.[77]) Die Aussicht auf eine für Rußland günstige Verständigung mit Frankreich über den Orient schien größer zu werden, je mehr sich der politische Kampf um Luxemburg zuspitzte. Für die französische Politik andererseits gewann in dieser Lage die Haltung des Zarenreiches an Bedeutung. Moustier schrieb am 8. April 1867 in einem Erlaß an Talleyrand, den französischen Botschafter in Petersburg: „Die Beziehungen Rußlands mit Preußen, deren Existenz jeder Tag mehr erweist, sind für uns ein natürlicher Gegenstand großer Sorgen, . . . Petersburg ist ein sehr wichtiger Punkt für uns".[78]) Unbefriedigt und beunruhigt von dem Stand der Luxemburger Angelegenheit bedeutete er ihm ferner: „Es scheint mir jeden Tag nötiger, unsere Entente mit Rußland über alle Fragen, sowohl abendländische wie orientalische, genau zu bestimmen".[79]) Mithin mußte der erneut gezeigte Wille Gortschakows zu einer Verständigung mit Frankreich über den Orient Moustier sehr willkommen sein. Er griff daher die russischen Orientanregungen freudig auf, obgleich er mit dem Verhalten Rußlands in der Luxemburger Frage durchaus nicht zufrieden war. Bitter beklagte er sich bei seinem Botschafter in Petersburg: „Man hat uns eine offene und sympathische Haltung gegenüber unseren Interessen im Occident versprochen. Das verträgt sich wenig mit dem ersichtlichen Verhalten des Petersburger Kabinetts. In den letzten Tagen scheint es tatsächlich nahe daran, Preußen mehr Recht zu geben als uns, und das bevor es selbst völlig weiß, um was es sich handelt".[80]) Jedoch nicht Preußen zuliebe, wie Moustier zu argwöhnen schien, ließ es Gortschakow in der Luxemburger Angelegenheit an der von Frankreich gewünschten Haltung fehlen. Er wollte einen Druck auf die französische Regierung ausüben, um sie seinen eigenen Zielen geneigter zu machen. Ueber seine Bedingungen für eine Allianz hatte er ihr keinen Zweifel gelassen. Er war bereit, Frankreich in seiner Kompensationspolitik selbst der 1839 festgelegten belgischen Grenze gegenüber freie Hand zu lassen, wenn es ihm dieselbe Freiheit im nahen Osten gegenüber dem Vertrage von 1856 zusicherte. Am 2. April hatte er zu Talleyrand geäußert: „. . . sagen Sie uns, daß alle die alten Verträge nicht mehr bestehen, ich werde der erste sein, der sich darüber freut".[81]) Der Preis für die russische Allianz war jedoch zu hoch angesetzt. Gortschakows Pontus-Wünsche fanden in Paris keine Zustimmung.

Nunmehr bemühte er sich um einen für Preußen annehmbaren aber auch Frankreich zufriedenstellenden Ausgleich in der Luxemburger Frage. Am 13. April ließ er durch Reuß und am 18. April durch Oubril bei Bismarck anfragen, „ob Preußen geneigt sein würde, seine Besatzung aus der Festung Luxemburg herauszuziehen, wenn ein Arrangement getroffen würde, wonach Land und Leute nicht an Frankreich über-

---

77) Orig. Dipl. XV, S. 285, 325, 327 ff; vgl. Rheindorf, S. 58 f.
78) Orig. Dipl. XV, S. 330.
79) Ebd. S. 327.
80) Ebd. S. 330.
81) Orig. Dipl. XV, S. 276.

gingen".[82]) Bismarck ging auf die russische Kompromißanregung ein, obgleich Gortschakow seinen Wunsch, durch Vorstellungen im Haag den holländischen König von einem Verkauf Luxemburgs an Frankreich abzuhalten, Anfang April ausgewichen war.[83]) Hatte der russische Kanzler damals gerade wegen der Luxemburger Spannung zwischen Frankreich und Preußen auf ein französisches Entgegenkommen in der Pontusfrage gehofft, so wollte er jetzt diese Spannung selbst aus der Welt schaffen helfen. Ob er glaubte, dann die französische Politik leichter auf den Orient konzentrieren zu können? Auch in dieser Erwartung, falls er sie hegte, wurde er enttäuscht. Napoleon schien seine Interessen durch ein ungetrübtes Verhältnis zu England besser gewahrt zu sehen, als im Bunde mit den anspruchsvollen Russen. Bis zum Sommer 1867 zogen sich die Versuche Gortschakows hin, mit Frankreich eine Verständigung über die Orientfrage zu erlangen. Auf der Pariser Weltausstellung mußte er feststellen, daß die französische Regierung gewillt war, an dem Vertrage von 1856, der infolge seines Kollektivcharakters nur gemeinsam von den Signatarmächten abgeändert werden könne, festzuhalten.[84])

2. Der Monarchenbesuch in Paris.

Die Vorverhandlungen für den Besuch König Wilhelms und Kaiser Alexanders auf der Pariser Weltausstellung fielen zeitlich mit der Luxemburger Frage zusammen und standen mannigfach mit ihr in Beziehung. Sie begannen, ehe die luxemburgische Angelegenheit in das Stadium der Krise eingetreten war, und dauerten nach deren Beseitigung noch fort. Wir müssen darum zeitlich etwas zurückgreifen.

Wie das Streben Napoleons nach Kompensationen, so ist auch die Weltausstellung in die Reihe derjenigen Faktoren einzugliedern, mit deren Hilfe der französische Kaiser die innerpolitischen Gefahren in seinem Lande zu beschwören hoffte. Es war ungewiß, ob die Verhandlungen über Luxemburg Frankreich die gewünschten Entschädigungen für den preußischen Machtzuwachs von 1866 bringen würden. Erzwingen konnte sie Napoleon auf keinen Fall. Ihm fehlten Bundesgenossen und ein schlagfertiges Heer. Umso größeren Wert legte er für sein Prestige auf einen glänzenden Verlauf der in Paris geplanten internationalen Ausstellung. In diesem Bewußtsein sagte er schon zu Anfang des Jahres 1867 in einer Rede vor dem diplomatischen Korps in Paris, daß er vom kommenden Jahre „une nouvelle ère de paix et de conciliation" erwarte, wozu „die Ausstellung

82) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 763.
83) Oncken II, S. 269; Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 728, Nr. 737 Vorbem.
84) Sybel VI, S. 186; vgl. auch Stern X, S. 107 f.

mächtig beitragen" werde.[1]) Paris empfing während der Ausstellungszeit eine große Zahl europäischer und außereuropäischer Fürsten, und Napoleon stand im Mittelpunkt rauschender internationaler Feste, die er nach Möglichkeit politisch auszuwerten versuchte. Desgleichen waren seine hohen Gäste und deren Minister bestrebt, die Pariser Reisen in den Dienst ihrer Politik zu stellen.

Nach einem Berichte Benedettis an Moustier vom 13. Februar 1867 hatte Bismarck in einer Unterredung über die sich mehr und mehr auf Luxemburg richtenden französischen Kompensationswünsche dem Botschafter Napoleons gesagt, daß er ihm nichts garantieren könne, es aber an der Zeit sei, daß die beiden Souveräne sich träfen. Der König werde sich vielleicht während der Ausstellung nach Paris begeben. Goltz sei beauftragt, mit Moustier darüber Fühlung zu nehmen. Wenn diese Reise stattfände, so hoffe er, daß sie eine „entente définitive et cordiale über alle diese Fragen" zur Folge haben werde.[2]) Der französische Außenminister erkannte den „glücklichen und unbestreitbaren Einfluß" einer Monarchenbegegung auf die schwebenden Fragen und die zukünftigen Beziehungen beider Länder an, wollte aber „déblayer le terrain", um einen Abschluß zwischen den Monarchen zu erleichtern. Er teilte seinem Kaiser die Andeutung Bismarcks, daß der König vielleicht die Ausstellung besuchen wolle, mit.[3]) Napoleon gab darauf in einem Brief an König Wilhelm vom 8. März seiner Freude über dessen Absicht, nach Paris kommen zu wollen, Ausdruck und lud den König ein, während des Besuches in den Tuilerien zu wohnen. Das Schreiben gelangte erst am 22. März in die Hände König Wilhelms.[4])

Noch am gleichen Tage wies Bismarck telegrafisch den Prinzen Reuß an, in Petersburg „vorsichtig zu sondieren, ob vielleicht auch Kaiser Alexander II. Neigung verspüre, zur Ausstellung nach Paris zu gehen".[5]) Der preußische Gesandte konnte sich noch am Abend des 22. März seines Auftrages entledigen[6]) und am 23. rücktelegrafieren, daß der Zar die Reise gerne unternehmen würde, „vorausgesetzt, daß König Wilhelm sich ihm anschließe". Darüber unterrichtete Bismarck noch am 23. vertraulich den Grafen Goltz[7]) und teilte auch Benedetti seine Sondierung in Petersburg und die darauf vom Zaren geäußerte Absicht mit, wobei er dessen Wunsch, sich zu derselben Zeit in Paris einzufinden, wie der König von Preußen, nachdrücklich betonte.[8]) — Bismarck hatte sich nicht nur der Bereitwilligkeit des Zaren zur gemeinsamen Ausführung des Besuches vergewissert sondern ihm auch die offizielle Initiative dazu zugeschoben.

---

1) J. M. v. Radowitz, Aufzeichnungen I, S. 133.
2) Orig. Dipl. XIV, S. 288.
3) Ebd. S. 318, Erlaß Moustiers an Benedetti vom 18. Februar 1867. Die Ansicht Moustiers machte Benedetti am 22. Februar in einer Unterredung mit Bismarck geltend, wobei der preußische Ministerpräsident den Eindruck gewann, daß seine „früheren Aeußerungen über diesen Besuch positiver aufgefaßt" worden wären, als er sie getan hatte. (Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 691. Oncken II, S. 216 f.)
4) Oncken II, S. 231; vgl. auch Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 717 Vorbem.
5) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 717 Vorbem.
6) Orig. Dipl. XV, S. 150.
7) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 717 Vorbem.
8) Vgl. Telegramm und Bericht Benedettis an Moustier vom 24. Februar 1867 in Orig. Dipl. XV, S. 146 f, 149 ff.

Er benachrichtigte nunmehr den Prinzen Reuß am 25. März, daß bei der Aussicht auf das Zusammensein mit dem Kaiser Alexander in Paris König Wilhelm die Reise, gegen die noch Bedenken bestanden hätten, jetzt sehr gern machen würde und „sich von derselben die günstigste Wirkung für Erhaltung des Friedens und Beseitigung der Spannung der europäischen Lage“ verspreche. Eigenhändig fügte Bismark hinzu: „Auf letztere würde schon das Ruchbarwerden der Absicht günstig wirken“.[9] Hierüber dachte man aber in Petersburg anders. Erwartete Bismarck, daß ein Bekanntwerden des beabsichtigten gemeinsamen Monarchenbesuches vielleicht mäßigend auf Napoleons Vorgehen in der Luxemburger Frage wirken und somit eine Entspannung der Lage herbeiführen würde, so wünschte der Zar nach einer telegrafischen Meldung des Prinzen Reuß vom 28. März gerade mit Rücksicht auf die Luxemburger Angelegenheit die vorläufige Geheimhaltung des Reiseplanes. Für dessen Ausführung faßte er etwa den 1. Juni ins Auge.[10])

Trotz des kaiserlichen Wunsches besprach Bismarck weiterhin die Besuchsfrage mit dem bereits eingeweihten französischen Botschafter und gab ihm am 28. März das Telegramm des Prinzen Reuß zu lesen. Er ließ ihn allerdings ohne jede Anweisung, wie er diese vertraulichen Mitteilungen (confidences) verwertet wissen wollte, weder bat er ihn, darüber Moustier zu berichten, noch wünschte er zu erfahren, wie man in Paris darüber denke.[11]) Einem Telegramm an Goltz vom 30. März fügte Bismarck hinzu: „Kaiser von Rußland wünscht mit unserm Könige nach Paris zu gehen, etwa um 1. Juni“.[12]) Hier fehlte ebenfalls jegliche Weisung, wie der Botschafter diese Nachricht zu behandeln habe. Goltz war jedenfalls jetzt in der Lage, bei einer Anfrage Moustiers die Berichte Benedettis, soweit sie die Reisepläne des Zaren betrafen, zu bestätigen. Auch konnte er später im Mai der Darstellung des russischen Botschafters Budberg, der König käme gleichsam unter dem Schutz des Zaren nach Paris, mit der nachdrücklichen Feststellung entgegentreten, daß der Gedanke, den Besuch gemeinschaftlich zu machen, vom Kaiser von Rußland ausgegangen sei.[13])

---

9) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 717.

10) Ebd. Nr. 730 Vorbem.; Orig. Dipl. XV, S. 188 f. Die von Bismarck bei den Erörterungen über den Monarchenbesuch verfolgte Absicht geht noch deutlicher als aus obigem Telegramm an Reuß vom 25. März aus einem Erlaß an Goltz vom 30. hervor: „Ueber den großen und in jeder Weise für die Erhaltung des Friedens günstigen Einfluß, welchen der gemeinschaftliche Besuch der beiden Monarchen haben würde, brauche ich mich nicht mehr auszulassen. Seine Majestät der Kaiser von Rußland hat zwar den Wunsch ausgedrückt, daß wegen Unsicherheit in der Luxemburger Sache über die Reise noch das Geheimnis bewahrt werden möge; ich habe aber vorläufig darauf aufmerksam gemacht, daß schon das Bekanntwerden der Absicht beider Monarchen einen vielleicht mäßigenden Einfluß auf Frankreich in dieser Angelegenheit üben und diese von Frankreich in höchst ungeschickter Weise überstürzte Sache in einen ruhigeren Verlauf bringen würde.“ (Oncken II, S. 268, Anm. 2.)

11) Orig. Dipl. XV, S. 187 ff. Bericht Benedettis an Moustier vom 28. März 1867. Bei dieser Unterredung gab Bismarck auf die Frage Benedettis, weshalb er den Kaiser Alexander über eine Reise nach Paris habe sondieren lassen, eine ausweichende Antwort. Der französische Botschafter vermutete mit Recht, daß es geschehen sei, um den Zaren für eine gemeinsame Reise mit König Wilhelm zu gewinnen, es aber so erscheinen zu lassen, als hätte nicht der König sondern der Zar diesen Wunsch zuerst gehabt.

12) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 723.

13) Oncken II, S. 400.

Die Nachricht über den Besuchsplan der Monarchen hatte infolge der Mitteilungen an Benedetti und Goltz den offiziösen Weg nach Paris gefunden. Dadurch war die von Bismarck erstrebte Rückwirkung auf Napoleons Verhalten in der Luxemburger Frage erst ermöglicht worden. Am 30. März ersuchte Bismarck den Grafen Goltz, mit Wohlwollen, aber eindringlich folgenden Gesichtspunkt in Paris geltend zu machen: „Wenn der Kaiser noch jetzt mit Vorsicht, Ruhe und Mäßigung zu Werke geht, wozu die Aussicht auf den Besuch der beiden Monarchen, welche für ihn in Bezug auf sein eigenes Land wie auf Europa von unberechenbarem Werte sein muß, ihn vor allem bewegen sollte: so können die drohenden Gefahren und Komplikationen abgewandt und die Wogen der öffentlichen Meinung beruhigt werden“.[14]) Erst am 31. März wies Bismarck den Prinzen Reuß an, bei Gortschakow und dem Zaren lebhaft zu befürworten, daß die Absicht beider Monarchen, gemeinsam nach Paris zu gehen, wegen des günstigen Einflusses auf die Luxemburger Frage und die Erhaltung des Friedens „verlautbart werden dürfe“.[15]) Ob er die ausdrückliche Einwilligung Gortschakows und des Zaren dazu erlangt hat, ist aus den Akten nicht ersichtlich. — Als im April 1867 die Spannung zwischen Frankreich und Preußen wegen Luxemburg immer größer wurde, führte Bismarck bei seinen Bemühungen, den Frieden zu erhalten, in den Tagen der Taufffirchen-Mission auch die Aussicht auf den Monarchenbesuch ins Feld. Er riet einem vertrauten Agenten Napoleons, der ihm den dringenden Wunsch nach friedlicher Lösung der Luxemburger Frage äußerte und ihn um seinen Rat über Mittel dazu bat: „vor allem Reise der beiden Souveräne nach Paris möglich zu erhalten, sicher zu stellen und dann bekannt werden zu lassen. Dadurch würde die Spannung der Situation sich lösen und nach Ueberwindung der jetzigen aufgeregten Phase wahrscheinlich zu Gunsten des Friedens klar werden, was man tun und lassen könne“.[16])

Französischerseits wurden Bismarcks Mitteilungen über den Besuchsplan der Monarchen zunächst mit Mißtrauen aufgenommen. Benedetti zweifelte, ob Bismarck ihm die volle Wahrheit gesagt habe, und war sich nicht ganz im Klaren über den Beweggrund zu dessen augenscheinlichem Wunsch, „daß der Kaiser von Rußland zu derselben Zeit nach Paris gehen möge, wie der König von Preußen“. Auch hielt er es für fraglich, ob der russische Hof gleichfalls diese Absicht habe.[17]) Ueber den Zweck eines gemeinsamen Monarchenbesuches äußerte er völlig ungewisse Vermutungen. Ob der König und der Zar vielleicht Pläne hätten, die sie in Paris mit Napoleon besprechen wollten? Oder sollte ihre Reise Europa nur beweisen, „daß es keinen neuen und großen Krieg zu befürchten hat“?[18]) Am meisten schien Benedetti die Frage zu bewegen,

14) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 726.
15) Ebd. Nr. 730.
16) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 760, Bismarck an Reuß am 15. April 1867. Nach einer Anmerkung Thimmes war der Agent Napoleons vermutlich der Graf Csaky, der Bismarck schon früher vertrauliche Nachrichten aus Paris übermittelt hatte und Mitte April wiederum in Berlin weilte.
17) Orig. Dipl. XV, S. 150 f.
18) Orig. Dipl. XV, S. 188, Benedetti an Moustier am 28. März 1867.

die er am 27. März an Bismarck richtete, welche Beziehung man in Petersburg zwischen der Reise der beiden Souveräne und der Luxemburger Angelegenheit sähe? Die Auskunft, daß man sich dort bezüglich Luxemburg nicht festgelegt habe und vielleicht vermute, dem König könnte aus der Sache ein Hindernis für seine geplante Reise entstehen, mochte ihn beruhigen. Dagegen veranlaßte ihn die gleichzeitige Bemerkung Bismarcks, ihm sei die erste Nachricht darüber, daß Frankreich Verhandlungen mit dem Haag über den Verkauf Luxemburgs eröffnet und bereits einen Vertrag mit Holland unterzeichnet habe, aus Petersburg zugegangen, zu der Mitteilung an Moustier: „Dieses Geständnis scheint mir zu beweisen, daß die Beziehungen zwischen den beiden Höfen und selbst zwischen Herrn von Bismarck und dem Fürsten Gortschakow noch intimer sind, als ich es annehme".[19]) Jetzt schenkte man auch in Paris dem bevorstehenden Monarchenbesuch erhöhte Aufmerksamkeit. Den französischen Außenminister schien die preußisch-russische Freundschaft zu beunruhigen. In seinem Erlaß an Talleyrand vom 8. April heißt es: „Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sehr der Kaiser wünschen würde, die Motive der Entente des Königs von Preußen und des Kaisers von Rußland über eine gemeinsame Reise nach Paris zu erfahren". Er wollte ferner wissen, wer die Initiative dazu ergriffen habe, wer von beiden damit rechne, am meisten dabei zu gewinnen, und was sie in Paris vorzuschlagen oder zu fordern beabsichtigten.[20]) Talleyrands Meldung vom 17. April, Gortschakow sei in der Luxemburger Frage noch keinerlei Verbindlichkeiten Preußen gegenüber eingegangen[21]), mußte ihn mit Befriedigung erfüllen. Sie wurde jedoch bald durch eine an sich sehr unwahrscheinliche Nachricht getrübt, daß Bismarck, anstatt das Osterfest auf dem Lande zu verbringen, bei einem seiner Freunde eine Begegnung mit Gortschakow gehabt habe in der Absicht, einen Offensiv- und Defensivvertrag abzuschließen.[22]) Aber auch Benedetti glaubte auf eine Anfrage versichern zu können, daß das Gerücht über diese Zusammenkunft der Minister unbegründet sei.[23])

König Wilhelm hatte nach der Verständigung mit dem Zaren über die Pariser Reise am 30. März Napoleon mitgeteilt, daß er, wenn es seine Gesundheit erlaube, zur Ausstellung kommen würde und die Einladung in die Tuilerien annehme.[24]) Dagegen war von Petersburg zunächst keinerlei offizielle Nachricht über die Absicht des Zaren, die Weltausstellung besuchen zu wollen, nach Paris gelangt und infolgedessen auch kein Einladungsschreiben von dort an Alexander ergangen. Bismarck hatte indes schon das Nötige in die Wege geleitet und am 27. März Benedetti die Frage vorgelegt, wie wohl Kaiser Alexander erfahren

19) Ebd. S. 189.
20) Orig. Dipl. XV, S. 330. Eine ausführliche Antwort Talleyrands auf die von Moustier gestellten Fragen ist aus den Akten nicht zu entnehmen. Benedetti berührte am 13. April noch einmal die Frage der Initiative zu dem gemeinsamen Besuch. Sie sei, so wiederholte er seine frühere Meinung, von Berlin und nicht von Petersburg ausgegangen. (Orig. Dipl. XV, S. 407.)
21) Orig. Dipl. XVI, S. 34.
22) Ebd. S. 133, Moustier an Benedetti am 23. April 1867.
23) Ebd. S. 146, Benedetti an Moustier am 24. April 1867.
24) Oncken II, S. 268 f.

könne, daß sein Besuch Napoleon angenehm sein würde, und ob es möglich wäre, Talleyrand zu beauftragen, in Petersburg davon zu sprechen.[25]) Benedetti wies darauf hin, daß Napoleon nicht anders verfahren könne als bei der Einladung König Wilhelms. Der Kaiser hätte aus eigener Initiative keinen Monarchen eingeladen; doch würde er gern eine wenn auch noch so leise russische Andeutung über Alexanders Absicht zum Anlaß nehmen, „um in ähnlicher Weise, wie an Seine Majestät den König auch nach St. Petersburg zu schreiben und dadurch die Sache in erwünschter Weise einzuleiten". Prinz Reuß sollte das zur Kenntnis des Zaren gelangen lassen und darauf hinwirken, daß vielleicht Budberg, der russische Botschafter in Paris, ermächtigt würde, Napoleon eine entsprechende Andeutung zu machen.[26]) Das geschah anscheinend nicht. Denn Napoleon nahm Anfang April ausdrücklich die vertrauliche und offiziöse Benachrichtigung durch den Berliner Hof, daß der Kaiser von Rußland die Ausstellung zu besuchen gedenke, nicht aber eine Mitteilung Budbergs zum Anlaß, dem Zaren durch Talleyrand sagen zu lassen, daß „er außerordentlich glücklich" (extrêmement heureux) über seinen Besuch sein werde.[27]) Der Zar wollte sich vor der Klärung der Luxemburger Frage nicht endgültig festlegen.[28]) Am 17. April ließ er durch Gortschakow dem französischen Botschafter in Petersburg seine Absicht, zur Ausstellung nach Paris zu kommen, bestätigen, allerdings mit der auf die preußisch-französische Spannung anspielenden Einschränkung, „wenn die politischen Ereignisse es ihm erlauben". Am folgenden Tage sollte auch Budberg davon unterrichtet werden.[29]) Schließlich setzte der Petersburger Hof in den Tagen der über Luxemburg entscheidenden Londoner Konferenz die Abreise des Zaren nach Paris auf den 27. Mai fest. Talleyrand erinnerte daraufhin in Paris am 10. Mai an das bis dahin immer noch nicht erfolgte Einladungsschreiben Napoleons für Kaiser Alexander.[30]) Am Tage zuvor hatte auch Benedetti aufgrund seiner Berliner Informationen über den nunmehr festliegenden Reiseplan des Zaren nach Paris berichtet; Bismarck habe darauf hingewiesen, „daß der König den Kaiser begleiten würde und daß die beiden Souveräne zusammen in Paris ankommen würden".[31])

Die Besuchsfrage schien geregelt zu sein. Jedoch kam sie erneut in Fluß, als nach Erledigung der Luxemburger Angelegenheit auf der Londoner Konferenz vom 7. bis 11. Mai 1867 am französischen Hofe Bedenken gegen den gleichzeitigen Aufenthalt König Wilhelms und Kaiser Alexanders in Paris laut wurden. Der Prinz Napoleon hatte sie zuerst geäußert. Graf Goltz, der am 13. Mai darüber an Bismarck berichtete, hielt das zunächst lediglich für persönliche Politik des Prinzen und bestätigte in dem Bericht noch „die frühere Annahme, daß der französische Hof den

25) Orig. Dipl. XV, S. 189, Benedetti an Moustier am 28. März 1867.
26) Den Grafen Goltz hatte Bismarck davon benachrichtigt und ihn ersucht, „mit Baron Budberg vorsichtig die Sache zu besprechen und ihn zu sondieren, ob er seinerseits zu einer solchen Aeußerung in der Lage sein würde." (Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 730. Vgl. Oncken II, S. 268, Anm. 2.)
27) Orig. Dipl. XV, S. 234.
28) Ebd. S. 278 f.
29) Orig. Dipl. XVI, S. 33 f.
30) Orig. Dipl. XVI, S. 411. Wann der Zar den Einladungsbrief erhielt, ist aus den Akten nicht ersichtlich.
31) Ebd. S. 391 f.

gleichzeitigen Besuch beider Monarchen gewärtige".[32]) Als er aber auch von Budberg Einwände gegen den gemeinsamen Besuch hörte, sondierte Goltz vertraulich den Staatsminister Rouher über diese Angelegenheit. Da erfuhr er, daß tatsächlich Bedenken beständen, und zwar aus rein „häuslichen" wie auch aus politischen Gründen. Es habe sich herausgestellt, daß die französische Hofhaltung nicht darauf eingerichtet sei, zwei Monarchen gleichzeitig so würdig aufzunehmen, wie Napoleon es wünsche. In politischer Beziehung hege das französische Herrscherpaar die Besorgnis, daß das Pariser Publikum infolge der „bekannten Allianzgerüchte den gleichzeitigen Besuch der Monarchen von Preußen und Rußland mißdeuten könnte". Goltz hatte daraufhin eine Unterredung mit dem Kaiser und der Kaiserin, die ihm die von Rouher angeführten Gründe bestätigten.[33]) — Napoleon III. war der gleichzeitige Besuch der beiden Souveräne von vornherein unerwünscht. Die Besorgnis, die politische Situation dann weniger gut ausnutzen zu können, sowie die seit der Luxemburger Frage verstärkte preußenfeindliche Stimmung in Frankreich hatten den Kaiser schon am 11. Mai zu der Anweisung an seine Minister veranlaßt: „Man muß zu vermeiden suchen, daß die beiden Herrscher zusammen kommen, wenn man die Reise des Königs von Preußen nicht vollständig verhindern kann".[34]) Die Einladung an König Wilhelm war jedoch nicht mehr rückgängig zu machen. Moustier aber sollte den russischen Botschafter Budberg für den kaiserlichen Wunsch zu gewinnen suchen und tat es, wie der Bericht des Grafen Goltz vom 17. Mai erweist, mit vollem Erfolg.[35]) Dem Zaren gab Napoleon auch durch die in Paris weilende Großfürstin Marie zu verstehen, wie erwünscht es ihm sei, „ihn nicht gleichzeitig mit Seiner Majestät dem Könige bei sich zu sehen, da die zwischen Frankreich und Preußen herrschende Spannung unwillkürlich die Relationen zwischen Frankreich und Rußland, denen er die größte Intimität zu geben wünsche, beeinflussen würde".[36])

Graf Goltz war von der Berechtigung der Gründe, die ihm der französische Hof für die Notwendigkeit eines zeitlich getrennten Besuches der beiden Monarchen anführte, bei seiner franzosenfreundlichen Einstellung[37]) persönlich überzeugt. Er ließ in seinem Bericht vom 17. Mai den Wunsch durchblicken, daß der Besuch nicht gleichzeitig stattfinden möchte, da er sonst nach Lage der Dinge in Paris „sehr bedauerlicher Weise ganz würde unterbleiben müssen".[38]) Bismarck hingegen durchschaute die französische Absicht. In den vorgebrachten Argumenten sah er lediglich Vorwände, aber keine stichhaltigen Gründe und wollte in seiner Empörung über diese „Unhöflichkeit"[39]) dem König die Reise, wenn sie

32) Oncken II, S. 401; vgl. ebd. S. 397 und Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 802.
33) Oncken II, S. 397 f.
34) Charles-Roux, a. a. O., S. 432 f.
35) Oncken II, S. 399 f; vgl. J. M. v. Radowitz, a. a. O., S. 145.
36) Oncken II, S. 400, Anm. 1, Privatschreiben des Prinzen Reuß an Bismarck vom 18. Mai 1867. Vgl. Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 806 Vorbem.
37) Vgl. J. M. v. Radowitz, a. a. O., S. 145 u. 149.
38) Oncken II, S. 399 ff.
39) Oncken II, S. 401, Bismarck an Prinz Reuß am 21. Mai 1867: „Wie dem auch sei, die Unhöflichkeit des französischen Hofes gegen unsern allergnädigsten Herrn bleibt immer dieselbe. Kaiser Napoleon ladet am 22. März unsern König durch eigenhändiges Schreiben ein, nach Paris zu kommen und in den Tuilerien zu wohnen,

nicht gleichzeitig mit derjenigen Kaiser Alexanders stattfände, überhaupt widerraten. Daß auch der Zar und Gortschakow von der Reise Abstand nehmen würden, glaubte er nicht. Er vermutete vielmehr, daß sie sich „mit dem Gedanken an die Pariser Reise schon zu vertraut gemacht haben, um die Ausführung noch davon abhängig zu machen, daß die Solidarität der Politik beider Höfe durch den Zusammenhang des Besuchs beider Souveräne zum sichtbaren Ausdruck komme“. Zwar bedauerte er dem Prinzen Reuß gegenüber, daß die politische Bedeutung der gemeinschaftlichen Reise durch das alleinige Erscheinen des Zaren in Paris verloren gehen sollte. Er hegte aber keineswegs die Befürchtung, daß das Zusammensein der Kaiser zu einer für die preußisch-russischen Beziehungen nachteiligen Annäherung beider führen könnte. „Der König hat in dieser Beziehung das unbeschränkteste Vertrauen zu seinem Kaiserlichen Neffen.“ Reuß sollte daher in Petersburg auch „durchaus keinen Wunsch andeuten, daß die Reise des Kaisers unter diesen Umständen unterbleibe“, sondern nur dem Zaren deutlich machen, daß angesichts des französischen Verhaltens König Wilhelm die Ausführung des aufgestellten Reiseprogramms unmöglich sei.[40])

In einer Besprechung mit Gortschakow über die in Paris entstandenen Schwierigkeiten äußerte Prinz Reuß, daß der französische Hof offenbar Rußland von Preußen zu trennen beabsichtige und vor der Welt den Anschein einer Uebereinstimmung zwischen dem französischen und russischen Kabinett erwecken wolle. Man würde das Gegenteil, nämlich eine noch engere Verbindung zwischen Rußland und Preußen mit alledem herbeiführen, sagte der Vizekanzler. Er wolle die Lage mit Bismarck in Berlin auf der Hinreise aufs genaueste besprechen und hoffe auf eine restlose Verständigung. Kaiser Alexander sei entschieden gewillt, falls er nicht gleichzeitig mit dem König reisen sollte, die Interessen Preußens in Paris zu wahren.[41]) Wohl nicht, ohne von seinem Kanzler beeinflußt zu sein, ließ der Zar am 24. Mai König Wilhelm durch den Obersten von Schweinitz sagen, daß er unter den eingetretenen Umständen anfangs die Reise ganz habe aufgeben wollen, „doch mache das zu viel Lärm; er werde jedenfalls als ein guter Sachwalter Preußens in Paris auftreten“.[42])

Bismarck hatte recht vermutet, als er die ernstliche Bereitschaft des russischen Hofes bezweifelte, von der Reise im letzten Augenblick Abstand zu nehmen. Es ist zwar nicht nachzuweisen, daß den Bestrebungen Budbergs Instruktionen aus Petersburg zugrunde lagen, aber es erfolgte auch

---

richtet später dieselbe Einladung an den Kaiser Alexander, nimmt den gemeinsamen Besuch beider längere Zeit als feststehend an und ersucht nun plötzlich mit . . . Entschiedenheit den König, erst nach der Abreise des Kaisers von Rußland oder gar nicht zu kommen.“

40) Oncken II, S. 402 f.

41) Ebd. S. 403, Anm.

42) Zitiert nach Thimme, Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 806 Vorbem. Vgl. Oncken II, S. 404, Anm. Hiernach sollte Schweinitz König Wilhelm dringend nahe legen, nicht gänzlich auf die Reise zu verzichten. Kaiser Alexander habe an Budberg telegrafiert, so schrieb Schweinitz an den König, Napoleon zu sagen, „daß es ihm sehr peinlich sei, nicht mit Eurer Majestät in Paris zusammenzutreffen; Napoleon irre sich, wenn er glaube, ihn gewinnen zu können, ihn würde man niemals in eine Koalition gegen Preußen bringen. Er werde dessen guter Advokat in Paris sein“.

keine entschiedene Erklärung des russischen Kaisers, nur gleichzeitig mit König Wilhelm in Paris sein zu wollen, die Budberg und die Großfürstin Marie den französischen Einflüssen unzugänglicher gemacht haben würde.[43])

Auffällig war Gortschakows Verhalten. Prinz Reuß hatte am 22. Mai aufgrund der oben angeführten Unterredung mit ihm den Eindruck, als wäre er nicht unzufrieden damit, „daß der russische Hof mit seinen Sternen allein am Pariser Firmament glänzen wird", zumal er persönlich befürchtete, neben Bismarck „etwas in den Schatten gestellt zu werden".[44]) Zwei Tage später aber meldete der preußische Gesandte aus Petersburg, daß Gortschakow dem Kaiser dringend von der Reise abgeraten habe. Seinem Wunsch gemäß sollte auch Prinz Reuß in diesem Sinne auf den Zaren einwirken.[45]) In einem Privatbrief an Bismarck vom 28. Mai bestätigte der Prinz den Umfall des russischen Vizekanzlers und deutete auch den wahrscheinlichen Grund an, die Orientpolitik: „Jedenfalls glaube ich, daß er jetzt zuletzt ganz aufrichtig wünschte, daß der Kaiser nicht ohne unsern König in Paris erschiene. Es war ihm wirklich bange vor einem Erkalten unserer Beziehungen, und diese Eventualität befürchtete er sehr für seine orientalische Politik, besonders da alle andern anfingen, ihm den Rücken zu drehen."[46]) Gortschakow hatte am 20. April zu dem französischen Botschafter Talleyrand den Wunsch geäußert, die gemeinsame russisch-französische Aktion in Konstantinopel durch einen neuen Kollektivschritt der beiderseitigen Vertreter sichtbar werden zu lassen, um die öffentliche Meinung in Rußland für die Reise Kaiser Alexanders nach Paris günstig zu stimmen.[47]) Die große Zurückhaltung, mit der diese Anregung an der Seine aufgenommen wurde, mag ihn dazu veranlaßt haben, sich auf der bevorstehenden Reise um die preußische Unterstützung seiner Orientpolitik zu bemühen. Während seines Berliner Aufenthalts auf der Reise nach Paris sondierte Gortschakow König Wilhelm über „eine Art Bündnis gegen jeden Friedensstörer", wodurch für Rußland seine Orientinteressen, für Preußen die linksrheinischen Gebiete sichergestellt werden sollten.[48]) Da die Bedingungen für Preußen die Gefahr in sich bargen, durch die russische Politik in Orientkonflikte verwickelt zu werden, gingen der König und Bismarck nicht darauf ein. Vielleicht aber erklärt der von Gortschakow geplante Bündnisfühler seine in der Besuchsfrage am 24. Mai plötzlich bekundete Rücksicht auf Preußen. Bismarck verfehlte nicht, sie dankbar anzuerkennen. König Wilhelm jedoch bezeichnete das gänzliche Aufgeben beider Besuche als schädlich für die politische Lage und deutete an, daß er vielleicht auch nach dem Kaiser Alexander seine Reise ausführen würde; daraufhin telegrafierte Bismarck noch am 24. Mai dem Prinzen Reuß: „Reden Sie daher nicht ab von der Reise. Der König wiederholt den Ausdruck unbedingten Vertrauens zur Politik des Kaisers und hält Solidarität mit derselben für vollkommen gesichert gegen

43) Vgl. Oncken II, S. 404.
44) Ebd. S. 403, Anm.
45) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 806 Vorbem.
46) Bismarck, Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen II, S. 407.
47) Orig. Dipl. XVI, S. 90; vgl. ebd. S. 107.
48) Michael, S. 150.

jeden etwaigen Versuch Frankreichs, beide Höfe zu trennen. Ob der König selbst nach Rückkehr des Kaisers nach Paris gehen wird, darüber will Seine Majestät erst nach gemeinsamer Erwägung mit dem Kaiser bei dessen Anwesenheit hier sich definitiv entschließen".[49])

Ihre endgültige Regelung fand die Frage so, daß die beiden Monarchen zwar nicht gleichzeitig in der französischen Hauptstadt eintrafen, aber doch einige Tage in Paris zusammen waren, wo Kaiser Alexander am 1. Juni, König Wilhelm am 5. Juni ankamen. Ob diese Lösung allein auf französische Anregungen hin zustande kam, ist aus den Akten nicht klar ersichtlich. Jedenfalls wurde sie nicht erst bei einer Besprechung während der Anwesenheit Kaiser Alexanders in Berlin, worauf Bismarck in seinem Telegramm an Reuß vom 24. Mai anspielt, vereinbart. Aus einer Aufzeichnung des Militärbevollmächtigten von Schweinitz vom 27. Mai geht hervor, daß der König zum 5. Juni nach Paris eingeladen worden ist und diese Einladung angenommen hat.[50])

Bei einer zusammenfassenden Betrachtung der Stellung und Taktik Bismarcks in der Besuchsfrage ist seine Absicht nicht zu verkennen, angesichts der preußisch-französischen Spannung nicht nur durch ein Zusammentreffen seines Königs mit Kaiser Alexander in Paris, sondern durch eine gemeinsame Hinreise der beiden Monarchen deren Freundschaft nachdrücklich zu betonen und auf Napoleons Haltung in der Luxemburger Angelegenheit mäßigend einzuwirken. Bismarck erlangte die grundsätzliche Zustimmung des Zaren zu dem Reiseprogramm so geschickt, daß es schien, als hätte dieser die Initiative zu der gemeinsamen Ausführung des Besuchs ergriffen. Da aber der russische Kaiser und vor allem wohl Gortschakow nichts weniger wollten, als in der Luxemburger Frage den Eindruck einer Parteinahme zu erwecken, so wünschte man russischerseits vorerst die Geheimhaltung des Planes und bemühte sich in keiner Weise um eine Einladung aus Paris. Dennoch ließ Bismarck nichts unversucht, um eine solche für Kaiser Alexander zu erwirken. Zugleich setzte er den Pariser Hof von den Reiseabsichten der beiden Monarchen vorsichtig in Kenntnis und verstand es, die Aussicht auf den gleichzeitigen Besuch dort als ein zum mindesten beunruhigendes Moment lebendig zu erhalten. Nachdem der Streit um Luxemburg beigelegt und trotz der französischen Gegenbestrebungen ein gemeinsamer Aufenthalt beider Herrscher in Paris erreicht worden war, hatte Bismarck an dem gleichzeitigen Eintreffen sicher kein starkes Interesse mehr.

Den Empfang des Zaren wollte man in Paris zu einer „nationalen Demonstration" gestalten.[51]) Die Straßen waren mit französischen und russischen Fahnen geschmückt. Nirgends ertönten jedoch lebhafte Beifallsbezeugungen. Peinlich für Napoleon und ernüchternd für den Zaren mußte es sein, als durch wiederholte Rufe „Vive la Pologne!", die der Zar auf den Straßen von Paris hörte, der wunde Punkt zwischen Frank-

49) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 806.
50) Schweinitz, Briefwechsel, S. 36.
Vgl. auch Orig. Dipl. XVII, S. 84 und 115.
51) J. M. Radowitz, a. a. O., S. 146.

reich und Rußland berührt wurde. Auch im Justizpalais sollen ihn einige Advokaten mit diesem Ruf begrüßt haben, einer sogar in der Form: „Vive la Pologne, Monsieur!"[52]) Das war indessen nur ein harmloses Vorspiel zu dem Ereignis, das am 6. Juni das Feste feiernde Paris in Aufregung versetzte: das Attentat des Polen Berezowski auf den Zaren. Die dem Kaiser von Rußland zugedachte Kugel verfehlte ihr Ziel. Napoleon versuchte die Lage zu retten durch die angebliche Bemerkung: „Sire, jetzt sind wir Alliierte, wir haben zusammen im Feuer gestanden".[53]) Begreiflicherweise machte die Aeußerung nicht den erwünschten Eindruck. Auch das Fest der Stadt Paris zu Ehren des Zaren und König Wilhelms, das am 8. Juni im Rathaus stattfand und bei dem auf höhere Anregung den russischen Gästen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde, konnte weder den Mordanschlag ungeschehen noch Kaiser Alexander populär machen. Wenige Tage später verließ er Paris in sichtlicher Verstimmung. Sie wurde noch größer, als sich bald eine Anzahl Pariser Advokaten öffentlich bereit erklärte, den Attentäter verteidigen zu wollen, und das Gericht nach der Rede des Anwaltes Arago, die heftige Angriffe gegen die Härte des russischen Druckes in Polen enthielt, den Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände nur zu Zwangsarbeit verurteilte.[54])

Hatte der Zar seit dem polnischen Aufstand von 1863 persönlich eine gewisse Abneigung gehabt, mit Frankreich in Beziehung zu treten, so wurde er durch die letzten Erlebnisse darin bestärkt. Napoleons Versuch, Kaiser Alexander während des Besuches für eine französisch-russische Annäherung zu gewinnen, war sowohl durch ungeschickte Vorverhandlungen als auch durch die Ereignisse in Paris selbst nicht nur völlig gescheitert, sondern hatte zu einer Festigung der preußisch-russischen Beziehungen wesentlich beigetragen.[55]) Diese wurden in der folgenden Zeit in Paris und Wien immer mehr zum Gegenstand ernstlicher Besorgnisse.

---

52) J. M. v. Radowitz, a. a. O., S. 148.
53) Sybel VI, S. 187.
54) Charles Roux, a. a. O., S. 444.
55) Vgl. Platzhoff, a. a. O., S. 290.
J. M. v. Radowitz, a. a. O., S. 153.

2. Kapitel.

Vom Monarchenbesuch in Paris bis zur preußisch-russischen Defensivabmachung vom März 1868.

Die Ereignisse vom Pariser Monarchenbesuch bis zum Frühjahr 1868 wurden für die Beziehungen zwischen Preußen und dem Zarenreich von einschneidender Bedeutung. Die Veränderung der politischen Lage hatte eine zwar nicht grundsätzliche aber doch faktische Wandlung in der Gesamthaltung Bismarcks Rußland gegenüber zur Folge, die zu der Abmachung vom März 1868 führte. —

In Paris hatte man dem Herrscher Preußens die übliche Höflichkeit erwiesen, ohne jedoch die Besorgnisse über die deutschen Zollverträge und das geplante Zollparlament zu verhehlen.[1]) Kurz nach der Rückkehr König Wilhelms setzte von Paris aus eine diplomatische Offensive ein, weil Preußen angeblich gewisse Bestimmungen des Prager Friedens, die unter dem Druck französischer Einmischung zustande gekommen waren, teils verletzt, teils nicht erfüllt habe. Sie richtete sich insbesondere gegen die Zollvereinsverträge und die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten[2]) und gegen die Nichtausführung des Nordschleswig betreffenden Artikels V des Prager Friedens.[3]) Bismarck ließ am 19. Juli die Presse anweisen, die französische Einmischung in die süddeutsche Frage aufs energischste als eine Verletzung des deutschen Nationalgefühls zu brandmarken.[3a]) Hierbei konnte er nach den Erfahrungen in der Luxemburger Krise mit der Zustimmung der gesamten Nation rechnen. Auch wußte er, daß die russische Regierung die französische Einmischung zum mindesten in seine deutsche Zollpolitik nicht unterstützen würde.[4]) Da rückte die französische Regierung die nordschleswigsche Frage in den Vordergrund, in der sie wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem dänischen und russischen Hof eher auf eine Unterstützung durch Rußland hoffen konnte. Auch diesen französischen Einspruch wies Bismarck aufs schärfste zurück. Als ihn jedoch Gortschakow in einem Briefe vom 22. Juli unter Hinweis auf die nahe Verwandtschaft seines Herrscherhauses mit dem dänischen um möglichstes Entgegenkommen

---

1) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 822.
2) Orig. Dipl. XVII, S. 330 f, Erlaß Moustiers vom 27. Juni 1867 an die französischen Vertreter in Stuttgart, München und Karlsruhe. Vgl. Oncken II, S. 438, Anm. 2, S. 443, Anm.
3) Orig. Dipl. XVII, S. 396 ff; Oncken II, S. 444, Anm. 1.
3a) G. v. Diest, a. a. O., S. 563.
4) Orig. Dipl. XVII, S. 311 ff, Erlaß Gortschakows an Budberg am 25. Juni 1867, in dem er die Berechtigung der französischen Einwände gegen die Zollverträge bestritt und Bismarcks Loyalität betonte. Diesen Erlaß brachte Gortschakow auch in Berlin zur Kenntnis. (Vgl. Oncken II, S. 420, Anm. 2.)

gegen Dänemark bat, behandelte Bismarck die Frage in der Oeffentlichkeit vorsichtiger und ließ die Presse am 28. Juli anweisen, das „süddeutsche Attentat" der Franzosen schärfer zu betonen als das dänische.[5]) Mit Gortschakow verständigte er sich über Nordschleswig in einem ausführlichen, auf die Schwächen des Russen fein berechneten Brief vom 7. August 1867.[6]) Sollte die französische Politik mit dem Anschneiden der nordschleswigschen Frage die Absicht verfolgt haben, die russisch-preußische Freundschaft zu erschüttern, so wurde sie darin enttäuscht. Auch als später König Christian IX. den Kaiser Alexander um die Uebernahme eines Schiedsspruches in der Frage der dänisch-preußischen Grenzregulierung ersuchte[6a]), wurden die guten Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg nicht wesentlich dadurch beeinflußt.

Von größerer Bedeutung für Bismarcks Stellung zu Rußland als die Verhandlungen über den Artikel V des Prager Friedens wurde während der folgenden Zeit die Europa in Spannung und Unruhe versetzende Politik des Grafen Beust. Sein Ziel war die Wiedererringung der deutschen Vormachtstellung Oesterreichs. Da es aber seinem Lande an innerer Geschlossenheit und militärischer Macht nach dem Kriege von 1866 mangelte, schienen sich ihm nur im Bunde mit dem unzufriedenen Frankreich Aussichten auf Erfolg zu bieten. Zwar mußte er ein französisches Bündnisangebot, das ihm Gramont am 23. April 1867 unterbreitete, ablehnen.[7]) Das als Kriegsziel für die vorgeschlagene Offensivallianz aufgestellte französische Eroberungsprogramm, das für Frankreich das linke Rheinufer beanspruchte und Oesterreich Schlesien überlassen wollte, erschien ihm allzu „abenteuerlich". Auch konnte er aus Rücksicht auf Ungarn, die Süddeutschen und die Deutsch-Oesterreicher das Angebot Gramonts nicht annehmen. Doch gab er damit seinen Wunsch nach einem österreichisch-französischen Bündnis nicht etwa auf. Er beabsichtigte vielmehr, die orientalische Frage zur Grundlage eines solchen zu machen. Nachdem zu Anfang des Jahres ein dahin zielender Versuch gescheitert war[8]), wiederholte er ihn jetzt bei der Ablehnung des französischen Antrags vom 23. April.[9]) Noch deutlicher offenbarte sich die Tendenz der Beustschen Politik, auf dem Umwege über den Orient zu einem Bündnis mit Frankreich zu gelangen, im August 1867 bei der Zusammenkunft Kaiser Franz Josephs und Napoleons in Salzburg. Das von Beust entworfene und von dem französischen Kaiser verbesserte Protokoll über diese Monarchenbegegnung stellt als Ergebnis des erfolgten Gedankenaustausches „une entente parfaite et cordiale dans les questions du jour" fest, ohne direkt oder in der Behandlung der Orientfrage eine feindliche Absicht gegen Preußen erkennen zu lassen.[10]) Dennoch hegte sie Beust. Er bedeutete Napoleon, indem er am Schluß der Unterredung sein „altes Thema" wieder aufgriff, „daß eine französisch-österreichische Allianz im Orient gegen ein daselbst zugunsten Rußlands intervenierendes Preußen

5) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 827.
6) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 829 und 830.
6a) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1141, 1153, 1158; Schweinitz, Briefwechsel, S. 42 f.
7) Oncken II, S. 361 ff.
8) Siehe oben S. 15.
9) Oncken II, S. 363.
10) Oncken II, S. 457 f.

die vollste Freiheit der Aktion eröffnen würde".[11]) Hier finden wir das Ziel angedeutet, das bei seinen Orientintrigen in der nächsten Zeit immer deutlicher wurde: Rußland auf dem Balkan zum Vorgehen gegen die Türkei zu reizen und Preußen damit vor die Wahl zu stellen, entweder einen wegen des orientalischen Anlasses in Deutschland unpopulären Angriffskrieg an der Seite Rußlands zu führen oder aber dieses im Stich zu lassen und dann selbst einer französisch-österreichischen Koalition isoliert gegenüber zu stehen. In dieser Richtung lag auch der Versuch des österreichischen Außenministers, die französisch-russischen Kooperationen in der Kretafrage im Juli und August 1867 zu stören, was ihm auch schließlich gelang.[12]) Kaiser Franz Joseph und Napoleon kamen in Salzburg in Bezug auf den kretensischen Aufstand dahin überein, „daß gegenüber der Pforte ein weniger komminatorisches Verfahren eingeschlagen werde, als dies bis jetzt von Rußland in Gemeinschaft mit Frankreich, Preußen und Italien geschehen war".[13]) Der französische Admiral Simon stellte daraufhin die Beteiligung an der von russischen, preußischen und französischen Schiffen gemeinsam durchgeführten Rettung der bedrohten kandiotischen Familien Ende August ein.[14])

Gleichzeitig begann Beust seine Wühlereien auf dem Balkan. Mitte August gab er der Türkei den Ratschlag, ein Mittel zur Herbeiführung einer engeren Entente zwischen Frankreich und England zu finden, und versprach, in diesem Falle jede Aktion zu unterstützen, die sich gegen die auf dem Balkan vordringende russische Politik richte.[15]) Beust beabsichtigte also, auch England für die geplante österreichisch-französische Allianz zu gewinnen.[16])

Wir wissen nicht, wie weit Bismarck von Beusts Plänen unterrichtet war. So viel scheint indes sicher zu sein, daß sein Argwohn über die französisch-österreichischen Beziehungen weiter ging, als es sein Runderlaß vom 7. September 1867, in dem er zu der Salzburger Monarchenzusammenkunft Stellung nahm[17]), öffentlich zum Ausdruck brachte. Auch der vertrauliche Runderlaß vom 8. September[18]), aus dem besonders ein gewisses Mißtrauen in Napoleon sprach, scheint Bismarcks Argwohn nicht vollständig wiederzugeben. Schon die Meldung des preußischen Gesandten Brassier vom 25. Juli aus Konstantinopel, daß dort die unter französischem Einfluß stehende Presse für die Herstellung einer Allianz zwischen Frankreich, England, Oesterreich und Italien eintrete und Preußen als „völlig isoliert und allein auf Rußlands Hilfe angewiesen" hinstelle, mußte sein Mißtrauen erregt haben. Desgleichen der Ein-

---

11) E. v. Wertheimer, Franz Joseph I. und Napoleon III. in Salzburg, Oesterreichische Rundschau LXII, S. 228.
Vgl. Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 853 Vorbem.
12) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 680, 681, 713. Oncken II, S. 449.
13) Beust II, S. 134 f.
14) Vgl. Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 871 Vorbem.
15) Orig. Dipl. XVIII, S. 166, der französische Geschäftsträger in Konstantinopel Outrey an Moustier am 14. August 1867.
16) Vgl. Oncken II, S. 458.
17) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 853, Oncken II, S. 459 ff.
18) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 854, Oncken II, S. 461 f.

druck, den die Königin Augusta im Juli 1867 in Paris gewann, daß dort eine „starke Neigung“ zu einem Bündnis mit Oesterreich vorhanden sei und „vor allem das Bemühen, England auf orientalischer Basis daran anzugliedern“.[19]) Die Monarchenzusammenkunft selbst mußte Bismarcks Aufmerksamkeit umso mehr fesseln, als er Anfang September erfahren hatte, daß die österreichische offiziöse Presse durch die Wiener Staatskanzlei veranlaßt worden sei, „die russische Regierung aller möglichen Umtriebe zur Revolutionierung der slavischen Stämme in Oesterreich und der Türkei anzuklagen, die Allianz zwischen Preußen und Rußland als ein fait accompli zu bezeichnen und dadurch das Bündnis mit Frankreich als eine zwingende Notwendigkeit für Oesterreich erscheinen zu lassen“.[20]) Bismarck legte der Nachricht deshalb besonderen Wert bei, weil die österreichischen Blätter dieser angeblichen Aufforderung tatsächlich nachkamen. Wenn er in den Runderlassen vom 7. und 8. September die Salzburger Zusammenkunft dennoch verhältnismäßig harmlos auffaßte, so mochte ihn vielleicht die Absicht bestimmt haben, die allgemeine Lage nicht durch deutlich gezeigtes Mißtrauen noch zu verschärfen. Vielleicht aber glaubte er auch, daß die westlichen Interessen Frankreichs und die vorwiegend orientalischen der Donaumonarchie doch nicht so schnell zu vereinigen seien. Eine Sicherung gegen die österreichische und französische Politik etwa durch eine engere Anlehnung an Rußland lehnte er ab, obgleich sich gerade in jenen Tagen wiederum Gelegenheit dazu bot.

In Petersburg glaubte man nämlich an eine kritische Zuspitzung der orientalischen Frage und sah einen preußisch-französischen Konflikt nicht als unmöglich an. Für beide Fälle hielt Stremooukow, der Direktor des asiatischen Departements im russischen Außenministerium, eine preußisch-russische „Allianz auf substanziellen Basen“ für „äußerst wünschenswert“. Eine solche Basis erblickte er „in der Abtretung des größeren Teiles vom Königreich Polen an Preußen, wogegen dieses Rußland den Erwerb des orthodoxen Teils von Galizien zu garantieren haben würde“.[21]) Bismarck ließ die Vorschläge Stremooukows, die ihm durch Keyserling, den preußischen Geschäftsträger in Petersburg, am 19. September und 1. Oktober mitgeteilt wurden, unbeantwortet. Hier tritt wieder das von Gortschakow angestrebte Ziel der russischen Politik klar zutage, für einen Konflikt im Orient einen festen Bundesgenossen zu gewinnen.

Bismarck hingegen war darauf bedacht, den Ausbruch eines Konfliktes im Orient unter allen Umständen zu verhüten. Bis Oktober 1867 hatte er versucht, die russisch-französischen Orientverhandlungen und Kooperationen in der Kretafrage dadurch zu fördern, daß er bei dem von russischen, französischen und italienischen Schiffen gemeinsam begonnenen Rettungswerk für die kretischen Familien das preußische Kanonenboot „Blitz“ mitwirken ließ. Den preußischen Gesandten in Konstantinopel Brassier wies er an, daß er sich nur einer *gemeinschaftlichen* Erklärung Rußlands und Frankreichs anschließen solle, „dieser aber auch

19) Michael, S. 151 f.
20) Michael, S. 152.
21) Michael, S. 153 f.

dann, wenn die anderen Mächte sich nicht beteiligen".[22] Einem isolierten preußisch-russischen Vorgehen in der Kretafrage, das Gortschakow nach dem Abschwenken Frankreichs[23] anregte, wich Bismarck aus.[24] Er hätte es am liebsten gesehen, wenn sich die Konstellation vom Juli und August, nämlich das Zusammengehen von Rußland, Frankreich und Preußen in der Orientfrage, hätte aufrecht erhalten lassen. Das wäre, nachdem im Frühjahr 1867 der Versuch, durch die Taufkirchen-Mission Preußen, Oesterreich und Rußland zusammenzuführen, gescheitert war, für Preußen zweifellos eine günstige Mächtegruppierung in Bezug auf den Orient gewesen. Sie hätte vor allem die von Bismarck befürchtete französisch-englische Annäherung[25] unterbunden. Auf diese zielte aber die Politik Beusts gerade ab.

Muß es nicht als das beginnende Gegenspiel Bismarcks gegen die Beustsche Politik erscheinen, wenn er im September 1867 in Petersburg davor warnte, durch unvorsichtiges Vorgehen in der Kretafrage „eine neue Gruppierung der Mächte gegenüber der Pforte hervorzurufen"? Er hatte hierbei nicht ohne eine gewisse Besorgnis die Möglichkeit einer französisch-englischen Annäherung im Sinn und ließ durch Oubril in Petersburg darauf hinweisen: „. . . Trete jetzt auch noch die Trennung Rußlands und Frankreichs in dieser Frage öffentlich in Evidenz, so werde die türkische Regierung darin den Beginn des Anschlusses Frankreichs an die englische Politik und einen Grund zu noch zäherem Widerstande gegen die Bestrebungen der Mächte finden. Die Sache würde also ein Ergebnis liefern, das sowohl den Interessen der Christen in Kandia und in der Türkei überhaupt, als den Intentionen Rußlands zuwider liefe". Es scheine ihm „daher wünschenswert, ein öffentlich erkennbares Auseinandergehen Frankreichs und Rußlands in dieser Angelegenheit nicht evident werden zu lassen und daher die Sache nicht auf die Spitze zu treiben".[26] Die Mahnung Bismarcks, die der Erhaltung des Friedens sowie der Erschwerung der von Beust erstrebten neuen Mächtegruppierung gleicherweise diente, verfehlte in Petersburg nicht ihren Zweck. Gortschakow, dem hier das Gespenst der Krimkriegallianz vor Augen gerückt wurde, versuchte das französisch-russische Zusammengehen in der Orientfrage wieder herzustellen.[27] Frankreich jedoch entschied sich mehr und mehr für Oesterreich, wobei von vornherein die Rücksicht auf England ausschlaggebend war, das im Januar 1868 durch die Vitzthum-Mission für die österreichisch-französischen Pläne gewonnen werden sollte.[28]

Zur Entfremdung zwischen Rußland und Frankreich einerseits und zur österreichisch-französischen Annäherung andererseits trug ausgangs des Jahres 1867 auch die römische Frage bei. Der zu ihrer Regelung von

---

22) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 904.
23) Vgl. S. 39.
24) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 852 u. 871, Bismarck an Keyserling am 7. u. 24. September 1867.
25) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 684.
26) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 852, vergl. auch Nr. 871.
27) Orig. Dipl. XVIII, S. 281 f, 325 ff, vgl. Michael, S. 151, Anm. 64, S. 154.
28) Vgl. die entsprechenden Aktenstücke in Oncken II, besonders Nr. 542.

Napoleon vorgeschlagene Kongreß fand die Zustimmung der österreichischen Regierung, nicht aber die der russischen.[29])

Im Spätherbst 1867 wurden die Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich für die übrigen Kabinette zum Gegenstand erhöhter Aufmerksamkeit. Die Gerüchte über ein Bündnis zwischen beiden beunruhigten sowohl Gortschakow, der seine Bedenken am 29. November in Berlin mitteilte, als auch das englische Parlament.[30]) Meldungen, die Bismarck aus Oesterreich erhielt, verstärkten das Mißtrauen gegen Wien und Paris.[31]) — Die Wandlungen in der politischen Gesamtlage veranlaßten Bismarck zu einer näheren Fühlungnahme mit der russischen Regierung. Schon am 14. Oktober und am 22. November hatte er in Petersburg die Vertrauenswürdigkeit der französischen Balkanpolitik anzweifeln lassen.[32]) Am 11. Dezember teilte er Gortschakow durch den Prinzen Reuß mit, daß Brassier, der preußische Gesandte in Konstantinopel, den Eindruck habe, „daß Frankreich sich immer mehr von Rußland ab und nach Oesterreich hinwende, mit dieser Macht eine solidarische Verbindung gegen Rußland herzustellen und England für dieselbe zu gewinnen sucht. . . . Meines Erachtens würde es sich empfehlen, daß Rußland jetzt nicht durch ein zu markiertes Auftreten das Zusammenhalten jener drei Mächte befördere. Es würde mir erwünscht sein, zu erfahren, wie man in Petersburg hierüber denkt, und ob man dort glaubt, daß Rußland oder Preußen etwas tun können, um eine prinzipielle Konsolidierung in der Haltung jener drei Mächte zu verhindern".[33]) Gortschakow ging anscheinend erfreut auf Bismarcks Anregung ein. Er hatte angeblich denselben Eindruck von der politischen Lage im Orient, wollte zur Verhinderung der drohenden Koalition „unbedingte Zurückhaltung" wahren und wünschte, Bismarcks Ansicht über die Verhinderung des österreichisch-französischen Bündnisses näher zu erfahren. Vielleicht glaubte er aber doch an eine Zuspitzung der Balkanverhältnisse. Um für diesen Fall die preußische Unterstützung zu erlangen, ließ er im Januar 1868 Stremooukow mit dem Prinzen Reuß Fühlung nehmen. Der Versuch war jedoch auch diesmal ergebnislos.[34]) Bismarck hielt Preußen und dessen historische Aufgabe, die deutsche Nation zu einigen, durch die politische Situation nicht für so gefährdet, daß er glaubte, bei Rußland Rückendeckung suchen zu müssen. Seine Einwirkungen in Petersburg vom Dezember 1867 waren darauf gerichtet, die russische Politik von übereilten Schritten zurückzuhalten, die den Zusammenschluß Oesterreichs mit den beiden Westmächten fördern konnten. In einem späteren Erlaß an Reuß am 31. Januar 1868 äußerte

---

29) Stern X, S. 155 f; vgl. auch Michael, S. 155 und Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 983 Vorbem.

30) Michael, S. 156.

31) Wertheimer, Andrassy I, S. 449. Hiernach meldete Werther, der preußische Gesandte in Wien, am 4. Dezember 1867 einen Ausspruch Gramonts: „Man möge sich über die Resignation Oesterreichs keinen Illusionen hingeben, es lebe und webe in dem Gedanken der Revanche". Auch die Reise Franz Josephs und Beusts nach Paris im November 1867 trug dazu bei, das Mißtrauen gegen die französisch-österreichischen Beziehungen wach zu halten. (Ebd. S. 448 f.)

32) Michael, S. 154;
Vgl. Bismarck; Ges.Werke VIa, Nr. 987 Vorbem.

33) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 987.

34) Michael, S. 157.

sich Bismarck über seinen Schritt an der Newa vom 11. Dezember 1867 dahin: „Wir gaben die Frage . . . Rußland als der dabei vorwiegend interessierten Macht lediglich zur Erwägung, und ich habe nichts Anderes beabsichtigt, als einen Freund auf eine gemeinsame Gefahr aufmerksam zu machen.“[35])

Gortschakow ließ um die Jahreswende 1867/68 in seiner Balkanpolitik auch wirklich die größte Vorsicht walten. Lag es doch vor allem im russischen Interesse, die Erneuerung der Krimkriegkoalition zu verhüten. Tatsächlich wurden die auf eine österreichisch-französisch-englische Allianz hinzielenden Verhandlungen durch die friedfertige Sprache der russischen Politik und ihre Zurückhaltung im Balkan empfindlich gestört. Vitzthum, der im Januar 1868 in geheimer Mission nach Paris reiste, um mit Metternich zusammen für das angestrebte Bündnis zu werben, schrieb später über diese Reise: „Als ich Paris erreichte, war eine unerwartete Wendung eingetreten, und die drohende Kriegsgefahr schien beseitigt. Es ging die Sage, Bismarck habe plötzlich Rußland im Stiche gelassen, um sich den Westmächten zu nähern und sich mit ihnen über die orientalischen Angelegenheiten zu verständigen“.[36]) Er wollte schon bei Beust anfragen, ob die Reise nach England nicht aufzugeben oder aufzuschieben sei.[37]) Doch traute Vitzthum dem Gerücht wohl nicht ganz. Er hielt ein zwischen Preußen und Rußland vereinbartes Spiel für möglich, „pour endormir la France et l'Angleterre".[38]) Obgleich es auch Moustier schien, als ob „das russische Kabinett, erschreckt durch die unerwartete Haltung Preußens, überall seine Segel einraffte“, reiste Vitzthum mit dem Einverständnis des französischen Außenministers[39]) auf Beusts Veranlassung[40]) dennoch nach London. Das mußte für Bismarck ein weiterer Grund sein, die österreichisch-französische Politik mit Mißtrauen zu verfolgen, zumal er auch vom Balkan stark beunruhigende Berichte erhielt. Ende November 1867 hatte er erfahren, daß Frankreich den Fürsten Karl von Rumänien gebeten habe, „er möge Oesterreich nicht belästigen, falls zwischen dieser Macht und Preußen im nächsten Frühjahr ein Krieg entstehe“.[41])

Die Gefahr wuchs für Bismarck, als man besonders von österreichischer und französischer Seite aus es unternahm, Preußen in Petersburg zu verdächtigen. Das geschah zunächst durch Verbreitung der Gerüchte, Bismarck habe der russischen Politik den Rücken gekehrt und suche Anschluß an Oesterreich und Frankreich. Er habe Oesterreich auf den Balkan hingewiesen und wolle es an der Spitze eines Donaubundes für

---

35) Bismarck, Ges.Werke VIa, S. 224.
36) Oncken II, S. 497, Anm. 2; vgl. ebd. S. 507, Vitzthum an Beust am 19. Januar 1867: „Lorsque j'ai quitté Vienne, la guerre paraissait imminante, arrivé à Paris, je trouve tout le monde à la paix.“
37) Ebd. S. 508.
38) Ebd. S. 506.
39) Ebd. S. 510 f.
40) Ebd. S. 513.
41) Michael, S. 159 f; vgl. auch ebd. S. 164 f und Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 979, Graf Keyserling hatte Bismarck die vertrauliche Mitteilung des Fürsten von Rumänien berichtet, „daß von Frankreich Schritte geschehen sind, um den Prinzen zu einer wohlwollenden Haltung gegen Oesterreich für den Fall eines Krieges gegen Preußen zu bewegen“. Mit der Bitte um Schweigen gab Bismarck durch Reuß dem Fürsten Gortschakow am 4. Dezember 1867 davon Kenntnis.

den in Deutschland verlorenen Einfluß und die an Italien abgetretenen Gebiete entschädigen.[42]) Ein Bericht des französischen Generalkonsuls in Frankfurt am Main Rothan an Moustier vom 13. Januar 1868 war geeignet, in Paris tatsächlich den Eindruck einer Störung der preußisch-russischen Freundschaft hervorzurufen. Danach war Bismarck sehr unzufrieden mit dem das deutsche Nationalgefühl verletzenden russischen Vorgehen in den Ostseeprovinzen sowie mit der Haltung der russischen Presse in der orientalischen Frage und erblickte in der von Rußland zur Zeit verfolgten Politik eine Gefahr für den Weltfrieden.[43]) Durch Reuß erfuhr Bismarck Anfang Februar 1868, daß sich die in Petersburg ausgestreuten Verdächtigungen auch gegen die preußische Diplomatie in Paris richteten. Graf Goltz hätte seit seiner Rückkehr nach dort nähere Verbindung mit den polnischen Emigranten aufgenommen.[44]) In der „Opinion Nationale" in Paris erschien am 20. Februar ein Artikel, der im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reise des Prinzen Napoleon nach Berlin den Gedanken entwickelte, „daß es darauf ankomme, Preußen jede Besorgnis vor Frankreich zu nehmen, um es dadurch von einem Bündnis mit Rußland abzuziehen und sodann eine Verständigung der vier Großmächte, mit Ausschließung Rußlands, über die orientalische Frage herbeizuführen".[45]) Als dann kurz darauf die Reise des Prinzen Napoleon nach Berlin erfolgte und der private Charakter derselben, wie Thimme vermutet[46]), französischerseits nur in Berlin und Wien, nicht aber in Petersburg betont wurde, war das russische Vertrauen zu Preußen tatsächlich auf eine harte Probe gestellt. Die Lage war für Bismarck umso bedenklicher, als er sich auf die Berichterstattung des russischen Botschafters Oubril, dessen „aufgeregtes Wesen" während der Zeit des französischen Prinzenbesuches in Berlin auffallend war, keineswegs verlassen konnte.[47]) In Oubrils tendenziösen Berichten sah er auch den Grund für das sich am russischen Hofe regende Mißtrauen in die Reise Jérome Napoleons nach Berlin.

Bismarcks eifriges Bemühen ging darauf hinaus, die verdächtigenden Gerüchte ad absurdum zu führen und am russischen Hofe keinen Argwohn gegen die preußische Politik aufkommen zu lassen. Auf die Meldungen des Prinzen Reuß vom 17. und 23. Januar über eine Verstimmung in Petersburg wegen der vermeintlichen Annäherung Preußens an Oesterreich und Frankreich in der orientalischen Frage antwortete er am 31. Januar: „ . . . die Ursachen, aus denen man jene Verstimmung zu erklären versucht hat, entbehren aller und jeder Begründung". Ueber

---

42) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1033 Vorbem.
43) Orig. Dipl. XX, S. 197 f. Rothan berief sich bei seinem Bericht auf die Kopie eines angeblich von Bismarck am 6. Januar an den Prinzen Reuß gerichteten Erlasses, die Wentzel, der preußische Gesandte in Darmstadt, erhalten hätte. — Es ist wohl mit Thimme anzunehmen (Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1008, Anm. 1), daß es sich bei Rothans Bericht, der nicht nur die Abkehr Bismarcks von Rußland sondern auch seine Hinwendung zu Frankreich wahrscheinlich machen wollte, um eine glatte Fälschung handelt. War er doch vor allem mit der außerordentlichen Rücksicht auf Rußland, mit der Bismarck gerade die Frage der baltischen Provinzen behandelte, (Vgl. Bism., Ges.Werke VIa, Nr. 982 u. 1033) in keiner Weise zu vereinbaren.
44) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1063.
45) Ebd. Nr. 1091.
46) Ebd. Nr. 1082 Vorbem.
47) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1108 Vorbem.

seine Stellung zu Rußland äußerte er sich in demselben Erlaß dahin: „Unsere Gesinnungen für Rußland sind nach wie vor dieselben und haben seit meinem Eintritt ins Ministerium nie geschwankt. Wir betrachten Rußland als unseren natürlichen historischen und intimen Bundesgenossen . . .“. Dagegen charakterisierte er die österreichische Politik als verlogen und wenig vertrauenswürdig und bezichtigte die französische der Tendenz, „Mißtrauen und Verstimmung zwischen den andern Großmächten herbeizuführen, deren Einverständnis in Paris unbequem ist“.[48] In einem anderen Erlaß an Reuß vom gleichen Tage verwahrte sich Bismarck gegen die ihm unterschobene Absicht, Oesterreich durch die Führung eines zu schaffenden Donaubundes für die Verluste in Deutschland und Italien entschädigen zu wollen: „Oesterreich an die Spitze einer Donaukonföderation zu stellen, ist mir niemals in den Sinn gekommen. . . . Ich ersuche Ew. pp. den diesfälligen Gerüchten auf das entschiedenste entgegenzutreten“.[49] Als Prinz Reuß in einem Privatbrief an den Unterstaatssekretär Thile vom 1. Februar abermals die angebliche Annäherung Preußens an Oesterreich und Frankreich, „die in Petersburg aufs äußerste beunruhige“, erwähnte, wies ihn Bismarck am 4. Februar an: „Widersprechen Sie jedem Gerüchte über Annäherung Preußens an Frankreich und Oesterreich mit voller Bestimmtheit als ganz aus der Luft gegriffen“.[50] Bismarck wollte sich den Weg nach Petersburg offen halten. Daher durfte er dort kein Mißtrauen groß werden lassen.

Bismarcks politisches Gegenspiel gegen die auf eine Isolierung Preußens gerichtete österreichisch-französische Bündnispolitik läßt deutlich zwei Tendenzen erkennen, die eine nach Westen orientiert, die andere ostwärts gerichtet. Im Westen versuchte Bismarck durch Einwirkung auf die englische Regierung das Streben seiner Gegner, England für eine französisch-österreichisch-englische Allianz zu gewinnen, zu vereiteln und die österreichische Politik von London her mäßigend zu beeinflussen. Er konnte nicht wissen, wieweit ihm das gelingen würde. Deshalb war sein Bestreben im Osten darauf gerichtet, sich für alle Fälle *Sicherungen* zu verschaffen.

Wir sahen, daß Bismarck von den Bemühungen seiner Gegner um England wußte[51] und daß seine zur Zurückhaltung mahnende Einwirkung auf die Petersburger Regierung vom 11. Dezember 1867 als Maßnahme gegen dieses österreichisch-französisch-englische Bündnisstreben anzusehen ist.[52] Während er hierbei nur die russische Politik vorsichtig „bei der Hand nahm“ und verhüten wollte, daß das Vorgehen Rußlands auf dem Balkan Oesterreich und die Westmächte näher zusammenführte, wurde sein Verhalten im Januar 1868, nachdem Vitzthum in geheimer Mission nach Paris gereist war, aktiver. Seine Abwehr richtete sich mehr und

---

48) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1033.
49) Ebd. Nr. 1034.
50) Ebd. Nr. 1041. Vgl. über weitere Maßnahmen Bismarcks zur Bekämpfung dieser Gerüchte: Ebd. Nr. 1063, insbesondere auch die Schritte, die er im Zusammenhang mit der Reise des Prinzen Jérome Napoleon in Petersburg tat, um einem durch die Reise etwa neu auftauchenden russischen Argwohn gegen Preußen vorzubeugen. (Ebd. Nr. 1082, 1085, 1091.)
51) Vgl. oben S. 42, S. 39 f.
52) Vgl. oben S 42.

mehr gegen die unruhige Politik Beusts, gegen die er sein Mißtrauen Ende Januar in einem Runderlaß an die preußischen Vertretungen bei den Großmächten, in Florenz, Dresden und Brüssel klar zum Ausdruck brachte.[53]) Nach einer Anweisung Bismarcks vom 13. Februar sollte Graf Bernstorff, der norddeutsche Botschafter in London, dort zu verstehen geben, daß Preußen angesichts der Haltung Beusts genötigt sei, „auf Waffen gegen Oesterreich Bedacht zu nehmen". Bernstorff hatte dem englischen Staatssekretär des Aeußeren Lord Stanley gegenüber schon betont, „daß die Pflege guter Beziehungen zu Rußland unter solchen Umständen ein rein defensives Gebot der Notwendigkeit" für Preußen sei. Jetzt sollte er ihn weiterhin darauf aufmerksam machen, daß sich Preußen, solange es keine feste Gewähr für die zuverlässige Haltung Oesterreichs insbesondere für dessen Neutralität in einem preußisch-französischen Konflicktsfalle hätte, gegen die Donaumonarchie sichern müsse und sich „keine eventuelle Bundesgenossen entfremden" dürfe: „Wir finden solche leicht in den Völkerschaften an der österreichischen Grenze, etwa den Serben und ihren Stammverwandten . . . Es ist ein Akt der Notwehr, wenn wir, um Oesterreich in Schach zu halten, dorthin Beziehungen suchen, die unserer Politik sonst fremd bleiben würden".[54]) Schließlich sandte der Staatssekretär Thile einen Bericht Werthers, des preußischen Gesandten in Wien, der „die verdeckte Art und Weise", in der Beust und Vitzthum zusammenarbeiteten, als besonders verdächtig hinstellte, am 14. Februar an Bernstorff. Ihm sollte diese Mitteilung dazu dienen, bei Lord Stanley und in allen mit Vitzthum in Beziehung stehenden Londoner Kreisen Verständnis für das preußische Mißtrauen gegen Beusts Politik zu wecken und die englischen Minister vor unbedingtem Vertrauen zu Vitzthum zu warnen.[55])

Im März unternahm Bismarck einen weiteren Vorstoß. Einen Bericht Werthers vom 11. März, der die Wahrscheinlichkeit durchblicken ließ, daß bei dem Eintreten von Verwicklungen in den Donauländern Oesterreich Bosnien und die Herzegowina besetzen werde, nahm er zum Anlaß, in Wien vor einem Einschreiten in den beiden Provinzen zu warnen: Rußland werde „die Ueberschreitung der türkischen Grenze durch österreichische Truppen als casus belli ... behandeln".[56]) Denselben Erlaß schickte er am 20. März auch Bernstorff zu mit Ausführungen, die der englischen Regierung deutlich nahe legten, beruhigend in Wien ein-

---

53) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1032.

54) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1056. Gewiß waren das alles, wie Michael sagt (S. 162), „Bemerkungen, die einem englischen Minister sehr verständlich sein mußten". Es war aber noch mehr als das. Denn während Bismarck durch den Hinweis auf die Notwendigkeit einer Rückendeckung gegen Oesterreich offenbar die englische Regierung veranlassen wollte, sich in Wien für ein besonnenes Vorgehen einzusetzen und einem österreichisch-französischen Zusammengehen fern zu bleiben, hatte er die „Sicherung" gegen Oesterreich durch sein Entgegenkommen gegen die die preußischen Gewehrlieferungen betreffenden serbischen und rumänischen Wünsche und die bereits erfolgte Einleitung der preußisch-russischen Vereinbarungen vom März 1868 (vgl. unten S. 47 ff) tatsächlich schon in Angriff genommen, ohne die englische Stellungnahme abzuwarten. Ueber die Warnung in London hinaus enthielt dieser ganz vertrauliche Erlaß an Bernstorff eine Kennzeichnung der Richtung, die Bismarcks Ostpolitik zu Anfang des Jahres 1866 eingeschlagen hatte.

55) Michael, S. 391.

56) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1103, Bismarck an Werther am 17. März 1868.

zuwirken.[57]) Lord Stanley hatte keinen Grund zu bezweifeln, daß sich Bismarck enger an Rußland anschließen würde, wenn Beusts Politik auch noch die englische Unterstützung fände. Würde aber Rußland durch Preußen der Rücken gestärkt, so bedeutete das Kriegsgefahr im Orient. Stanley schien das Interesse Englands, das die Erhaltung des Friedens forderte, am besten gewahrt, wenn er das österreichisch-französische Werben um ein Bündnis ablehnte.

In seiner östlichen Politik kam es Bismarck angesichts der Haltung Beusts und der Unterstützung derselben durch Frankreich zustatten, daß die serbische Regierung im November 1867 eine größere nationalserbische Aktivität entfaltete und in Bosnien zu intervenieren gedachte. Man hoffte hierbei in Serbien auf die diplomatische Unterstützung durch Preußen. Zwar war eine vom serbischen Kriegsminister veranlaßte Anfrage des preußischen Generalkonsuls Rosen vom 5. November, ob das preußische Kriegsministerium 50 bis 60 000 Gewehre an Serbien überlassen könnte, von Berlin aus einstweilen unbeantwortet geblieben. Bismarck ging damals nicht auf die serbischen Wünsche ein. Sie wurden aber durch einen Runderlaß den preußischen Missionen bei den Großmächten, in Florenz, Konstantinopel, Athen und Bukarest mitgeteilt mit dem Hinweis auf die große Wichtigkeit, „welche diese Angelegenheit möglicherweise über kurz oder lang gewinnen könnte".[58]) Als im Januar 1868 die Neigung Oesterreichs und Frankreichs, orientalische Wirren zum Anlaß für eine Aenderung der durch den Prager Frieden geschaffenen Lage zu machen, immer offensichtlicher wurde, hatte Bismarck allen Grund, die Beziehungen zu den natürlichen Gegnern Oesterreichs im Orient, zu Rußland, Serbien und Rumänien, ganz besonders zu pflegen. So kam er denn Anfang Januar 1868 auf die bisher überhörten serbischen Wünsche bezüglich der Gewehrlieferung zurück und verhandelte in der Annahme, daß Oesterreich den Waffentransport nicht zulassen werde, mit Rußland über den Verkauf und die Beförderung der Waffen[59]), ohne aber zu einem Abschluß zu gelangen. Da in Petersburg über den Transport der Gewehre durch die Donaufürstentümer Bedenken bestanden, nahm die serbische Regierung selbst von dem Geschäft Abstand.

Eine Parallele zu diesen Vorgängen findet sich in dem Verhalten Bismarcks zu Rumänien. Die preußische Regierung hatte bisher alles vermieden, was von den anderen Mächten als eine durch die verwandtschaftlichen Beziehungen bedingte Unterstützung des Fürsten Karl ausgelegt werden konnte. Die Bitte des Fürsten um preußische Militärinstruktoren war abgelehnt und dem im Herbst 1867 geäußerten Wunsch um Ueberlassung einer größeren Menge von Gewehren und einer Anzahl von Offizieren zwecks Umbewaffnung der rumänischen Armee nicht entsprochen worden.[60]) Erst die durch die österreichisch-französischen Bündnisabsichten Anfang Januar 1868 heraufbeschworene Gefahr veranlaßte Bismarck, im Kriegsministerium anzufragen, ob es möglich sei, Rumänien

57) Ebd. Nr. 1104.
58) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1006 Vorbem.
59) Ebd. Nr. 1006, 1031.
60) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1010 Vorbem.

preußische Offiziere und Gewehre zur Verfügung zu stellen.[61]) Angesichts der französischen Bestrebungen, Rumänien von einer Verbindung mit Rußland möglichst fernzuhalten, betonte er im Februar 1868 in einem Schreiben an den Fürsten Karl, „daß eine jede stabile Regierung Rumäniens der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland ebenso und, nach der geographischen Lage, in höherem Maße bedarf als der zu den anderen europäischen Mächten“.[62])

Bei alledem hielt Bismarck seine Karten, wie seinerzeit bei der Taufkirchen-Mission, für Rußland offen.[63]) Petersburg war gerade Anfang 1868 ein außerordentlich wichtiger Punkt in seinem politischen Gegenspiel gegen Beust und Napoleon, jedenfalls wichtiger, als es nach Michaels Darstellung[64]) den Anschein hat. Das geht hervor aus den ganz vertraulichen Mitteilungen über Preußens Stellung zu Rußland, die Bismarck Mitte Februar an Prinz Reuß, einen seiner Vertrauensmänner[65]), lediglich zu dessen persönlicher Information machte.[66]) Bismarck legte dem Prinzen seine Ansicht über die Koalitionsmöglichkeiten für Preußen und ihre Zuverlässigkeit dar: „Jede engere Beziehung zu einer der großen Mächte hat für uns ihre Vorteile und ihre Nachteile. Die Unzuverlässigkeit des Genossen ist der übelste unter den letztern und stellt die ersten ganz in Frage. Die Unzuverlässigkeit ist bei Frankreich und Oesterreich evident. . . . An der Spitze von Rußland sehen wir einen Herrscher von aufrichtigem geraden Charakter und sicherem Worte, der das volle Vertrauen des Königs unseres allergnädigsten Herrn genießt, und der uns die Garantie bietet, daß gegenseitiges Vertrauen nicht erstrebt wird, um es als eine Falle zu benutzen, um gegen uns ausgebeutet zu werden. . . . Bei der vollständigen Enthaltung, die England in neuerer Zeit in der europäischen Politik beobachtet, bleibt uns daher, so weit wir einer Anlehnung bedürfen, die an Rußland die einzig annehmbare“.[67])*) Hier drängt sich die Frage auf, die für die Beurteilung der weiteren Ereignisse von entscheidender Bedeutung ist, ob Preußen damals nach Bismarcks Meinung einer Anlehnung bedurfte? — Drei Tage vor diesem Erlaß an Reuß hatte Bismarck in einem Schreiben an Bernstorff betont, daß es für Preußen nötig sei, auf die „eigene Sicherheit Bedacht zu nehmen“, und die besondere Pflege der preußischen Beziehungen zu Rußland als „ein rein defensives Gebot der Notwendig-

---

61) Ebd. Nr. 1010. Vgl. auch das Schreiben Bismarcks vom 23. Januar 1868 an das preußische Kriegsministerium (Ebd. Nr. 1027), das die außerordentliche Vorsicht, mit der Bismarck hierbei zu Werke ging, erkennen läßt.

62) Ebd. Nr. 1073, vgl. auch Nr. 1071.

63) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1006, Vgl. auch Nr. 1090.

64) Michael, S. 166 ff, Excurse 5 und 6.

65) Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 244.

66) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1064, Erlaß Bismarcks an Reuß vom 16. Februar 1868.

67) Zwar geschah diese Aeußerung, nachdem der Zar seine Bereitwilligkeit erklärt hatte, die Rückendeckung Preußens gegen Oesterreich zu übernehmen. Die Erklärung des russischen Kaisers aber erfolgte aller Wahrscheinlichkeit nach erst auf eine Anregung Bismarcks hin. (Vgl. unten S. 49.) Jedenfalls war sie im Sinne Bismarcks und hat nicht etwa seine grundsätzliche Ansicht über die preußischen Bündnismöglichkeiten, die er Reuß hier zur Kenntnis gibt, erst bestimmt.

*) Von mir gesperrt.

keit“ bezeichnet.[68]) Zwar hatte er noch im Herbst 1867 einen Allianzfühler Stremooukows unbeantwortet gelassen[69]), genau wie die serbischen und rumänischen Wünsche nach preußischen Zündnadelgewehren. Im Januar 1868 jedoch vollzog sich in seiner Stellung zu der Frage einer näheren Anlehnung an das Zarenreich ein Umschwung. Er schrieb am 15. Januar an Schweinitz: „Für den Kriegsfall, den ich nicht voraussehe, mit dem aber die öffentliche Meinung jetzt vorzugsweise sich beschäftigt, den Fall eines Krieges Frankreich-Oesterreich gegen Preußen-Rußland, würde es für uns schon sehr befriedigend sein, wenn Rußland die österreichischen Streitkräfte in Schach hielte“.[70])*) Bismarck griff hiermit den Gedanken der Rückendeckung gegen Oesterreich, der in den preußisch-russischen Beziehungen schon seit den Augusttagen des Jahres 1866 eine Rolle spielte[71]), wieder auf. Damals hatte er ihn unter dem Druck der aufdringlichen französischen Kompensationsforderungen zum erstenmal durch Manteuffel in Petersburg zur Erwägung gestellt. Offenbar lag auch im Januar 1868, als Bismarck den Gedanken wiederum aufnahm, der Anlaß dazu in der gefährlichen Unsicherheit der politischen Lage. Durch Schweinitz, der mit „keinem Vorgesetzten etwas zu tun hatte, sondern nur mit den beiden Souveränen“[72]), hatte Bismarck eine bequeme Möglichkeit, den Zaren inoffiziell an den Gedanken der Rückendeckung erinnern zu lassen. Der preußische Militärbevollmächtige hat das wohl auch getan. Die Vermutung liegt um so näher, als Schweinitz im Frühjahr 1867 die Aeußerung des Zaren, im Falle eines preußisch-französischen Krieges durch Aufstellung eines Heeres an der galizischen Grenze Oesterreich vom Eingreifen abhalten zu wollen[73]), unbeantwortet lassen mußte, weil Bismarck nicht darauf eingegangen war. Die sich jetzt bietende Gelegenheit, mit Bismarcks Einverständnis darauf zurückkommen zu können, wird er nicht unbenutzt gelassen haben. Darauf läßt eine Bemerkung, die der Zar 14 Tage später zu Reuß machte, schließen. Kaiser Alexander hatte nämlich, wie auch Bismarck[74]), die österreichische Politik in dem Verdacht, daß sie auf eine militärische Intervention in Bosnien und der Herzegowina abziele und sagte zu Reuß: „Hoffen wir, daß das (die Intervention) nicht eintreten wird, hoffen wir auch, daß Frankreich Deutschland nicht angreifen wird. Sollten aber wider Erwarten beide Fälle eintreten, so kann der König ebenso auf mich rechnen, um Oesterreich lahm zu legen, wie ich seine Hilfe in Anspruch nehmen würde. Die Aufstellung einer Armee an der österreichischen Grenze würde in einem wie im anderen Fall genügen, um diesen Zweck zu erreichen“. Prinz Reuß, völlig überrascht von den Aeußerungen des Kaisers, ging nicht auf sie ein, sondern dankte ihm lediglich für die „echt verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Gesinnungen“ gegen König Wilhelm.[75]) Bismarck hätte es

68) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1056, vgl. oben S. 46.
69) Vgl. oben S. 40.
*) Von mir gesperrt.
70) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1021.
71) Vgl. oben S. 11 f., S. 19.
72) Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 181.
73) Vgl. oben S. 19.
74) Vgl. oben S. 46 f.
75) Vgl. Platzhoff, a. a. O., S. 292 f u. Bismarck, Ges.Werke XIa, Nr. 1064 Vorbem.

schließlich dabei bewenden lassen können, wenn, wie Michael meint[76], diese Aeußerung des Zaren nicht im Sinne seiner Politik gewesen wäre. Hatte er doch im Frühjahr 1867 eine ähnliche Anregung des russischen Kaisers überhört. Jetzt aber nahm er am 16. Februar in einem Erlaß an Reuß folgendermaßen Stellung zu den russischen Anerbietungen: „Die Aeußerungen des Kaisers über die möglichen Eventualitäten für eintretende europäische Verwickelungen, durch welche Ew. pp. frappiert worden sind, haben bei mir nicht denselben Eindruck hervorgerufen. Ich würde an Ew. Durchlaucht Stelle sofort darauf geantwortet haben, wie Sie nicht zweifelten, daß die Gesinnungen des Kaisers vollständig von Seiner Majestät dem Könige geteilt würden. Sollten Ew. pp. in die Lage versetzt werden, noch eine Antwort abzugeben, so würde dieselbe dahin zu lauten haben, daß Seine Majestät der König ganz ebenso dächten wie der Kaiser und diesem für seine Aeußerungen, die er nicht anders erwartet habe, umso dankbarer sei, als sie ganz seinen eigenen Gefühlen und Absichten entsprächen“.[77]) Die vorsichtige Zurückhaltung des Prinzen Reuß gegenüber der Bemerkung Kaiser Alexanders entsprach völlig der bisherigen Politik Bismarcks, der ja schon mehrfach russische Allianzfühler abgewiesen hatte.[78]) Der in dem Erlaß an Reuß durchklingende Vorwurf wegen zu großer Zurückhaltung des Prinzen[79]) spricht dafür, daß Bismarck infolge der Verschärfung der politischen Gesamtlage um die Jahreswende 1867/68 nicht mehr abgeneigt war, die Beziehungen zu Rußland enger zu knüpfen. Bisher genügte ihm die unverbindliche russische Freundschaft. Jetzt wollte er offenbar mehr. Es ist wohl kaum ein Zweifel möglich, daß eine weitergehende Annäherung an Rußland im Sinne einer Rückendeckung gegen Oesterreich damals in Bismarcks Absicht lag. Er ging jetzt nicht nur auf die offiziell russischerseits erfolgte Anregung ein, sondern war vermutlich der spiritus rector derselben in diesem Falle[80]) wie des Gedankens überhaupt.[81])

Als ihn Bismarck im August 1866 zum erstenmal anregte, war wohl als wahrscheinlich anzunehmen, daß, wenn die französischen Kompensationsforderungen zu Komplikationen führen sollten, er sich einer französisch-österreichischen Front gegenüber sehen würde. Dagegen hatte er sich durch eine russische Rückendeckung sichern wollen. Anfang 1867, als der Zar aus eigener Initiative äußerte, Oesterreich bei einem französischen Angriff auf Preußen in Schach halten zu wollen, und Bismarck nicht weiter darauf einging, hatte er eigentlich nur Frankreich gegen sich.[82]) Das deutsche Nationalgefühl hatte mit Entschiedenheit gegen Napoleons Vorgehen Stellung genommen. Schon diese Tatsache hätte es Beust sehr

76) Michael, S. 166.
77) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1064.
78) Vgl. oben S. 20 f. u. S. 40.
79) Vermutlich war Bismarck der Meinung, daß Reuß die am 15. Januar an Schweinitz gerichtete Bemerkung (Vgl. oben S. 49) erfahren hätte. Das lag nahe, denn Reuß und Schweinitz „waren alte Bekannte und wurden in Petersburg zu Freunden“. (Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 244.)
80) Vgl. oben S. 49.
81) Vgl. oben S. 11 f.
82) Für einen solchen Fall sollte auch die Vereinbarung vom März 1868 nicht in Kraft treten. Bismarck beschränkte sie ausdrücklich auf einen Doppelangriff. (Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1108, vgl. Platzhoff, a. a. O., S. 295.)

erschwert, bei einem etwa über Luxemburg ausbrechenden preußisch-französischen Konflikt Napoleon die österreichische Waffenbrüderschaft anzubieten, es sei denn, daß eine Reihe glänzender französischer Siege es ihm ermöglichen würde. Damit zu rechnen hatte Bismarck aber keine Veranlassung. Ueber den Ausgang eines Krieges allein mit Frankreich hegte er keine Befürchtungen. Im Januar 1868 kam Bismarck auf den Gedanken einer russisch-preußischen Defensivabmachung zurück, als die österreichisch-französische Front sich wieder zu bilden drohte und zwar diesmal mit dem offensichtlichen wenn gleich nicht sehr aussichtsreichen Bestreben, auch England daran anzugliedern.

Aus der Tatsache, daß Bismarck infolge der Wandlung der politischen Gesamtlage um die Jahreswende 1867/68 im Gegensatz zum Jahre vorher eine engere Anlehnung an das Zarenreich nicht nur nicht ablehnte sondern erstrebte, darf nicht etwa seine Geneigtheit gefolgert werden, Gortschakow bei einer aggressiven Politik auf dem Balkan Vorschub zu leisten. Trotz der gewünschten engeren Verbindung mit Rußland blieb es nach wie vor sein Grundsatz, alles zu vermeiden, was Rußland zu einem Angriff auf die Türkei ermuntern und Preußen zur Unterstützung der russischen Balkanpolitik verpflichten konnte. Reuß sollte reelle Verhandlungen oder auch nur ins Einzelne gehende Besprechungen in Petersburg, „welche der diesseitigen Regierung eine Verbindlichkeit auferlegen könnten", vermeiden[83]) und zu den Anregungen des Kaisers eine abwartende Haltung einnehmen[84]), denn Gortschakows Stellung zu dem Anerbieten des Zaren blieb unklar. Ob der Fürst das Angebot seines Monarchen billigte? Hatte er vielleicht im Sinne, nun von Preußen weitergehende Zugeständnisse zu fordern, als Bismarck sie ihm gewähren konnte? War Gortschakow überhaupt zuverlässig und würde er nicht immer wieder auch bei Frankreich die Unterstützung seiner Orientpolitik suchen, wobei er auf die Zustimmung der preußenfeindlichen panslavistischen Partei rechnen konnte? Das alles mußte Bismarck zur Vorsicht gegenüber Rußland bestimmen, die deutlich erkennbar wurde in der Unterredung mit Oubril am 20. März 1868. Hier bot Oubril für den Fall eines französischen Angriffs auf Preußen „die Aufstellung von 100 000 Mann an der österreichischen Grenze an, um Oesterreich in Schach und von einer aktiven Teilnahme am Kampfe abzuhalten, unter der bestimmten Voraussetzung, daß, wenn Rußland bedroht wäre, preußischerseits ein Gleiches geschehen werde".[85]) Obgleich aus der Eröffnung des russischen Botschafters nicht klar hervorging, wie er sich die preußische Gegenleistung bei einem russisch-österreichischen Kriege dachte, erklärte Bismarck sofort sein Einverständnis und stellte die Zustimmung des Königs bestimmt in Aussicht. Er umging aber eine schriftliche Festlegung und beschränkte die Vereinbarung auf den Fall eines Doppelangriffs in der Annahme, daß Preußen einem Kriege gegen Frankreich ebenso gewachsen sein würde wie Rußland einem solchen gegen Oesterreich. Das sollte aber nach Bismarcks ausdrücklicher Versicherung die gegenseitige, durch

---

83) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1098.
84) Ebd. Nr. 1099.
85) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1108.

die Solidarität der beiderseitigen Interessen und die persönlichen Beziehungen der Monarchen bedingte „Bundesgenossenschaft“ nicht beeinträchtigen. Der Inhalt der Abmachung bestand in der Zusicherung gegenseitiger Rückendeckung, die sich beide Monarchen mit Wissen und Einverständnis ihrer Minister für den Fall eines Doppelangriffs gaben. Die rein defensive Absicht wurde dabei besonders betont.[86]) Eine Gewähr für die Zuverlässigkeit dieser nur mündlichen Vereinbarung lag jedoch weniger in dem Mitwissen und der Zustimmung seitens der Minister, als in dem gegenseitigen Vertrauen und der Freundschaft zwischen Kaiser Alexander und König Wilhelm begründet.

Michael hält es für wahrscheinlich, daß der Zar zu der Anregung eines preußisch-russischen Verteidigungsbündnisses durch Bismarcks Vorschlag vom 18. Dezember 1867, „der einen Gedankenaustausch über Mittel zur Verhinderung der französisch-österreichischen Allianz herbeiführen wollte“,[87]) ermuntert worden sei.[88]) Dann hätte der Zar allerdings, wie Michael schreibt, „den Sinn der preußischen Politik in sein Gegenteil“ verkehrt. Denn Bismarcks Vorschlag vom Dezember 1867 sah das Mittel gegen den Zusammenschluß von Frankreich, Oesterreich und England gerade in der Zurückhaltung Rußlands.[89]) Viel wahrscheinlicher aber ist es, daß das Angebot Kaiser Alexanders mit Bismarcks Wunsch nach russischer Rückendeckung gegen Oesterreich, den er am 15. Januar 1868 in seinem Schreiben an Schweinitz angedeutet hat[90]), in Zusammenhang steht. Jene Aeußerung und der Vorwurf Bismarcks gegen Reuß, auf die diesbezüglichen bereitwilligen Eröffnungen des Zaren zu zurückhaltend geantwortet zu haben, erweisen, daß das russische Angebot, dessen Vorgeschichte[91]) übrigens von Michael nicht genügend berücksichtigt worden ist, Bismarcks Absichten völlig entsprach. Seine Meinung über ein Abkommen mit Rußland hatte sich seit 1867 offenbar gewandelt. Für das Frühjahr 1868 trifft es nicht zu, daß Bismarck aus Rücksicht auf den eventuellen engeren Zusammenschluß seiner Gegner eine nähere Anlehnung an Rußland sorgfältig vermied.[92]) Wohl ist richtig, daß er die erfolgte, von ihm gewünschte engere Anlehnung aus Rücksicht auf den Zaren und, um das Bündnisstreben der Gegner nicht zu fördern, geheim halten wollte. Hieraus erklärt sich auch die Vorsicht, mit der Bismarck in späteren Runderlassen die russische Rückendeckung erwähnte.[93]) Er konnte das unbeschadet der ihr beigemessenen Bedeutung tun, da Reuß und Schweinitz, die sein volles Vertrauen besaßen, und für die die Kenntnis der Abmachung wichtig war, unterrichtet waren. Wahrscheinlich legte er aber keinen Wert darauf, daß

---

86) Ebd. Nr. 1108 u. 1120 Vorbem. Vgl. die ausführliche Darstellung bei W. Platzhoff, a. a. O., S. 292 ff, für die das jetzt veröffentlichte Aktenmaterial keine wesentlich neuen Gesichtspunkte sondern lediglich die Bestätigung bringt.

87) In den veröffentlichten Akten ist unter dem 18. Dezember kein solcher Erlaß Bismarcks zu finden. Vielleicht ist hier der Erlaß vom 11. Dezember gemeint (Bismarck, Ges. Werke VIa, Nr. 987), der einen solchen Vorschlag enthält. Vgl. oben S. 42.

88) Michael, S. 166.

89) Vgl. oben S. 42 f.

90) Vgl. oben S. 49.

91) Gemeint ist hier die schon Anfang 1867 vom Zaren gezeigte Bereitwilligkeit zu einer Abmachung und Bismarcks Anfrage in Petersburg vom 21. April 1866.

92) Vgl. Michael, S. 166.

93) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1273.

auch Goltz, der in mancher wichtigen Frage nicht mit ihm übereinstimmte[94]), von der geheimen preußisch-russischen Vereinbarung genaue Nachricht erhielt.

Die Behauptung Michaels[95]), daß Bismarck „keinen einzigen brauchbaren Gegenvorschlag" auf das Angebot des Zaren machte, könnte leicht ein schiefes Bild von den Vorgängen ergeben. Wohl wahrte Bismarck Zurückhaltung und wies auch Reuß dazu an.[96]) Als er aber am 20. März offiziell mit Oubril verhandelte, erreichte er durch seine Betonung der Notwendigkeit der Vereinbarung und durch ihre Beschränkung auf den Fall eines Doppelangriffs nicht nur seine eigene Absicht: die Rückendeckung gegen Oesterreich bei Vermeidung jeglicher Verpflichtung im Falle eines russischen Angriffskrieges, sondern gelangte zu einem Ergebnis, über das sich selbst Gortschakow „durchaus befriedigt" zu dem Prinzen Reuß äußerte.[97]) Wohl wären Gortschakow weitere Eröffnungen darüber, in wie weit Rußland bei einer österreichischen Intervention in Südslavien auf preußische Unterstützung rechnen könne, sehr erwünscht gewesen. Er ging aber dennoch auf Bismarcks Vorschläge ein und betonte, Kaiser Alexander habe ein solches Vertrauen zu König Wilhelm und Bismarck, daß sich ein unterzeichneter Vertrag erübrige.

Zweierlei scheint mir bei der preußisch-russischen Abmachung[98]) sicher zu sein, obwohl Michael es bezweifelt: daß Bismarck diese Abmachung angesichts der politischen Lage für *notwendig* und in der bloßen Form des mündlichen Versprechens auch für *zuverlässig* hielt. Er betonte am 20. März auf Oubrils Eröffnungen hin, seiner „vollen und festen Ueberzeugung nach sei für Preußen gar keine andere Politik zulässig" und erkannte „in der vorgeschlagenen Gegenseitigkeit nur den Ausdruck der natürlichen und notwendigen Entwicklung der Politik beider Mächte".[99]) Diese für Reuß bestimmten Ausführungen Bismarcks sollten einer falschen Darstellung seiner Unterredung mit Oubril durch dessen unzuverlässige Berichterstattung vorbeugen. Sie wären als Ausdruck seiner wirklichen Ueberzeugung vielleicht weniger ernst zu nehmen, wenn

94) Oncken II, S. 152 ff, S. 156, Anm. 3, Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1101.

95) Michael, S. 167.

96) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1098, 1099. Der Grund dafür lag nicht nur in der unklaren Haltung Gortschakows. Er wollte Rußland nicht zu Gegenforderungen ermuntern durch den Eindruck, daß er einen außerordentlich großen Wert auf die gegenseitige Rückendeckung lege. Vergleiche die vorsichtige Anregung des Gedankens auf dem Wege über Schweinitz.

97) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1120 Vorbem.

98) Hier wird für den in Frage stehenden geschichtlichen Vorgang bewußt im Sinne der Platzhoffschen Darlegung der Begrif der „Abmachung" gebraucht, obgleich ihn Thimme (Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1120, Anm. 3) als zu weitgehend bezeichnet. Es ist nicht recht verständlich, weshalb Thimme diesen Begriff bei Platzhoff beanstandet, während er ihn bei Michael, der ihn ebenfalls, sogar als Ueberschrift gebraucht (Michael, S. 167), unangefochten läßt. — Auch scheint es gewagt zu sein, aus dem scharfen Ton, den Bismarck gegen Oubril in diesen Tagen anschlug, zu schließen, daß er die „bonne entente" mit Rußland nicht „besonders hoch anschlug". Gerade in jener wichtigen Phase der preußisch-russischen Beziehungen mußte Bismarck besonderen Wert auf eine zuverlässige und objektive Berichterstattung des russischen Botschafters legen. Das ließ aber bei Oubril, der durch falsche Berichte Bismarck die Initiative zu der Vereinbarung zuzuschieben suchte, sehr viel zu wünschen übrig und erklärt wohl den scharfen Ton Bismarcks über Oubrils Berichterstattung zur Genüge. (Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1108 bis 1111.)

99) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1108, Bismarck an Reuß am 22. März 1868.

er nicht am folgenden Tage in einem Privatschreiben dem Prinzen Reuß mitgeteilt hätte: „Der König . . . ist in der principiellen Auffassung der Sache ebenso fest und klar wie ich. Beide Kabinette würden wie Narren handeln, wenn sie auf dem brüchigen Eise der Situation eins die Hand des anderen fahren lassen wollten*), um ihr Heil auf die Lügen von Paris und Wien zu bauen".[100]) Es war eine ganz natürliche „Bundesgenossenschaft", die sich Preußen und Rußland in dem Abkommen zusicherten.[101])

Das Wort des autokratischen Zaren war insbesondere bei seinem persönlichen Freundschaftsverhältnis zu König Wilhelm eine Gewähr dafür daß Kaiser Alexander im gegebenen Falle das Versprechen vom März 1868 einlösen werde. Wohl gab es im russischen Volke, vor allem in der Presse, Strömungen gegen die preußenfreundliche Politik des Zaren.[102]) Es war aber damals nicht anzunehmen, daß sie sich gegen den Willen des Kaisers durchsetzen würden. Michael führt zur Begründung seiner Zweifel an der Zuverlässigkeit der preußisch-russischen Abmachung jenen Ausspruch Gortschakows aus dem Jahre 1860 an, daß Rußlands Politik „vor der Hand enigmatisch" bleiben müsse, bis Europa den „Schandbrief" von 1856 zurücknähme. Dieser hätte Rußland in einen „ehrenrührigen Zustand" versetzt und würde „die russische Politik bei allen möglichen Gelegenheiten in unberechenbarer Weise aus ihren natürlichen Geleisen drängen".[103]) Der russische Vizekanzler hatte auch getreulich nach diesem Motto gehandelt und seit der Zeit die politische Front mannigfach gewechselt. Nachdem die französisch-russischen Annäherungsversuche 1867 gescheitert waren und Napoleon sich jetzt Oesterreich und England, den erklärten Gegnern Rußlands, zuzuwenden schien, waren 1868 die Möglichkeiten nicht sehr groß, die die russische Politik zu einem unberechenbaren Verlassen ihrer „natürlichen Geleise", hätten bewegen können. Diese bestanden im Frühjahr 1868 eben in der Anlehnung an Preußen. Für die politische Lage von 1868 hatte Gortschakows Aeußerung von 1860 ihre Bedeutung großenteils verloren, womit allerdings für die persönliche Zuverlässigkeit des russischen Kanzlers noch keine Gewähr gegeben war. Bismarck blieb ihm gegenüber nach wie vor zu größter Vorsicht genötigt.

Auf den Zaren dagegen hatte er sich schon während des Krieges von 1866 weitgehend verlassen können.[104]) Im Sommer 1867 hatten sich die preußisch-russischen Beziehungen noch gebessert. Nach alledem war die Möglichkeit, daß man russischerseits die Abmachung im Ernstfalle nicht halten würde, 1868 sehr gering gegenüber der Wahrscheinlichkeit, daß der Zar sein Versprechen einlösen werde. Das lag ebenso in seinem eigenen Interesse[105]), wie das Interesse Preußen gebot, Rußland bei einem österreichisch-französischen Angriff nicht im Stich zu lassen.[106])

---

*) Von mir gesperrt.
100) Ebd. Nr. 1110.
101) Vgl. ebd. Nr. 1033, 1064, 1108, 1110.
102) Vgl. Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1033.
103) Michael, S. 167 f. Vgl. Platzhoff, a. a. O., S. 289.
104) Vgl. Schweinitz, Denkwürdigkeiten I, S. 210.
105) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Kap. 21, S. 378 f.
106) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1108. Hiernach waren es die eigenen Worte König Wilhelms, „daß Preußen ebenso wenig einem gefährlichen Angriff gegen Rußland wie Rußland einer Vergewaltigung Preußens neutral zusehen könne, und daß es eine

Bismarck vertrat diesen Standpunkt im Januar 1869 dem sächsischen Minister Freiherrn von Friesen gegenüber, „daß, im Falle es Oesterreich gelingen sollte eine Koalition gegen Rußland zustande zu bringen, die letztere Macht von Preußen nicht im Stiche gelassen werden dürfe, damit wir nicht selbst gleich nachher einer ähnlichen Koalition ohne Bundesgenossen gegenüber stehen".[107] Diese eindeutige Erklärung Bismarcks kann nicht lediglich als eine über Friesen an Beust gerichtete Warnung aufgefaßt werden. In dem Abkommen von 1868 fand die zwingende Logik der Tatsachen ihren Ausdruck[108]), der der sächsische Minister die Anerkennung nicht versagen konnte.

Es scheint nach alledem verfehlt zu sein, das Verhältnis Preußens zu Rußland zwischen den Kriegen von 1866 und 1870 auf die Formel bringen zu wollen: „Nicht eine wirkliche Gemeinschaft der Interessen sondern nur wohlwollende Neutralität unter einschränkenden Bedingungen verband diese beiden Staaten".[109] Diese Auffassung könnte allenfalls bis Ende 1867 gelten, aber nicht mehr nach der Verschärfung der Lage durch die beide Staaten gefährdende Politik des Grafen Beust. Michael sieht nur die eine Seite der Stellung Bismarcks zu Rußland: daß er es vermied, durch irgend welche Verpflichtungen die russische Politik zu unerwünschtem Vorgehen zu ermutigen, und sich bemühte, sie im Orient ruhig zu halten. Das bewußte Streben Bismarcks im Frühjahr 1868, sich durch eine engere Anlehnung an Rußland zu sichern, wird bei Michael nicht deutlich. Er gelangt daher zu einer Unterschätzung der preußisch-russischen Defensivabmachung. Zwar ist seine Behauptung richtig, „wenn Bismarck das russische Bündnis . . . hätte haben wollen, so hätte er es haben können, schon im Juni 1867".[110] Gewiß, sogar schon im April 1867 bot sich ihm Gelegenheit dazu[111]), ebenso im September.[112] Aber er wollte ja damals das Bündnis gar nicht, außerdem sagten ihm die russischen Bedingungen nicht zu. Was er in der Vereinbarung von 1868 erlangte, unterschied sich wesentlich von dem, was ihm 1867 angeboten worden war. Jetzt fielen die für Preußen bedenklichen und unannehmbaren Verpflichtungen weg. Auch der Zar war 1868 infolge der beide Mächte ernstlich bedrohenden Wandlung der politischen Lage zu einer Defensivvereinbarung bereit, ohne egoistische Forderungen zu stellen.

In seinem Urteil über das preußisch-russische Verhältnis zwischen den Kriegen beruft sich Michael auf einen Erlaß Bismarcks von 1867: „,Unser gutes Verhältnis zu Rußland beruht wesentlich darauf, daß Rußland nichts von uns fordert und nichts zu fordern hat", es wird durch die

unkluge und kurzsichtige Politik wäre, eine suczessive Kriegführung gegen die einzelnen Mächte ruhig hinzunehmen. Preußen dürfe im Interesse seiner eigenen Sicherheit Rußland nicht im Stiche lassen und Rußland könne nicht zugeben, daß Preußen, in einem Kampf gegen die Uebermacht einer Koalition unterliegend, in eine Abhängigkeit geriete, welche die französische Grenze gegen Rußland gleichsam bis nach Schlesien vorrückte."

107) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1287.
108) Vgl. ebd. Nr. 1120.
109) Michael, S. 10 f.
110) Michael, S. 395.
111) Vgl. oben S. 20 f.
112) Vgl. oben S. 40.

„Abwesenheit jedes Anlasses zu Konflikten bedingt“.“[113]) Wenn Michael diese Sätze nicht aus dem Zusammenhang in dem Erlaß an Goltz vom 15. Februar 1867[114]) herausgegriffen hätte, so wäre er wohl kaum zu seinem Urteil gekommen, daß nicht „eine wirkliche Gemeinschaft der Interessen“, sondern nur „wohlwollende Neutralität“ Rußland und Preußen verband. Bei Michael erscheint nur die eine Hälfte des von Bismarck dort zum Ausdruck gebrachten Gedankens. Im gleichen Erlaß deutete Bismarck die Möglichkeit einer Veränderung seiner Beziehungen zum Zarenreich an: „Zu einer weiteren Anlehnung an Rußland, als sie durch jenes natürliche Verhältnis der Abwesenheit jedes Anlasses zu Konflikten bedingt wird, könnte uns eben nur die Besorgnis vor einer aggressiven Politik Frankreichs veranlassen.“ Als Anfang 1868 Anlaß zu einer solchen Besorgnis gegeben war, da suchte Bismarck die engere „Anlehnung an Rußland“, mit der er im Februar 1867 in Paris gedroht hatte. Sie ging über eine „wohlwollende Neutralität“ entschieden hinaus und erfolgte zweifellos auf dem Boden gemeinsamer Interessen.

Auch der Hinweis Michaels auf die Tauffkirchen-Mission im Zusammenhang mit der Abmachung von 1868 scheint mir fehl zu gehen.[115]) Man kann in dieser Verbindung nicht sagen: „Wie er (Bismarck) sich die Zusammenarbeit mit Rußland dachte, zeigt . . . sein Angebot in den Tagen der Tauffkirchen-Mission.“ Jenes Angebot zeigt nur, wie Bismarck sich die Zusammenarbeit im Frühjahr 1867 dachte. Die Beurteilung der aus einer ganz anderen Situation heraus erfolgten Defensivabmachung von 1868 kann nicht allein darauf fußen. Die Quellen über die Anfänge des Dreikaiserbündnisses erweisen, daß Bismarck 1868 über eine Verständigung mit Rußland anders dachte, als im Frühjahr 1867.[116]) —

Das Urteil über die politische Bedeutung der Vereinbarung vom März 1868, wie es W. Platzhoff gefällt hat, wird auch durch die neuerschienenen Akten nicht korrekturbedürftig, wenn schon Michael es meint. Wohl konnten mit der Abmachung nicht alle Gefahren als beschworen gelten. Als gescheitert muß man jedoch die Absicht der Gegner betrachten, die preußisch-russische Freundschaft zu untergraben und Preußen seinen Rückhalt im Osten zu entziehen. Bismarck konnte nunmehr bei einem etwaigen französischen Angriff auf Preußen damit rechnen, daß die Donaumonarchie, von Rußland unter Druck gesetzt, neutral bleiben würde und konnte seine Hauptsorge darauf verwenden, eine für seine Außenpolitik sowie für seine deutschen Ziele unerwünschte Entwicklung der Verhältnisse

113) Michael, S. 10.
114) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 684.
115) Michael, S. 395.
116) Es mag ein Versehen sein, wenn Michael über die preußisch-russische Vereinbarung einmal schreibt, daß Bismarck einen schriftlichen Vertrag ablehnte, und ein anderes Mal allen Ernstes „die auf eine schriftliche Willenserklärung der Monarchen beschränkte preußisch-russische Abmachung“ zitiert. (Michael, S. 167, 384.) Doch erhöht es die Ueberzeugungskraft seines Urteils über diese Abmachung und seiner Exkurse gegen Platzhoffs Auffassung keineswegs, wenn es Michael hierbei entgeht, daß er nicht nur die historischen Tatsachen, sondern auch die Darstellung derselben bei Platzhoff (Platzhoff, a. a. O., S. 296) entstellt. Platzhoff spricht an der Stelle, die Michael falscher Weise auf die preußisch-russische Abmachung bezieht, sehr deutlich von den auf eine schriftliche Willenserklärung der Monarchen beschränkten österreichisch-französisch-italienischen Dreibundverhandlungen.

auf dem Balkan zu verhüten. Seiner überlegenen Taktik ist das auch meisterhaft gelungen. Jedenfalls hatte Bismarck mit der preußisch-russischen Vereinbarung vom März/April 1868 die erwünschte Sicherung im Osten erreicht.

3. Kapitel.

Bismarcks Stellung zu Rußland vom Frühjahr 1868 bis zum Kriegsausbruch 1870.

Der Hinweis Michaels, daß die unsicheren Verhältnisse im Orient den Wert der russisch-preußischen Defensiv-Abmachung beeinträchtigten[1]), besteht zu Recht. Zweifellos wäre Preußen infolge dieser Abmachung 1868 in einer schwierigeren Lage gewesen als während der fünfziger Jahre im Krimkrieg, wenn orientalische Unruhen zu einem Kriege geführt hätten, wie Beust es wollte. Bismarck verlor daher den Orient nicht aus den Augen.

Auf dem Balkan gab es zwei Fragen, die die Möglichkeit einer europäischen Verwicklung in sich bargen: Die innerpolitischen Verhältnisse in Rumänien und der griechisch-türkische Streit um Kreta. Beust hatte das erkannt und ließ nichts unversucht, einen europäischen Konflikt herbeizuführen. Bismarck durchschaute diese Absicht und suchte die Pläne des österreichischen Reichskanzlers zu vereiteln.

In Rumänien agitierte die radikale Partei für die Gründung eines großrumänischen Reiches. Sie wurde geführt von Bratianu, der an der Spitze der rumänischen Regierung stand. Diese Umtriebe benutzte Beust, um Preußen und Rußland bei den Westmächten zu verdächtigen.[2]) Hierzu wurden ihm vor allem dadurch wirksame Argumente geboten, daß der preußische Oberstleutnant von Krenski als Militärinstrukteur nach Rumänien ging, ein preußischer Waffentransport heimlich über Rußland nach Rumänien geleitet wurde und Bismarck sich für eine rumänische Anlehnung an Rußland einsetzte.[3]) Beust hatte anscheinend mit seinen Verdächtigungen Erfolg, insbesondere bei der französischen Regierung.[4]) Auch die ungarische Presse ließ keinen Zweifel, daß sie ihre Sympathie für Preußen und die innerdeutsche Entwickelung nicht aufrecht erhalten könne, wenn infolge preußischer Unterstützung der rumänischen Bewegung die Grenzen der Donau-Monarchie gefährdet würden.[5]) Der ungarische Mi-

1) Michael, S. 167 f und 395.
2) Vgl. Michael, S. 170 ff.
3) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1010, 1073, 1136.
4) Michael, S. 178 f.
5) Sybel, VI, S. 373.

nisterpräsident Graf Andrassy gab zu verstehen, daß die ungarische Regierung ihren Rückhalt bei Frankreich suchen müsse, wenn Rumänien nicht bald seine herausfordernde Politik einstelle.[6]) Als dann noch der englische Botschafter Lord Loftus im November 1868 die rumänische Angelegenheit in Berlin zur Sprache brachte[7]), da zeigte Bismarck, daß er es tatsächlich in der Hand hatte, bei einer Zuspitzung der Dinge auf dem Balkan ihnen noch rechtzeitig eine andere Wendung zu geben. Durch seine ultimativen Schritte in Bukarest vom 22. November[8]) bewirkte er die Entlassung Bratianus.[9]) Um Preußen von jeder Mitverantwortlichkeit für die Entwicklung der rumänischen Verhältnisse freizuhalten, widerriet er dem Chef des preußischen Militärkabinetts die weitere Beurlaubung des Oberstleutnants von Krenski nach Rumänien.[10]) Darüber hinaus versuchte Bismarck, die Lage in Rumänien zwecks Erhaltung des Friedens zu stabilisieren und alles zu verhüten, was zum Anlaß für erneute Agitationen Beusts werden konnte. In einem persönlichen Schreiben empfahl er dem Fürsten Karl, ohne das Verhältnis zu Rußland abkühlen zu lassen, gute Beziehungen zur Pforte und zu Ungarn anzustreben: „Das durch Wiener Einflüsse und durch Bratianu erregte Mißtrauen der Ungarn zu beruhigen, ist nicht nur ein rumänisches, es ist auch ein deutsches Bedürfnis. Das Vertrauen der Ungarn ist uns eine Bürgschaft des Friedens, ein Hindernis für die Beteiligung Oesterreichs an einer Koalition gegen uns“.[11])

Kaum war die Gefahr hier beschworen, als sie an anderer Stelle noch einmal drohend heraufzog. Der griechisch-türkische Streit um Kreta, der seit dem Mai 1867 nie völlig zur Ruhe gekommen war[12]), führte um die Wende des Jahres 1868 beinahe zum offenen Krieg. Nichts hätte Beust erwünschter sein können.[13]) Bei den sich im Orient so vielfach kreuzenden Interessen der europäischen Mächte war es leicht möglich, daß ein solcher Konflikt auf ganz Europa übergriff. Beust hoffte dabei auf eine ähnliche Mächtegruppierung wie im Krimkrieg, wodurch Preußen infolge der engen Beziehungen zu Rußland in eine ungemein schwierige Lage gedrängt worden wäre. Es ist Bismarck gelungen, auch diese Gefahr fernzuhalten. Eindrucksvoll offenbarte sich seine diplomatische Ueberlegenheit in dem politischen Spiel, das jetzt einsetzte. Geschickt bediente er sich der russischen Freundschaft[14]), rechnete mit der nationalen Eitelkeit des französischen

---

6) Wertheimer, Andrassy I, S. 454.
7) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1204.
8) Ebd. Nr. 1214.
9) Ebd. Nr. 1217; Schultheß, Europäischer Geschichts-Kalender 1868, S. 30.
10) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1216.
11) Ebd. Nr. 1304.
12) Bismarck, Ges.Werke VI, Nr. 680, 681, 713; VIa, Nr. 848, 852, 871, 987.
13) Vgl. Bismarck, Ges.Werke VIa, S. 456, Anm. 3, Nr. 1224. Vorbem., Nr. 1240, 1271, 1273.
14) Ebd. Nr. 1224. Die Akten lassen deutlich die Absicht Bismarcks erkennen, bei seinen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens die russische Politik gewissermaßen „bei der Hand“ zu nehmen. Er ließ Gortschakow die preußischen Schritte in Paris und London wissen (ebd. Nr. 1246), wie auch Gortschakow die seinen Bismarck mitteilte. (Ebd. Nr. 1252.) Offiziell aber sollten ihre Maßnahmen, um keinen Verdacht in Paris und London hervorzurufen, voneinander unabhängig erscheinen. (Ebd. Nr. 1244, 1245.) Meisterhaft verstand es Bismarck, Gortschakow von zu weitgehenden Schritten zurückzuhalten (ebd. Nr. 1252) und teils gegen russische Wünsche das in der Erhaltung des Friedens liegende preußische Interesse durchzusetzen, ohne die preußisch-russische Freundschaft dadurch zu beeinträchtigen.

Volkes[15]) und der damaligen Abneigung Englands gegen offene Konflikte[16]), als er die Pariser Kreta-Konferenz zustande brachte und hier gemeinsam mit England, Frankreich und Rußland den hauptsächlichen Zündstoff im Orient für die nächsten Jahre beseitigte.[17])

Beusts Absichten waren gescheitert. Bismarck hatte zum zweiten Male, als die Lage im Orient sich zuspitzte, rechtzeitig die Gefahr beschworen. Damit hatte die Defensivabmachung vom März 1868 ihre „schwache Stelle“, die in dem drohenden Orient-Konflikt lag, vorerst verloren. Beust hatte seine besten Trümpfe ausgespielt. Wenn er die Verhandlungen mit Napoleon fortsetzte, bei denen jetzt der französisch-österreichisch-italienische Dreibund-Gedanke in den Vordergrund trat, so war das nur ein schwacher Ersatz für seine nicht zuletzt durch Bismarck vereitelte Orientpolitik. Je mehr sich die Spitze der Verhandlungen direkt gegen Preußen-Deutschland richtete, umso kleiner wurde in dem österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaat die Zahl derer, die hinter einer solchen Politik standen. Die Haltung der Ungarn und Deutsch-Oesterreicher wie auch die Rücksicht auf Süddeutschland nötigten Beust zur Zurückhaltung Frankreich gegenüber.

Mit der Kreta-Konferenz war die Orientfrage nicht etwa gelöst. Man kann nur von einer vorübergehenden Regelung sprechen. Rußland

---

15) Bismarck, Ges.Werke VIa, Nr. 1232—1234.

16) Ebd. Nr. 1245, 1252.

17) Vergleiche die ausführliche Darstellung des griechisch-türkischen Konfliktes und der Kreta-Konferenz bei Michael S. 187 ff und die weiteren Akten in Bimarck, Ges.Werke VIa. Hier ist der unter Nr. 1273 mitgeteilte Runderlaß Bismarcks an die einzelnen Missionen besonders aufschlußreich, weil er einerseits die Politik des österreichischen Kanzlers treffend charakterisiert und zum andern die Gefahr ermessen läßt, die diese Politik für Preußen-Deutschland bedeutet:

„. . . . An und für sich ist Oesterreich jetzt nicht hinreichend stark, um durch eigene Kraft die frühere Stellung im eigenen Lande und den früheren Einfluß auf Deutschland und Europa wiederzugewinnen. Graf Beust stellt sich daher die Aufgabe, Konstellationen zu schaffen, in welchen der Umstand, daß andere Mächte miteinander im Kampfe liegen, der Parteinahme Oesterreichs das entscheidende Gewicht beilegt. . . . Die Erinnerung an 1853/55 legte den Gedanken nahe, daß jede ernste Gefahr für den Frieden, welche im Orient entstände, dieselbe Verteilung der Mächte und dieselbe günstige Lage und freie Hand für Oesterreich wie zur Zeit des Krimkrieges herbeiführen werde. . . . wenn es gelang ein neues Bündnis gegen Rußland herzustellen, so entstand für Preußen diejenige Situation, welche ich als Ziel der österreichischen Politik in dieser Episode glaube ansehen zu sollen. Bei einem Angriffe Frankreichs auf Deutschland behufs Einmischung in des letzteren innere Angelegenheiten hätte die ganze Kraft der nationalen Defensive auf Preußens Seite gestanden, und die Stimmung der Ungarn, evt. die Macht Rußlands hätten Oesterreich zu wirklicher Neutralität gezwungen. Gelang es aber die Spitze der Koalition zunächst gegen Rußland zu richten, so war Preußen vor die Alternative gedrängt, entweder Rußland zu verteidigen und damit einen in Deutschland wenig populären, mit dem Anscheine eines aggressiven Kabinetts-Krieges behafteten Kampf auf sich zu nehmen oder aber Rußland in seiner Isolierung im Stiche zu lassen und sich selbst der Gefahr auszusetzen, nach baldigem Friedensschlusse Rußlands seinerseits einer ähnlichen Koalition isoliert gegenüber zu stehen, ohne auf den Beistand Rußlands rechnen zu dürfen.“

Daß Horst Michael, dessen Verdienst es ist, die Bedeutung der Orientfrage zwischen den Kriegen von 1866 und 1870 gründlich untersucht zu haben, die Gefahr wohl etwas überschätzte, die der Bismarckschen Politik durch einen Orientkrieg drohte, darauf hat Michaelis in seiner Besprechung des Buches aufmerksam gemacht. (Historische Vierteljahresschrift 1931, S. 879 ff). Bismarck selbst, der die Gefahr klar erkannte, schätzte sie nicht übermäßig hoch ein. Das kommt in einer Bemerkung zum Schluß des eben teilweise angeführten Erlasses zum Ausdruck, wo es von dem Plane Beust's heißt: „Er wäre an sich auch als ein wohlersonnener anzusehen, wenn Graf Beust irgend einen Grund gehabt hätte anzunehmen, daß die beiden Westmächte sich seinem Schlepptau überlassen würden, sobald es ihm gelinge, den Orient von irgend einer Seite her in Brand zu setzen.“

war von dem Ergebnis der Konferenz und auch von dem Verhalten Preußens auf derselben keineswegs befriedigt. Es hatte mehr freundschaftliche Sympathien und entschiedeneres Eintreten für seine Orientwünsche erwartet. Bismarck lag viel daran, die Mißstimmung in Petersburg wieder zu beseitigen. Dazu schien sich im März 1869 Gelegenheit zu bieten, als Gortschakow bei den Mächten die Frage der nationalen Zugehörigkeit derjenigen einst griechischen Untertanen aufwarf, die unter türkischem Druck während des Kreta-Konfliktes 1868/69 die Hoheit der Pforte anerkannt hatten. Bismarck vertrat in London und Paris im wesentlichen den Standpunkt Gortschakows, der sich gleichsam zum Anwalt der damals unfreiwillig handelnden Griechen machte. Als jedoch die Aussichtslosigkeit klar wurde, die Unterstützung Englands und Frankreichs zu erlangen, gab Rußland die Sache auf. Dadurch schwand auch für Bismarck jeder Grund, weiterhin dafür einzutreten. — Für die Darlegungen der preußisch-russischen Beziehungen ist dieser Zwischenfall deshalb wichtig, weil ihn Bismarck zum Anlaß nahm, sich über die Stellung Preußens zu Rußland in der damaligen politischen Situation klar zu äußern. Die französische Regierung hatte nämlich im Zusammenhang mit dem russischen Vorgehen die alte Taktik wieder aufgenommen, Preußen in Petersburg zu verdächtigen. Gortschakows Argwohn, daß Bismarck den russischen Standpunkt in Paris nicht nachdrücklich genug unterstützt habe, wurde von ihr bewußt gestärkt. Sie gab vor, wegen der „kühlen Haltung Preußens" nicht auf die russischen Wünsche eingehen zu können.[18]) Bismarck leitete alle in dieser Angelegenheit an den preußischen Geschäftsträger in Paris, den Grafen Solms, ergehenden Erlasse wie auch dessen Berichte an Reuß weiter, so daß dieser in der Lage war, die französischen Verdächtigungen in Petersburg zu entkräften. Den Grafen Solms orientierte er in einem vertraulichen Erlaß vom 29. April 1869 folgendermaßen über die preußisch-russischen Beziehungen: „Wir sind durch die Lage der europäischen Verhältnisse, solange die Ungewißheit über Frankreichs wirkliche Pläne und letzte Absichten besteht, England sich mit markierter Rücksicht auf Frankreich der kontinentalen Politik fernhält und Oesterreich eine feindselige Gesinnung zu bekunden fortfährt, auf ein Zusammengehen mit Rußland absolut angewiesen und haben auch keinen Grund, darin zu sehr zurückhaltend zu sein, oder daraus ein Hehl zu machen. Wir wünschen uns Rußland nicht zu entfremden und wünschen auch nicht, daß man in Paris an eine solche Entfremdung glaube. So entschieden wir jeden Gedanken einer Verbindung mit Rußland in irgendwie aggressivem Sinne oder zur Durchführung bestimmter Pläne abweisen können, so sehr liegt es doch in unserem Interesse, uns auch durch tätiges Zusammengehen in friedlichem Sinne die Freundschaft Rußlands für die Zwecke der Verteidigung zu erhalten und auch in Frankreich und Oesterreich die Ueberzeugung nicht zu schwächen, daß gegen einen Angriff von dieser Seite das Bündnis uns nicht fehlen würde, und daß die Versuche, uns von Rußland zu trennen, des Erfolges entbehren. . . ."[19]) Sicherlich ist diese Aeußerung Bismarcks

18) Bismarck, Ges.Werke VI^b, Nr. 1380 Vorbem.
19) Bismarck, Ges.Werke VI^b, Nr. 1380.

über das preußisch-russische Verhältnis als eine an die französisch-österreichische Adresse gerichtete Warnung aufzufassen, und zwar im Hinblick auf die zwischen Wien und Paris schwebenden Bündnisverhandlungen.[20]) Sie zeigt aber doch andererseits klar, daß Bismarck sich auf die russisch-preußische Abmachung vom Jahre vorher soweit verließ, daß er glaubte, im Ernstfalle der russischen Bündnismöglichkeit sicher zu sein.

Die orientalische Frage beschäftigte in der Zeit bis zum Kriegsausbruch von 1870 zwar noch die europäischen Kabinette, trat aber an Bedeutung zurück. Der Schwerpunkt der europäischen Politik verlagerte sich 1869/70 mehr nach dem Westen. Die wesentlichsten politischen Spannungen sind durch die Schlagworte gekennzeichnet: österreichisch-französisch-italienische Dreibundverhandlungen, belgischer Eisenbahn-Konflikt und spanische Thronkandidatur. Angesichts der Gefahren, die daraus für den europäischen Frieden im allgemeinen und für Preußen im besonderen entstanden, verfehlte Bismarck nicht, die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland besonders zu pflegen und die Betonung des Rückhaltes, den er an Rußland hatte, als Druckmittel und Warnung im politischen Spiel zu gebrauchen. Als die Gerüchte über einen französisch-österreichisch-italienischen Dreibund sich immer mehr verdichteten, hatte er im März 1869 offensichtlich als Warnung, die zugleich für Paris und Wien bestimmt war, zu dem französischen Militärattaché Oberst Stoffel die Aeußerung fallen lassen: „Diese Gerüchte beunruhigen mich nicht im geringsten, Italien wird keinen Krieg führen, weder für Frankreich noch für Preußen. Sollte sich aber Oesterreich mit Frankreich gegen uns verbünden, so wird Rußland, das ihm, militärisch gesprochen, weit überlegen ist, sofort gegen Wien marschieren, und in allen Fällen würde es Oesterreich sein, das die zerschlagenen Töpfe bezahlen müsse. . .“[21])

Am 12. April 1869 besprach Bismarck mit Lord Loftus Preußens Stellung zu Frankreich im belgisch-französischen Eisenbahnkonflikt. Der Lord wies auf die durch das Bewußtsein der Kriegsbereitschaft vermehrte Empfindlichkeit Frankreichs hin und empfahl Bismarck, „jeden Anlaß zu einem Konflikt, alles was Frankreich irgend einen Grund zu einer Beschwerde geben könnte, zu vermeiden und Anstöße aus dem Weg zu räumen, welche zu einer Komplikation führen könnten“. Bismarck versicherte daraufhin, daß er, wie England recht gut wisse, Frankreich keinen Grund zu irgendwelcher Empfindlichkeit gebe. Wenn aber „Frankreich den Krieg wolle, so werde es ihn haben; wir fürchten ihn durchaus nicht. . . . Vielleicht rechne man in Frankreich wirklich schon auf Oesterreichs Beistand; demgegenüber glauben auch wir des Beistandes von Rußland sicher zu sein. . .“[22]) Mochte Bismarcks Absicht bei diesen Aeußerungen auch in erster Linie dahin gehen, Preußens Stellung allen eintretenden Möglichkeiten gegenüber möglichst stark erscheinen zu lassen, so

---

20) Michael sieht sie fast ausschließlich als solche an. (Vgl. Michael, S. 400 f.)
21) E. v. Wertheimer, Zur Vorgeschichte des Krieges von 1870, in „Deutsche Rundschau“, November 1920, S. 222. Vgl. Platzhoff, a. a. O., S. 287 u. Bismarck, Ges.Werke VIᵇ, Nr. 1362 Vorbem.
22) Bismarck, Ges.Werke VIᵇ, Nr. 1368.

erhellt doch daraus, daß er unter den gegebenen Verhältnissen mit der russischen Rückendeckung gegen Oesterreich im Kriegsfalle rechnete, wofür ihm die Abmachung vom März 1868 eine Gewähr zu bieten schien.

Für diese Politik war die sorgsame Pflege der guten Beziehungen zu Rußland notwendige Voraussetzung. Nun aber war durch die Kreta-Konferenz ein leiser Mißklang in das preußisch-russische Verhältnis hineingetragen worden. Bismarck benutzte daher jede sich bietende Gelegenheit, die Verstimmung in Petersburg wieder zu beseitigen. Nicht nur bei dem Anschneiden der griechischen Nationalitätenfrage durch Gortschakow im März 1869 wurde dieses Bestreben deutlich, es zeigte sich auch in der Aufmerksamkeit, die Bismarck dem russischen Vizekanzler im Juni 1869 bei dessen Besuch in Berlin entgegenbrachte. Er verschob seine Urlaubsreise nach Varzin, die er nach Schluß des Zollparlamentes und des Reichstags des Norddeutschen Bundes am 22. Juni antreten wollte, um 8 Tage, als er hörte, daß Fürst Gortschakow auf der Durchreise nach Baden-Baden am 29. Juni in Berlin Aufenthalt nehmen werde. Bismarck stellte dem Fürsten einen Salonwagen von Eydtkuhnen und sorgte für einen Empfang bei dem König.[23])

Die von Bismarck sorgfältig gehegte preußisch-russische Freundschaft wurde im Herbst 1869 durch die Politik Napoleons gefährdet. Sein durch den Ausgang der letzten französischen Wahlen[24]) noch verstärktes Prestigebedürfnis ließ ihn mehr denn je darauf bedacht sein, außenpolitische Verwicklungen zu erstreben, die ihre Spitze gegen Preußen richteten. Bismarck bezeichnete in einem Schreiben an König Wilhelm am 20. November 1869 die Pariser Politik als „ratlos und deshalb unberechenbar".[25]) Bisher war es Napoleon infolge der Zurückhaltung Bismarcks nicht gelungen, einen geeigneten Konfliktstoff zu finden. Auch war es ihm nicht geglückt, eine Koalition gegen Preußen-Deutschland zustande zu bringen. Die lange betriebenen Triple-Allianz-Verhandlungen zwischen Frankreich, Oesterreich und Italien führten nicht zu einem festen Bündnis. Da beschritt Napoleon im Herbst 1869 einen neuen Weg. Er sandte im November den General Fleury, der sein besonderes Vertrauen genoß, mit eingehenden Instruktionen[26]) als Botschafter nach Petersburg. Fleury sollte an der Newa die Gefahren hervorheben, die eine fortschreitende nationale Konsolidierung Deutschlands für das französische Elsaß und für die russischen Ostseeprovinzen zur Folge hätte. Er sollte versuchen, das russische Einverständnis mit einer Wiederherstellung der Vorherrschaft Oesterreichs in Süddeutschland zu erlangen und die russische Regierung für einen neuen Vorstoß in der nordschleswigschen Frage zu gewinnen. Fleury legte gleich bei seiner ersten Unterredung mit Alexander II.[27])

---

23) Bismarck, Ges. Werke VI^b, Nr. 1413 und 1419.
24) Bei den letzten Neuwahlen zum Corps législatif vom Frühjahr 1869 hatte die bisherige Regierungsmehrheit einen Rückgang ihrer Stimmen zu verzeichnen. Aus dem Wahlergebnis wurde vielfach „eine Orientierung des französischen Volkes im Sinne der Demokratie und einer Abkehr von dem persönlichen Regiment Napoleons" gefolgert. (Bismarck, Ges. Werke VI^b, Nr. 1403 Vorbem.)
25) Bismarck, Ges. Werke VI^b, Nr. 1449.
26) Fleury, La France et la Russie en 1870, S. 4 ff.
27) Orig. Dipl. XXV, S. 377 ff.

das Hauptgewicht auf die nordschleswigsche Angelegenheit, wohl in der Hoffnung, daß der russische Kaiser in dieser Frage aus verwandtschaftlichen Rücksichten auf das dänische Königshaus am ehesten für die französischen Wünsche zugänglich sein würde. Er gab dem Zaren zu verstehen, Napoleon bedürfe in seinem Bestreben, den Frieden zu erhalten, eines Rückhaltes gegen die innerfranzösische Opposition, die ihm seine Politik von 1866 zum Vorwurf mache. Kaiser Alexander könne ihm diese Unterstützung gewähren, wenn er seinen Einfluß geltend machen würde, Preußen zur Erfüllung des Artikels V, der seinerzeit unter französischem Druck in den Prager Frieden aufgenommen worden war, zu veranlassen. Nach der Mitteilung, die der Zar dem Prinzen Reuß über seine Unterredung mit dem neuen französischen Botschafter machte, schien es, als wären die Darlegungen Fleurys, soweit sie Nordschleswig betrafen, nicht ohne Eindruck auf den Kaiser geblieben.[28])

Als Fleury glaubte, beim Zaren ein geneigtes Ohr gefunden zu haben, bedeutete er dem Prinzen Reuß, daß König Wilhelm schon dem verwandten Zarenhause zu Gefallen für die Erledigung der nordschleswigschen Frage Sorge tragen möge. Der Prinz trat jeglicher französischen Einmischung in diese Angelegenheit auf das entschiedenste entgegen. Er erwiderte dem französischen Botschafter, „daß jene Frage Frankreich weder interessiere noch etwas anginge. Der Prager Frieden sei zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossen und Oesterreich allein sei das Recht zuzugestehen, sich um die Ausführung desselben zu bekümmern“. Darauf machte Fleury drohend auf die Stimmung der französischen Militärs aufmerksam, die die Verschleppung der Ausführung des Artikels V als Beleidigung Frankreichs empfänden. Er ließ sogar durchblicken, daß die nordschleswigsche Frage sehr wohl zu einem Kriege Veranlassung geben könnte.[29]) Als Bismarck, der damals in Varzin weilte, diese Nachricht erhielt, ließ er im Vertrauen auf das deutsche Nationalgefühl sofort an Reuß telegraphieren: „Daß er General Fleury auf jede Andeutung von Verdrießlichkeit über Nordschleswig fest und hart antworten und, wenn jener auf Gefährdung des Friedens hinweisen sollte, ihm sagen möge, daß wir dem deutschen Volke die Frage vorlegen würden, um zu erfahren, um welchen Preis es den Frieden erkaufen wolle. Was wir könnten gegenüber der deutschen Bevölkerung Nordschleswigs, täten wir in der Sache schon dem Kaiser Alexander zu Gefallen. Jede Einmischung Napoleons mache die Sache zur Kriegsfrage und würde uns nötigen, sie sofort in die Oeffentlichkeit zu werfen.“[30]) Bismarck war unter keinen Umständen gewillt, seine Politik durch französische Kriegsdrohungen beeinflussen zu lassen. Dabei verkannte er nicht die Gefahr, die für Preußen in dem Vorgehen Fleurys lag. Wenn er die französische Kriegsdrohung erwiderte, so geschah es wohl auch im Vertrauen auf den Zaren, dessen Abneigung gegen ein Bündnis mit Frankreich er kannte: „Einen sehr

---

28) Platzhoff, Rheindorf, Tiedje, a. a. O., S. 327 ff, Reuß an König Wilhelm am 13. November 1869; vgl. auch unten S. 64.
29) Platzhoff, Rheindorf, Tiedje, a. a. O., S. 330 ff. Reuß an Bismarck am 15. November 1869.
30) Hähnsen, a. a. O. II, S. 268 f.
Bismarck, Ges.Werke VI^b, Nr. 1448.

ernsten Eindruck", so schrieb Bismarck an König Wilhelm, „haben mir die Berichte des Fürsten Reuß über Fleurys Eröffnungen gemacht. Wenn ich auch überzeugt bin, daß Seine Majestät der Kaiser Alexander jetzt, und vielleicht solange der Herr lebt, sich zu keinem Bündnisse mit Frankreich hergibt, so zeigt die Eröffnung Frankreichs doch in überzeugender Weise den bösen Willen des Kaisers Napoleon und die Bereitwilligkeit, Händel mit uns anzufangen, sobald sich ein Genosse dazu findet".[31] Diesen Genossen aber fand Napoleon an der Newa nicht. Gleich nach der ersten Unterredung mit Fleury am 13. November hatte der Zar auf die Bemerkung des Militärbevollmächtigten von Schweinitz: „Der General Fleury will diplomatische Lorbeeren pflücken indem er Euer Majestät und uns auseinanderbringt" erwidert: „Darüber können Sie ganz ruhig sein".[32] Zwar ging der Zar zunächst auf die Vorstellungen Fleurys bezüglich Nordschleswig ein. Er übergab Schweinitz am 23. November 1869 ein Schreiben für König Wilhelm, in dem er sich gewissermaßen zum Fürsprecher der Nordschleswig betreffenden französischen Wünsche machte.[33]

Eine von Wilhelm I. selbst aufgesetzte Antwort an den Zaren wurde auf Bismarcks Bedenken hin, nicht abgesandt.[34] Dieser empfand den Schritt Alexanders „doch sehr unfreundlich" und schlug dem König vor, „durch Seine Königliche Hoheit den Prinzen Albrecht nur über das Georg-Fest zu antworten, eine Aeußerung über die durch General Fleury an den Kaiser gerichtete Frage aber einem folgenden Brief vorzubehalten". Bismarck fand es „nicht nützlich, die Unfreundlichkeit des Verfahrens anscheinend nicht zu empfinden und auf eine General Fleury'sche Interpellation durch den Prinzen Albrecht zu antworten."[35] Hieraus spricht ein gewisses Befremden über das Verhalten des Zaren. Die ganze Angelegenheit verlor jedoch an Bedeutung, als der französische Außenminister La Tour d'Auvergne in einer Unterredung mit dem norddeutschen Botschafter Werther Fleurys Vorgehen desavouierte: Der Botschafter habe hinsichtlich Nordschleswigs keine besonderen Instruktionen. Er könne über diese Frage lediglich als „un des éléments de la situation générale" am russischen Hof gesprochen haben.[35a] Bismarck verständigte sofort den Prinzen Reuß: „Baron Werther . . . habe aus vertraulichem Gespräch mit Fürst Latour bestimmte Ueberzeugung geschöpft, daß Auftreten des General Fleury in Betreff Nordschleswigs keine bedenkliche Tragweite hat und nur auf persönlicher Inspiration Fleurys beruhen dürfte. Sprechen Sie mit Fürst Gortschakow über Nordschleswig nur, wenn er die Initiative nimmt, dann aber sagen Sie ihm, daß Fleury ein Narr auf eigene Hand

31) Ebd. Nr. 1449.
32) Schweinitz, Briefwechsel, S. 62.
33) Platzhoff, Rheindorf, Tiedje, a. a. O., S. 335 f. Vgl. Schweinitz, Briefwechsel, S. 62 f und Bismarck, Ges.Werke VI^{b}, Nr. 1453 Vorbem. In dem kaiserlichen Schreiben heißt es: „Fleury ne m'a parlé que du Traité de Prague à l'article du Schleswig. Il m'a dit que l'Empereur Napoléon s'abstiendrait de toute démarche directe à cet égard, mais qu'il espérait qu'un appel que j'adresserais à Votre générosité ne resterait pas entièrement sans effet.
34) Hähnsen, a. a. O. II, S. 272 f.
35) Bismarck, Ges.Werke VI^{b}, Nr. 1453, Telegramm Bismarcks an das Außenministerium vom 30. November 1869.
35a) Orig. Dipl. XXVI, S. 22 f.

sei".[36]) Jetzt entwarf Bismarck ein neues ausführliches Antwortschreiben, das Schweinitz, der zur Berichterstattung bei Bismarck in Varzin geweilt hatte, am 3. Dezember mit nach Berlin nahm. Auch diese Fassung gelangte nicht nach Petersburg. Die Abreise des Prinzen Albrecht duldete keinen Aufschub. Ihm wurde daher lediglich ein kurzes Schreiben mitgegeben, das im wesentlichen das russische Ordensjubiläum betraf. In der vom Zaren angeschnittenen nordschleswigschen Frage stellte es eine spätere Antwort in Aussicht. Der politische Teil des Bismarckschen Entwurfes war in Berlin zurückbehalten worden. Nur seinen Schlußsatz hatte man übernommen, der die Ueberzeugung ausdrückte, daß die von der französischen Diplomatie zur Trennung Preußens und Rußlands gemachten Anstrengungen in Petersburg scheitern würden, so wie sie zur Zeit anderer von der napoleonischen Politik herbeigeführter Verwickelungen in Berlin gescheitert seien.[37]) Inzwischen war Fleury von Paris aus ermahnt worden, in seiner Sprache hinsichtlich Nordschleswigs größere Zurückhaltung zu wahren[38]). Werther war in der Lage, weitere beschwichtigende Aeußerungen des französischen Außenministers nach Berlin zu berichten. So konnte Bismarck in einem neuen Schreiben, das er für den König als Antwort auf den politischen Teil des Zarenbriefes entwarf, zum Ausdruck bringen: „Der König neige sich jetzt der Ueberzeugung zu, daß den Eröffnungen des Generals Fleury eine größere Tragweite nicht zukomme; im Gegenteil würden sie das Gute haben, dem General und wenn nötig auch seinem Kaiserlichen Herrn ein neuer Beweis für die Wahrheit zu sein, „à laquelle j'ai déjà donné expression dans ma dernière lettre, c'est-à-dire que tous les efforts pour nous séparer ou pour affaiblir les liens qui nous unissent, échoueront toujours à St. Pétersbourg et à Berlin". "[39]) Indes auch dieses Schreiben wurde nicht abgesandt[40]). Kailer Alexander benutzte das Ordensfest, um seine Freundschaft für seinen preußischen Oheim zum Ausdruck zu bringen. Er verlieh König Wilhelm das Groß-Kreuz des St. Georgs-Ordens.[41]) Der König erwiderte diese Ehrung und Freundschaftsbezeugung mit der Verleihung des Ordens Pour le mérite an Alexander.[42])

Die Trübung der preußisch-russischen Beziehungen durch Fleurys Vorstoß war hiermit behoben. Prinz Reuß meldete bald darauf, Kaiser Alexander habe Fleury zu verstehen gegeben, daß er in der nordschleswigschen Angelegenheit „nicht weiter gedrängt zu werden" wünsche.[43])

---

36) Bismarck, Ges.Werke VI^b, Nr. 1454;
Platzhoff, Rheindorf, Tiedje, a. a. O., S. 338.
37) Bismarck, Ges.Werke VI^b, Nr. 1456 Vorbem.
38) Vgl. Orig. Dipl. XXVI, S. 148 Anm., S. 153 f.
39) Bismarck, Ges.Werke VI^b, Nr. 1456 Vorbem.
40) Den Text der endgültigen Fassung des königlichen Antwortschreibens, das erst Anfang Januar 1870 abging, siehe bei Platzhoff, Rheindorf, Tiedje, a. a. O., S. 247 ff.
41) Vgl. den Bericht Fleurys in Orig. Dipl. XXVI, S. 96. Offenbar verkannte Fleury die politische Bedeutung der Ordensverleihung und beurteilte den Stand der nordschleswigschen Frage Ausgang Dezember 1869 zu optimistisch. Vgl. auch Orig.Dipl. XXVI, S. 134.
42) Vgl. den diesbezgl. Telegrammwechsel bei Schultheß, Europ. Geschichts.Kald. 1869, S. 441 f.
Vgl. auch Schweinitz, Briefwechsel, S. 64.
43) Platzhoff, Rheindorf, Tiedje, a. a. O., S. 347.

Der französische Botschafter hatte seine anfangs günstige Position in Petersburg durch das Anschneiden der Abrüstungsfrage, die beim Zaren von vornherein auf Widerstand stieß, erheblich verschlechtert. Da Fleury auch nicht in der Lage war, ein für Rußland wesentliches Angebot in der Orientfrage zu machen, lag für den russischen Kaiser keinerlei Veranlassung vor, seine guten Beziehungen zum Berliner Hof gefährden zu lassen. Der Versuch Napoleons, die preußisch-russische Freundschaft zu stören, war nicht nur gescheitert, er hatte sogar zu einer offensichtlichen Betonung eben dieser Freundschaft geführt. Bismarcks Befriedigung darüber und seine Ueberzeugung von der Wichtigkeit dieses Freundschaftsverhältnisses für Preußen kommen in einem Erlaß zum Ausdruck, den er am 12. Dezember 1869 an den Grafen Bernstorff, den norddeutschen Botschafter in London, richtete. Bernstorff sollte einer Ueberschätzung des Ordensaustausches entgegentreten, ohne jedoch „eine Initiative zu ergreifen und auch nur den Schein zu erwecken, als fühlten *wir* ein Bedürfnis, die Sache zu erklären und abzuschwächen oder etwas anderes als Befriedigung zu zeigen". Der Erlaß schließt mit den Worten: „Ew. pp. sind durch wiederholte und eingehende frühere Mitteilungen von mir hinreichend unterrichtet, in welchem friedlichen Sinn wir großen Wert auf die Erhaltung und Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland legen; und ich bitte Sie, diesen Standpunkt fortwährend im Auge zu behalten".[44])

Auch jetzt wieder war sich der norddeutsche Bundeskanzler wohl bewußt, daß die Freundschaft Rußlands in erster Linie auf der Person Alexanders II. beruhte. Hierauf wies er in einem Erlaß vom 12. Januar 1870 den zum Gesandten in Wien ernannten Oberst Schweinitz hin, mit dem Auftrag, den Grafen Andrassy über das Ordensfest zu beruhigen: „ . . . Niemand wird besser als Sie nach Ihrer Kenntnis der russischen Zustände ihm (Andrassy) klar zu machen imstande sein, wie in Rußland der Antagonismus zweier Richtungen, zweier Parteien sich geltend macht, von denen man die eine als kaiserliche, die andere, wenn auch ungenau, doch verständlich als die Partei der Moskauer Zeitung bezeichnen könne. Letztere ist der Gegner Preußens ebensowohl wie Ungarns, während die von dem Kaiser persönlich und bisher von der Regierung verfolgte Richtung die Freundschaft Preußens sucht. . . . Mit dieser gegen Oesterreich wie gegen uns inoffensiven Richtung der russischen Politik stehen wir in freundschaftlichen Beziehungen, . . . es liegt in unserem beiderseitigen Interesse, daß diese Richtung, die bisher die Herrschaft hat, in derselben erhalten und gestärkt werde. Ob dies immer so bleiben wird, kann man freilich nicht wissen; Sie können aber dem Grafen Andrassy versichern, daß ein Umschwung, welcher eine der Ruhe und Unabhängigkeit der Nachbarn Rußlands gefährliche Partei dort ans Ruder brächte, mit zwingender Notwendigkeit auch unsere Beziehungen zu Rußland modifizieren würde".[45]) In ähnlicher Weise brachte Bismarck diesen Gedanken einen Monat später in einem Erlaß an Bernstorff zum Ausdruck: „Mit Rußland sind unsere Verhältnisse gegenwärtig freundlicher Natur und haben in den Gesinnungen

---

44) Bismarck, Ges.Werke VI^{b}, Nr. 1461.
45) Bismarck, GesWerke VIb, Nr. 1474.

des Kaisers Alexander eine nicht gering anzuschlagende Bürgschaft — solange dieser Monarch am Leben bleibt. Man muß aber auch in England die mächtige Gegenströmung in der gegen Preußen und Deutschland feindlichen national-russischen Partei kennen, zu welcher sich der Großfürst-Thronfolger bekennt; und es wäre unvorsichtig, wenn wir einen Umschlag in Rußland und damit eine gänzliche Aenderung unserer Beziehungen zu diesem Lande für unmöglich halten wollten".[46])

Diese beiden Aeußerungen Bismarcks dürfen bei einer Beurteilung des preußisch-russischen Verhältnisses nicht übersehen werden. Es darf aber auch nicht außer acht bleiben, daß Bismarck in beiden Fällen mit der Hervorhebung der preußenfeindlichen Richtung in Rußland eine ganz bestimmte Absicht verfolgte, daß er Andrassys Mißtrauen zerstreuen und in London seine Ablehnung der französisch-englischen Abrüstungsanregung nachdrücklich begründen wollte.

Die „kaiserliche Partei" in Rußland in ihrer preußenfreundlichen Richtung zu erhalten und zu bestärken, mußte sich Bismarck ganz besonders angelegen sein lassen, als er im Mai 1870 den „Eindruck eines kriegerischen Umschwungs der französischen Politik" gewann. Er sah es als ein „höchst kriegerisches Symptom" an, als unmittelbar nach dem für Napoleon günstig ausgefallenen Plebiszit Gramont, der bisherige französische Botschafter in Wien, zum Außenminister berufen wurde.[47]) Zwar wird Bismarck von den Verhandlungen, die Erzherzog Albrecht seit März 1870 mit dem französischen General Lebrun über einen Feldzugsplan gegen Preußen führte, nichts Gewisses erfahren haben. Dennoch konnte er annehmen, daß zu dem Umschwung in Frankreich das Vertrauen auf eine militärische Unterstützung Oesterreichs beigetragen haben mochte. Unter diesen Umständen mußte der Besuch König Wilhelms und Bismarcks bei Kaiser Alexander in Ems, der in den ersten Junitagen stattfand, erhöhte politische Bedeutung gewinnen. Er erregte allenthalben Aufsehen und beschäftigte vor allem die Kabinette von Paris, Wien und London. Merkwürdigerweise beurteilte Fleury die Emser Zusammenkunft recht harmlos. Er maß ihr keine oder doch nur ganz geringe politische Bedeutung bei. Da man an der Newa schon Anfang April 1870 eine Begegnung beider Monarchen in Ems als Ersatz für die erwartete aber nicht erfolgte Reise König Wilhelms nach Petersburg in Aussicht genommen hatte[48]), berichtete Fleury am 14. Juni nach Paris, daß der

---

46) Ebd. Nr. 1496, Bismarck an Bernstorff am 9. Februar 1870. Vgl. auch ebd. S. 307. Die oben angeführte, offensichtlich nur für England berechnete Aeußerung Bismarcks über die Möglichkeit einer Bedrohung Preußens durch Rußland, die eine preußische Abrüstung erschwere, gelangte infolge englischer Indiskretion nach Paris und wurde von Daru nach Petersburg weitergeleitet. (Orig.Dipl. XXVI, S. 346 f u. 358 f.) Fleury sollte aufgrund seiner Kenntnis der Petersburger Verhältnisse dazu Stellung nehmen. Er bestätigte die preußenfeindliche Gesinnung des russischen Thronfolgers und die franzosenfreundliche Stimmung innerhalb der panslavistischen Partei, aber in Bezug auf den Zaren berichtete er, daß dieser sich der besten Gesundheit erfreue, körperlich und geistig nie regsamer gewesen sei und daß keinerlei Anlaß vorläge, in absehbarer Zeit an einen russischen Thronwechsel zu glauben. (Orig.Dipl. XXVII, S. 5 f, 28 ff, 35.)

47) Bismarck, Ges.Werke VIb, Nr. 1557 Vorbem.

48) Vgl. Orig. Dipl. XXVII, S. 145, 149 und Rheindorf, a. a. O., S. 72.

Besuch des Königs beim Kaiser in Ems in der russischen Hauptstadt keinerlei Erstaunen hervorgerufen habe, er sei vorhergesehen und auch angekündigt worden und sei lediglich als Akt der Höflichkeit zu betrachten. Bismarck hingegen fürchte ein Erkalten der preußisch-russischen Beziehungen. Die russische Regierung hätte sich mit ziemlicher Bitterkeit über das preußische Verhalten bei den letzten Zwischenfällen im Orient beklagt, wo der preußische Generalkonsul Radowitz als erster die Aufmerksamkeit der Mächte auf die Tätigkeit der slavischen Agenten in Rumänien gelenkt hätte. Ferner mache die deutsche Agitation in den baltischen Provinzen Alexander Sorge. Da zu alledem eine Reise des russischen Thronfolgerpaares nach Kopenhagen bevorstand, hätte Bismarck es für nützlich gehalten, „de faire cette démonstration d'intimité entre les Cabinets de Saint-Petersbourg et de Berlin". Diese Demonstration der beiderseitigen Freundschaft reiche aber nicht hin, der französischen Regierung Anlaß zu irgend welchen Besorgnissen zu geben. Für ein preußisch-russisches Zusammengehen fehle die wirkliche Interessengemeinschaft, „ni la Prusse ni la Russie n'ont intérêt à leur mutuel agrandissement. Si le panslavisme est détesté à Berlin, le pangermanisme n'est pas moins redouté à Saint-Petersbourg". Wie schon mehrmals betonte er auch jetzt wieder das einem Zusammengehen beider Mächte widerstrebende russische Nationalgefühl[49]). Diese überaus optimistische Berichterstattung Fleurys hat vielleicht mit dazu beigetragen, die gegen das Drängen der Kriegspartei in Paris noch bestehenden Bedenken entkräften zu helfen. Fleury räumte in seiner Beurteilung der russischen Verhältnisse den antipreußischen Elementen einen so großen politischen Einfluß ein, daß er eine ernstliche Hinwendung Rußlands zu Frankreich nicht mehr für zweifelhaft hielt. Bismarck, so meldete er nach Paris, kenne dieses Rußland gar nicht mehr[50]).

Weit vorsichtiger war die Stellungnahme der französischen Botschaft in Berlin zur Emser Reise König Wilhelms und Bismarcks. Der Geschäftsträger Le Sourd berichtete von der „ziemlich unvorhergesehenen" Abreise König Wilhelms nach Ems zum Kaiser Alexander, den er erst in der Mitte des vorhergegangenen Monats in Berlin gesehen hätte. Die Reise hätte insbesondere deshalb eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen, weil Bismarck den König begleite. Die Depeschen Le Sourds enthalten neben der Wiedergabe einer Versicherung des Staatssekretärs von Thile, daß der Besuch nichts sei als „une démarche de pure courtoisie", eine ganze Reihe von unkontrollierbaren Vermutungen über den Inhalt der Emser Besprechungen[51]).

Wir wissen nichts Genaues über die in Ems geführten politischen Gespräche. Thimme vermutet, daß die orientalischen Probleme im Mittel-

---

49) Orig. Dipl. XXVII, S. 383 ff.

50) Ebd. S. 77. Offenbar hat Fleury in Petersburg sehr stark unter der Einwirkung panslavistischer Kreise gestanden, so daß er ihren Einfluß überschätzte und die Bedeutung des persönlichen Freundschaftsverhältnisses zwischen Zar und König Wilhelm nicht richtig erkannte.

51) Orig. Dipl. XXVII, S. 332 ff, 345 ff. Vgl. auch die Berichte von De Chateaurenard und Rothan, ebd. S. 361 ff und 387 ff.

punkt gestanden hätten, „in erster Linie die Zustände in Galizien, die Alexander noch immer als für Rußland bedrohlich erachtete, in zweiter Linie auch die rumänischen Angelegenheiten“[52]. Die Annahme Thimmes, sofern sie Galizien betrifft, wird bestätigt durch die französischen Akten. Nach einem Bericht La Valettes, des französischen Botschafters in London, hatte Bernstorff Lord Clarendon mitgeteilt, daß zwischen den Monarchen in Ems ein Gedankenaustausch über die durch das neue österreichische Kabinett geschaffene Lage in Galizien stattgefunden habe[53]. Graf Potocki verhandelte mit den polnischen Untertanen Oesterreichs über die Gewährung eines besonderen Ministerpostens für Galizien. Gramont hielt diesen Bericht La Valettes unter allen Nachrichten, die ihm über Ems zugegangen waren, für den glaubwürdigsten[54]. Schriftliche Aufzeichnungen über die politischen Unterhaltungen in Ems liegen nicht vor. Das aber ist gewiß: das gegenseitige Vertrauen und die persönliche Freundschaft der beiden Monarchen, die Eckpfeiler des guten preußisch-russischen Verhältnisses, standen seit der Emser Zusammenkunft neu gefestigt da[55].

Mochte die panslavistische Presse in Rußland ihre antipreußische Einstellung und ihre Vorliebe für Frankreich immer deutlicher zeigen und Fleury sich noch so sehr bemühen, Alexander zu gewinnen, jetzt war es noch unwahrscheinlicher als vorher, daß der Zar diesen Einflüssen erliegen würde. Vielleicht wäre Gortschakow einem Bündnis mit Frankreich nicht abgeneigt gewesen, wenn sich die französische Regierung noch im Frühjahr 1870 zu wesentlichen Zugeständnissen im Orient hätte entschließen können. Das geschah aber nicht, und so war auch der russische Vizekanzler einstweilen zurückhaltend[56]. Auch gegenüber den Unruhen in Rumänien nahmen die beiden Mächte eine verschiedene Stellung ein.

Um so weniger konnte Gortschakow seiner Franzosenfreundschaft bei dem Zaren Geltung verschaffen. Als im Juli 1870 der deutsch-französische Gegensatz zum Kriege führte, löste Alexander II. sein Versprechen ein. Am 16. Juli 1870 telegraphierte der preußische Geschäftsträger von Pfuel aus Petersburg: „Kaiser läßt Seiner Majestät dem Könige sagen, daß im Fall einer Kriegserklärung Oesterreichs an Preußen der Kaiser die Paralysierung der österreichischen Streitkräfte durch eine Armee von 300 000 Mann übernehmen würde. Sollten die kriegerischen Verhältnisse es nötig machen, würde der Kaiser evtl. zur Besetzung von Galizien schreiten. Der Kaiser ist damit einverstanden, daß die bei Krupp befindlichen russischen Geschütze an Preußen abgetreten werden“. Durch eine Abschrift dieses Telegramms wurde am folgenden Tage der preußische Gesandte in Wien, von Schweinitz, von der russischen Haltung in Kenntnis gesetzt, während Graf Beust schon am Tage zuvor durch den österreichi-

---

52) Bismarck, Ges.Werke VIb, Nr. 1560 Vorbem. Vgl. auch Platzhoff, a. a. O., S. 297 f.
53) Orig. Dipl. XXVII, S. 394 f.
54) Orig. Dipl. XXVII, S. 424.
55) Vgl. ebd. S. 434 f.
56) Die am 19. Juli auf Fleurys Vorschlag erfolgte Anregung Gramonts in Wien, durch eine Revision des Pariser Friedens, die die Pontus-Klauseln ändern sollte, Rußland gegen Preußen zu gewinnen, kam zu spät. (Vgl. Rheindorf, a. a. O., S. 76 f.)

schen Gesandten in Berlin, den Grafen Wimpffen, davon erfahren hatte, der vermutlich infolge einer „wohlberechneten Indiskretion" Oubrils unterrichtet war[57]). In Petersburg gab der Zar Fleury zu verstehen, „strikte neutral bleiben zu wollen, solange die direkten Interessen seines Landes durch den Krieg nicht bedroht würden. Das würde der Fall sein, wenn Napoleon Oesterreich zur Aufgabe der Neutralität bestimme"[58]).

Bismarck war infolgedessen in der Lage, ermutigend auf Bayern einzuwirken und in München die Besorgnisse vor einem Eingreifen Oesterreichs in den Krieg zu zerstreuen. Am 17. Juli 1870 ließ er durch den Gesandten in München dem bayrischen Ministerpräsidenten Grafen Bray mitteilen, „daß Oesterreich dem Kaiser von Rußland strikte Neutralität zugesagt, und daß Rußland sich gegen uns verbindlich gemacht hat, Oesterreich mit 300 000 Mann anzugreifen, falls letzteres wider Erwarten seine Zusage nicht hielte"[59]). Was Bismarck im Frühjahr 1867 bei der Tauffkirchen-Mission nicht vermocht hatte, nämlich Bayern die Gewähr der österreichischen Neutralität im Kriegsfalle zu geben, die nach Schüßler die Voraussetzung „für eine aufrichtige Bundestreue der Wittelsbacher" war, das hatte er jetzt ermöglicht durch eine festere Knüpfung der Beziehungen zum Petersburger Hof.

Der Gedanke einer gegenseitigen Rückendeckung zieht sich wie ein roter Faden durch die preußisch-russische Politik zwischen den Kriegen von 1866 und 1870. Als Bismarck auf den französischen Schlachtfeldern die außenpolitische Sicherung des neu entstehenden Reiches vorzubereiten begann, nahm er den schon 1867 verfolgten Gedanken einer gleichzeitigen Verständigung mit dem Zarenreich und der Donaumonarchie wieder auf. Denn in einem auf konservativer Grundlage erfolgenden Zusammenschluß mit den beiden östlichen Kaiserreichen lag nicht nur der beste Schutz gegen ein rachesinnendes Frankreich, auch die durch die deutschen Siege gesteigerte Gefahr einer Koalition gegen das neue Reich wurde dadurch gemindert. Deshalb war der Gedanke einer Dreikaiserentente, den Bismarck im Dreikaiserverhältnis und im Dreikaiserbund verwirklicht und später durch die russische Rückversicherung neben dem schon bestehenden deutsch-österreichischen Zweibund ersetzt hat, ein wesentlicher Bestandteil seines kunstvollen Bündnissystems zur außenpolitischen Sicherung des Reiches. Das gute Verhältnis zum Zarenhof spielte hierbei eine ebenso wichtige Rolle wie vor der Reichsgründung, als es galt, das noch im Werden begriffene deutsche Einigungswerk vor außenpolitischen Gefahren zu schützen.

---

57) Bismarck, Ges.Werke VIb, Nr. 1652, Vorbem. und Anm. 1.
58) Platzhoff, a. a. O., S. 299. Vgl. Fleury, a. a. O., S. 146 f, 148, 153 f.
59) Bismarck, Ges.Werke VIb, Nr. 1652.

Literaturverzeichnis.

Quellen.

Graf Julius Andrassy, Bismarck und Andrassy. Budapest und Leipzig 1924.

Archiv des norddeutschen Bundes und des Zollvereins. Redigiert von A. Koller. Bd. I. Berlin 1868.

Benedetti, Ma Mission en Prusse. 2. Auflage. Paris 1871.

Aus dem Leben Theodor Bernhardis. Bd. 7. Der Krieg 1866 gegen Oesterreich und seine unmittelbaren Folgen. Tagebuchblätter aus den Jahren 1866 und 1867. Leipzig 1897.

F. F. Graf v. Beust, Erinnerungen und Aufzeichnungen: Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Bd. II. Stuttgart 1887.

Otto v. Bismarck, Die gesammelten Werke, (Friedrichsruher Ausgabe) Bd. VI, VIa, VIb. Hrsg. v. Friedrich Thimme, Berlin 1929/30.

O. Fürst v. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Berlin und Stuttgart 1928.

Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst v. Bismarck. Bd. I. Kaiser Wilhelm I. und Bismarck. Stuttgart und Berlin 1901.

E. Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke zur Reichsgründung. Leipzig 1916.

Die Tagebücher des Freiherrn Reinhold v. Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860/71. Hrsg. v. W. Schüßler. Stuttgart und Berlin 1920.

G. v. Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen. Berlin 1904.

E. v. Eckardt, Von Nikolaus I. zu Alexander III. St. Petersburger Beiträge zur neuen russischen Geschichte. Leipzig 1881.

J. v. Eckardt. Lebenserinnerungen. Leipzig 1910.

Comte Fleury, La France et la Russie en 1870. Paris 1902.

L. Hahn, Fürst Bismarck. Sein politisches Leben und Wirken urkundlich in Tatsachen und des Fürsten eigenen Kundgebungen dargestellt. Bd. I. Berlin 1878.

Ursprung und Geschichte des Artikels V des Prager Friedens. Hrsg. v. F. Hähnsen. Breslau 1929.

H. Kohl, Bismarck-Jahrbuch. Berlin 1894/99.

H. Oncken, Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71. Bd. I, II, III. Berlin und Leipzig 1926.

H. Oncken, Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854—1871. Berlin 1927.

Les Origines Diplomatiques De La Guerre de 1870/71. Publié Par La Ministère Des Affaires Etrangéres, Bd. XI bis XXVII, Paris 1922—1930.
Bismarck und die Nordschleswigsche Frage 1864—1879.
Hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes von W. Platzhoff, K. Rheindorf, I. Tiedje.
Berlin 1925.
Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria v. Radowitz. Hrsg. von Hajo Holborn. Bd. I. Berlin und Leipzig 1925.
Briefwechsel des Botschafters General von Schweinitz. Berlin 1928.
Denkwürdigkeiten des Botschafters General von Schweinitz. Berlin 1927.
Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1867—1870. Nördlingen 1868—1871.
Das Staatsarchiv. Hrsg. von Aegidi und Klauhold. Bd. XIV—XIX. Hamburg 1868—1870.

Darstellungen.

E. Brandenburg, Die Reichsgründung. 2. verbesserte Auflage. Leipzig 1923/24.
F. Charles-Roux, Alexander II. Gortschakow Et Napoleon III. 2. Auflage. Paris 1913.
S. Goriainow, Le Bosphore Et Les Dardanelles. Paris 1910.
J. Haller, Bismarcks Friedensschlüsse. München 1916.
Klaczko, Zwei Kanzler. Basel 1877.
A. O. Meyer, Bismarcks Orientpolitik. Festrede, gehalten bei der Reichsgründungsfeier der Georg August-Universität zu Göttingen am 18. 1. 1925. Göttingen 1925.
H. Michael, Bismarck, England und Europa. München 1930.
K. A. v. Müller, Die Taufkirchensche Mission nach Berlin und Wien. Bayern, Deutschland und Oesterreich im Frühjahr 1867. In Riezler-Festschrift. Gotha 1913.
W. Platzhoff, Die Anfänge des Dreikaiserbündnisses (1867—1871) in: Preußische Jahrbücher Bd. 188. Berlin 1922.
W. Platzhoff, Bismarcks Reichsgründung und die Europäischen Mächte. Frankfurt a. Main, 1925.
W. Platzhoff, Die elsaß-lothringische Frage in der russischen Politik von 1870—1917. In: Elsaß-Lothringisches Jahrbuch, Bd. VIII, Frankfurt am Main 1929.
Bismarck und Frankreich, ebenda Bd. X.
K. Rheindorf, Die Schwarze-Meer-(Pontus-)Frage vom Pariser Frieden 1856 bis zum Abschluß der Londoner Konferenz 1871. Berlin 1925.
H. Robolsky, Bismarck und Rußland. Berlin 1887.
G. Rothan, La France Et Sa Politique Extérieure En 1867. Paris 1893.

Joh. Saß, Hermann von Thile und Bismarck. In: Preußische Jahrbücher, Jhg. 1929.
W. Schüßler, Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867. Berlin 1929. Vgl. die Besprechung von F. Hartung in Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte. Bd. 43, Heft I, 1930.
H. v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. 4. Auflage. München und Leipzig 1894.
A. Stern, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden 1871. Bd. IX und X. Stuttgart und Berlin 1924.
E. Vogt, Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung 1863 bis 1871. In: Historische Bibliothek Bd. 34. München und Berlin 1914.
H. Wendt, Bismarck und die polnische Frage. In: Historische Studien. Halle 1922.
E. v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy, sein Leben und seine Zeit. Bd. I. Stuttgart 1910.
derselbe: Franz Joseph I. und Napoleon III. in Salzburg, in „Oesterreichische Rundschau" Bd. LXII.
J. Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches Bd. I. Die Reichsgründung. Frankfurt am Main 1925.

Lebenslauf.

Am 16. Februar 1902 wurde ich zu Treuenbrietzen in der Mark geboren. Nach der Entlassung aus der Volksschule bereitete ich mich in Joachimsthal und Kottbus auf die Lehrerprüfung vor, die ich 1922 bestand. Die Annahme einer Hauslehrerstelle ermöglichte mir darauf den Besuch der preußischen Hochschule für Leibesübungen in Spandau, den ich Ostern 1924 mit der Turn- und Sportlehrerprüfung abschloß. Nachdem ich vorübergehend im Schuldienst (Wittenberge) beschäftigt war, folgte ich 1925 einer Einberufung des Ministeriums an die preußische Hochschule für Leibesübungen als Turnlehrer. Von Ostern 1926 bis 1934 war ich als Turn- und Sportlehrer am Institut für Leibesübungen der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main tätig. Während dieser Zeit erwarb ich mir durch die Ergänzungs- und Reifeprüfung für Lehrer die Reife einer Oberrealschule und unterzog mich einer Lateinprüfung. Ich studierte Geschichte, Deutsche Philologie und Philosophie. Im November 1931 bestand ich die Staatsprüfung für das Lehramt an höheren Schulen. Allen meinen verehrten Lehrern, besonders aber Herrn Prof. Platzhoff bin ich zu großem Dank verpflichtet.

Walter Ebel.